

AUFTRAG



HEFT 282 – JUNI 2011

51. JAHRGANG



- Europäische Verträge und die Verteidigung
- Islamische Lehrstühle in Deutschland
- Position der Kirchen zu Libyen-Einsatz
- Bundestagspräsident zu Gast bei GKS in Bonn
- Konzilsväter des II. Vaticanums
- Vollversammlung ZdK erstmals in Erfurt

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL 2

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

Verteidigungspolitik der Europäischen Union
von Klaus Achmann 5

Weltfriedenstagfeier in Bonn
von Bertram Bastian 12

Hin zu einer partnerschaftlichen Armee
von Klaus Liebetanz und Bertram Bastian 15

Zukunft Militärseelsorge –
eine Aufgabe für alle Soldaten
von Hans-Dieter Scherer 17

Die Kirchen und der Libyen Konflikt
von Gerhard Arnold 19

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

4. Internationaler Kongress
Treffpunkt Weltkirche
von Rainer Zink 23

Programm der Salzburger Hochschulwochen
von Bertram Bastian 26

BILD DES SOLDATEN

Soldat im Einsatz – Partnerschaft im Einsatz
von Rainer Zink 28

RELIGION UND GESELLSCHAFT

Die Konzilsväter und ihre Berater
von Andreas M. Rauch 30

Islamische Theologie an deutschen Hochschulen
Chance und Herausforderung zugleich
von Said alDailami 36

KIRCHE UNTER SOLDATEN

Pontifikalamt zur Einführung von
Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck
von Bertram Bastian 38

Zentralkomitee der deutschen Katholiken
14. Vollversammlung erstmals in Erfurt
von Joachim Lensch 39

13. Seminar der Akademie Oberst Korn
von Karl-Jürgen Klein 41

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS HAMMELBURG

Faschingsgottesdienst in Hammelburg 45

GKS-BEREICH WEST

Geistliches Leben zulassen
Bericht von der DAK 45

GKS-BEREICH NORD

Frühjahrstreffen 46

GKS-BEREICH WEST

Wo Himmel und Erde sich berühren 46

GKS-BEREICH SÜD

Dekanatsarbeitskonferenz in Ellwangen 48

MILITÄRPFARRAMT VEITSHÖCHHEIM

Fußwallfahrt zur Kirche
„Maria im grünen Tal“ 49

GKS-KREIS INGOLSTADT

„Kirche – unsere Heimat“ 49

MILITÄRPFARRAMT BONN

Fußwallfahrt zur Rosa Mystica 50

BISTUM TRIER

Werbung für Heilig-Rock-Wallfahrt 2012 50

MILITÄRPFARRAMT KÖLN WAHN

Motorradwallfahrt 2011 51

BUCHBESPRECHUNGEN: 27

KURZ BERICHTET: 14, 25, 37, 39

IMPRESSUM 52



TITELBILD: Auch in der heutigen Zeit noch zu sehen: Eine Diesellokomotive in den alten Farben der Deutschen Bahn auf der Strecke Bonn nach Euskirchen, aufgenommen von B.Bastian am Freitag, den 13. Mai 2011.

editorial:



Liebe Leserschaft,

wenn man sich eine Bahnfahrkarte kauft, dann weiß man, wohin man fahren möchte, das Ziel ist bekannt, die Ankunftszeit wahrscheinlich. In der Entwicklung in der Politik sieht die Sache anders aus: Wo die Reise hingehet, glaubt man zu wissen, aber Diskussionen und Kompromisse können für Abweichungen sorgen, ein Ende (Ankunft) ergibt sich erst auf dem Weg zum Ziel. Das zeigt sich auf dem Weg des gemeinsamen Europas. Nachdem man die Kommission verkleinern wollte, hat man am Ende mehr Kommissare als vorher, weil man ja jedem Staat der gewachsenen Gemeinschaft einen Vertreter zugebilligt hat. Was genau der Lissabonner Vertrag mit der Europäischen Verteidigung zu tun hat, zeigt Ihnen der große Artikel von Klaus Achmann. Er gibt Ihnen einen Überblick über die Institutionen und Gremien der gemeinsamen Verteidigungsbemühungen und ist keinesfalls als Kommentar oder Wertung zu verstehen. Deutschland ist in diese Gemeinschaft eingebettet und der Anteil daran wird Ihnen aufgezeigt werden.

In Deutschland scheint die schon teilweise eingeleitete Reform der Bundeswehr (Wegfall der Wehrpflicht) zu stagnieren, die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, die als Grundlage dienen, sollen erst mit den nächsten Schritten der Reform veröffentlicht werden. So weiß man nicht genau, wo die Reise hingehet. Dazu lesen Sie zwei Beiträge in dieser Ausgabe, den ersten über die Bundeswehr als Ganzes und den zweiten über eine künftige Militärseelsorge in einer geänderten Bundeswehr.

In der arabischen Welt sind die Dinge gleichfalls fließend. In Libyen fordert die (eigentlich verantwortliche) Arabische Liga den Einsatz der NATO zum Schutz der Zivilbevölkerung, kritisiert aber danach, man hätte die gesamte Zivilbevölkerung gemeint und schließt damit die Anhänger Gaddafis mit ein. Ähnlich macht- und kraftlos steht dieser Zusammenschluss der arabischen Welt den Ereignissen im Jemen und in Syrien gegenüber. Den Schutz der Christen in dieser Gegend interessiert dort die wenigsten. Auch deshalb gehören die Christen mittlerweile zu den stärksten bedrohten und verfolgten Menschengruppen auf diesem Globus. Die Stellungnahmen der beiden großen Kirchen in Deutschland über die Ereignisse in Libyen lesen Sie im Artikel von Gerhard Arnold.

Auch die Katholische Kirche befindet sich im Auf- oder Umbruch. Die Reihe über das II. Vatikanum wird mit einem Artikel über die Konzilsväter fortgesetzt, um die Verantwortlichen kennen zu lernen, die diesen wegweisenden Aufbruch der Katholischen Kirche vorbereitet und verabschiedet haben. Aber ist auch alles umgesetzt? Wissen wir, wohin in dem neuen Dialog zwischen der Amtskirche und den Laien die Reise hingehet? Oder sind wir erst auf dem Weg, das Vatikanum und seine Beschlüsse umzusetzen? Diese kleine Reihe wird mit einem Bericht über die ersten beiden Sitzungsperioden, welche Johannes XXIII. leitete, im Septemberheft fortgesetzt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass nur eines sicher zu sein scheint: nichts ist sicher.

D

Mit den besten Wünschen für eine erholsame Urlaubszeit und bei der Lektüre dieser Ausgabe, verbleibe ich

GKS – Aufgaben in der Zukunft

Wenn Sie diese Ausgabe des AUFTRAG in der Hand halten, sind möglicherweise die Konturen der Bundeswehr in der Zukunft schon ein wenig erkennbar. An diesen Umrissen – Aufträgen, Strukturen und Standorten – werden sich die beiden Militärseelsorgen ihrerseits auszurichten haben. Und dann stellt sich für mich die Frage: Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die GKS?

Im Rahmen der diesjährigen Akademie Oberst Helmut Korn im November werden wir das 50-jährige Bestehen der Gemeinschaft begehen. Dabei werden wir die aktuelle Stellung eines katholischen Verbandes in verschiedenen Facetten betrachten. Das ist nicht nur dem Anlass geschuldet, sondern auch als Standortbestimmung ein wertvoller Beitrag.

Ganz entscheidend ist mir aber die Ausrichtung auf die Zukunft, das Heute kann dabei nur die Ausgangsbasis sein.

Zwei Fragen werden mir regelmäßig gestellt: Wofür steht die GKS und wie viele Mitglieder hat der Verband?

Wir haben z.B. anerkannte Kompetenz in Fragen der ethischen Begründung von Einsätzen. Hier müssen wir die Stimme erheben und im Konzert der Meinungsvielfalt eine fundierte Position beziehen. Das gilt sowohl offensiv aus eigenem Antrieb, als auch als Reaktion auf andere Veröffentlichungen. Wie das geht, haben wir in der Vergangenheit

oft genug nachgewiesen – daran sollten wir anknüpfen.

Die aktualisierte Sammlung der Erklärungen der GKS konnte zum Jahresbeginn unter dem Titel „Im Dienst der Sicherheit und Freiheit der

Völker“ vorgestellt werden und ist derzeit in der Verteilung. Ich bitte, regen Gebrauch davon zu machen und die Bücher gezielt weiter zu verbreiten. Eine persönliche Übergabe ist die beste Werbung für unsere Gemeinschaft und ihre Positionen und beantwortet die Frage „Wofür steht die GKS?“ eindeutig.

Die Frage „wie viele seid ihr?“ muss beantwortet werden, um den guten Argumenten Gewicht zu verschaffen. Darüber hinaus ist die Präsenz in der Fläche die Voraussetzung, um die Themen auch an die Frau und den Mann vor

Ort zu bringen. Dafür ist wiederum das Wissen um die Dinge und Zusammenhänge die erforderliche Grundlage. Das Werben um Mitglieder ist damit ebenso stetige Aufgabe wie die Aufbereitung aktueller Themen aus unserem Interessengebiet. Beide Aspekte gehören zusammen und begründen ein gutes Stück weit die Existenz unserer Gemeinschaft. Wenn wir daran festhalten und uns den Themen der Zukunft zuwenden, dann sind die Herausforderungen der Zukunft ausreichend beschrieben.

*Rüdiger Attermeyer
Bundesvorsitzender*



Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union

Wo steht die EU nach dem Vertrag von Lissabon?

VON KLAUS ACHMANN¹

Bei der Abstimmung über die Resolution 1973 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) am 17. März 2011, bei der es u.a. um die Ermächtigung der Mitgliedstaaten der VN zum militärischen Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen ging, stimmten Frankreich und Großbritannien für diese Resolution. Deutschland jedoch enthielt sich der Stimme. Dieser Mangel an Konsens war – neben anderen Konsequenzen – ein schwerer Rückschlag für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU). Selten lagen die außen- und sicherheitspolitischen Ziele der wichtigsten europäischen Staaten weiter auseinander. Die mit dem Vertrag von Lissabon angestrebte Stärkung der GASP ist seither kaum noch in Sichtweite. Gleichwohl ist sie als Ziel weiter existent. Ähnliche Rückschläge gab es bereits früher, aber ebenso immer wieder auch wichtige Schritte in Richtung einer gemeinsamen Politik.

Die Absicht dieses Artikels ist die Beschreibung der organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen europäischer Verteidigungspolitik und europäischer Verteidigung als wesentlicher Aspekt der GASP. Dagegen soll es hier nicht um eine politische oder militärische Bewertung von konkreten Einsätzen gehen. Da die Mehrzahl der Veröffentlichungen der EU in englischer Sprache erfolgt, sind nachfolgend zentrale Begriffe auch in Englisch aufgeführt. Bei wichtigen Inhalten werden außerdem die entsprechenden Stellen des EU-Vertrages (EUV) zitiert, um dem Leser bei Bedarf das Aufsuchen zu erleichtern. Wie auch im Vertragstext werden Personen (z.B. der Hohe Vertreter) nur in der männlichen Form angesprochen. Als Quellen wurden die Vertragstexte, allgemein zugängliche Kommentare und die Internetseiten der EU benutzt.

Europäische Strukturen mit Zuständigkeiten für Verteidigungspolitik und Verteidigung

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, GASP

(Common Foreign and Security Policy, CFSP)

Europäische Verteidigungspolitik und europäische Verteidigung – beide nach dem EUV durchaus zu unterscheiden – sind als Teil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein wesentliches Element der GASP. Der durch den Vertrag von Lissabon geänderte EUV regelt die GASP und die GSVP in einem eigenen Abschnitt (Titel V, §§ 21 ff. EUV). Im Gegensatz zu anderen Politikbereichen wie – z.B. dem Binnenmarkt – ist die GASP nicht „vergemeinschaftet“, es besteht also keine Zuständigkeit der EU-Kommission in Brüssel; es gibt auch keine europäische Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Vielmehr liegen die Zuständigkeiten unverändert bei den Mit-

gliedstaaten, die ihre Beschlüsse in den Unionsgremien gemeinsam nach den vereinbarten Regeln und grundsätzlich einstimmig treffen. Die Mitgliedstaaten unterliegen jedoch keiner rechtlichen Pflicht zur Durchführung der GASP-Beschlüsse; sie sind daher auch nicht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterworfen, sind aber politisch gebunden. Auch das Europäische Parlament (EP) ist von den Beschlüssen im Bereich der GASP ausgeschlossen; seine Erklärungen auf diesem Gebiet haben lediglich den Charakter von Empfehlungen. Lediglich über das Haushaltsrecht kann das EP indirekt auf die GASP einwirken.

Die EU begreift sich im Bereich der GASP als „soft power“. Sie will in erster Linie ihr politisches Gewicht einsetzen, um Konflikte diplomatisch zu lösen und die internationale Zusammenarbeit zu fördern. Wo erforderlich, kann sie ergänzend wirtschaftliche Unterstützung leisten, bei Bedarf Hilfe leisten und schließlich auch Friedenssicherungsmaßnahmen ergreifen. Durch das Zusammentreffen aller dieser Fähigkeiten bei einer einzigen Organisation hat die EU einzigartige Möglichkeiten, international zu

wirken. Voraussetzung ist allerdings immer, dass die Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Interessen so zusammenführen, dass gemeinsames Handeln möglich wird.

Beispiele für erfolgreiches Handeln der EU auf dem Gebiet der GASP sind ihre weltweiten Friedensmissionen in verschiedenen Krisenregionen oder auch die Vermittlung eines Waffenstillstandes im Krieg zwischen Georgien und Russland im Jahr 2008. Auf dem Balkan finanziert die EU in sieben Ländern Hilfsprojekte für den Aufbau einer stabilen Gesellschaft. Im Kosovo sind seit 2008 fast 2000 Justiz- und Polizeibeamte zur Sicherung der öffentlichen Ordnung im Einsatz.

Ein aktuelles Beispiel für die Handlungsweise der Union ist die Krise in Libyen: Am 11. März 2011 beschloss ein Außerordentlicher Europäischer Rat weitgehende Sanktionen, Reiseverbote für wichtige Personen und das Einfrieren von Bankkonten. Außerdem wurden Maßnahmen zur Rettung europäischer Bürger und zur Bereitstellung humanitärer Hilfe beschlossen. Die Mitgliedstaaten wurden ermächtigt, alle zum Schutz der Zivilbevölkerung

¹ Dr. Klaus Achmann, Oberst a.D. ist Mitglied im Sachausschuss Sicherheit und Frieden und war von 2000 bis 2007 Bundesgeschäftsführer der GKS

in Libyen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, sofern diese unabwendbar notwendig sind, auf einer klaren Rechtsgrundlage beruhen und aus der Region – also z.B. durch die Arabische Liga – unterstützt werden. Am 12. April 2011 beschloss dann der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, für den Fall einer entsprechenden Anforderung durch die VN eine GASP-Operation mit dem Namen „EUFOR Libya“ zur Unterstützung der humanitären Hilfe in der Region vorzubereiten.

Zuständigkeit für gemeinsame Verteidigungspolitik und Verteidigung

Der EUV (Art. 24) erklärt die GASP einschließlich „aller Bereiche der Außenpolitik“ und einschließlich „sämtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Union“ ausdrücklich zu einer Unionszuständigkeit. Dazu gehört auch die „schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.“ Das heißt, dass eine gemeinsame Verteidigungspolitik – die allerdings noch schrittweise festzulegen ist – eine Unionskompetenz darstellt.

Anderes als die Verteidigungspolitik fällt eine gemeinsame Verteidigung bisher noch nicht in die Zuständigkeit der EU: Noch im Vertrag von Nizza lautete die Formulierung, dass eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu einer gemeinsamen Verteidigung führen „könnte“. Jetzt dagegen ist die Festlegung konkreter („kann“): Es steht nicht mehr in Frage, ob eine gemeinsame Verteidigung eingeführt wird, sondern nur noch, wann ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rates und entsprechende Beschlüsse der Mitgliedstaaten diese gemeinsame Verteidigung herbeiführen. Dies wäre dann eine im Vertrag vorgesehene Weiterentwicklung, die keine formelle Vertragsänderung mehr erforderte. Für Deutschland wäre in diesem Fall eine gesetzliche Ermächtigung erforderlich, da das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag entschieden hat, dass in solchen Fällen die parlamentarische Zustimmung nach Art. 23 Abs. I Satz 2 Grundgesetz erforderlich ist.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GSVP (Common Security and Defence Policy, CSDP)

Die GSVP, ein integraler Bestandteil der GASP, soll der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit sichern. Die diesbezüglichen Regelungen des EUV (Art. 42 ff.) beziehen sich ausschließlich auf Missionen außerhalb der Union. Diese Missionen müssen der Friedenssicherung, der Konfliktverhütung oder der Stärkung der internationalen Sicherheit dienen und mit den Grundsätzen der Charta der VN übereinstimmen.

Da die Union über keine eigenen zivilen oder militärischen Mittel verfügt, stellen die Mitgliedstaaten diese Fähigkeiten zur Verfügung. Im militärischen Bereich kann sich die EU auf ad hoc-Streitkräfte (EU-Battlegroups, s.u.) stützen, die von den EU-Ländern für Aufgaben der Friedenssicherung und Konfliktbewältigung oder für humanitäre Einsätze bereitgestellt werden. Eine Ausnahme gilt aufgrund eines entsprechenden Vorbehalts für Dänemark, das sich nicht an Beschlüssen und Maßnahmen der Union beteiligt, die verteidigungspolitische Bezüge haben (Protokoll Nr. 22 zum EUV, Art. 5); erforderliche Mehrheiten werden ohne die Stimme Dänemarks errechnet, einstimmige Entscheidungen sind ohne diese Stimme möglich. Umgekehrt ist Dänemark nicht verpflichtet, zur Finanzierung operativer Ausgabe als Folge solcher Maßnahmen beizutragen oder der Union militärische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen.

Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, SSZ

Eine der wesentlichen Neuerungen des Vertrages von Lissabon für die Sicherheitspolitik der EU ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Art. 42 Abs. 6 EUV, Protokoll Nr. 10 zum EUV). Da gerade in Angelegenheiten der Verteidigung oft kein Konsens unter allen Mitgliedstaaten zu erreichen ist, soll mit der Möglichkeit einer SSZ eine engere Zusammenarbeit derjenigen Mitgliedstaaten erleichtert werden, die dies – zum Beispiel bei bestimmten Missionen – wollen. Voraussetzung ist aber, dass diese Staaten die Fähigkeit besitzen,

Streitkräfte bereitzustellen, die geeignet sind, an den Krisenreaktionskräften der EU („EU-Battlegroups“, s.u.) teilzunehmen. Dazu stellt der Vertrag hohe Anforderungen an die teilnehmenden Staaten, die z.B. in den Streitkräftezielen der EU („Headline Goals“, s.u.) Ausdruck finden:

- Durchführung der vereinbarten Investitionen für Verteidigungsgüter,
- regelmäßige Überprüfung dieser Ziele,
- möglichst weit gehende Angleichung ihres Verteidigungsinstrumentariums durch einheitliche Ermittlung des militärischen Bedarfs, gemeinsame Nutzung der Mittel und Fähigkeiten und stärkere Zusammenarbeit bei Ausbildung und Logistik,
- konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Verfügbarkeit, der Interoperabilität, der Flexibilität und der Verlegefähigkeit ihrer Truppen,
- Schließung der Fähigkeitslücken.

Hintergrund dieser Regelung ist, dass die MS zwar regelmäßig gemeinsame zivile oder militärische Missionen durchführen, die Fähigkeiten und Mittel dafür aber weitgehend nach eigenen, meist unterschiedlichen Vorstellungen bereitstellen. Auch sollen die Defizite bei der Interoperabilität und die Zurückhaltung bei der gemeinsamen Beschaffung und Nutzung von Ausrüstung wenn nicht beseitigt, so doch gemildert werden.

Funktionen der zentralen EU-Organe im Bereich der GASP

Die für die GASP verantwortlichen Gremien, die auch den politischen Rahmen für die GSVP vorgeben, sind im Wesentlichen:

- der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs (Art. 15 EUV),
 - dessen Präsident (Art. 15 Abs. 6 EUV),
 - der (Minister-)Rat (Art. 16 EUV) und
 - der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 18 EUV).
- Diese Institutionen sollen nachfolgend kurz vorgestellt werden.

Der Europäische Rat, ER (European Council)

Der ER bestimmt die allgemeinen Leitlinien für die GASP und legt damit die Grundlage für ihre konkrete Ausgestaltung. Er kann jedoch – anders als in anderen Bereichen – bei der GASP keine Gesetzgebungsakte erlassen, also keine Verordnungen, Richtlinien oder rechtlich bindende Beschlüsse (Art. 31 Abs. 1 EUV).

Er bestimmt „die strategischen Interessen“ (früher: gemeinsame Strategien), aufgrund deren er eine „Aktion“ beschließen oder einen „Standpunkt“ festlegen kann. Er legt die „Ziele“ der GASP fest (früher: „Grundsätze“). Er kann einstimmig beschließen, eine „gemeinsame Verteidigung“ einzuführen (Art. 42 Abs. 2 EUV).

Die Beschlüsse sind im Bereich der GASP verbindlich, sie haben jedoch nur politische, keine rechtliche Bindungswirkung.

Präsident des ER

Der Präsident des ER wird für 2 ½ Jahre gewählt; die halbjährige EU-Präsidentschaft eines Mitgliedstaates bleibt daneben für den Vorsitz in allen Ratsformationen – außer für den Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Vorsitz: Hoher Vertreter) – erhalten.

Der Präsident des ER vertritt die EU in GASP-Angelegenheiten nach außen; dadurch soll er die Außenwahrnehmung der EU verstärken. Er ist der Vorsitzende des ER, den er auch zu außerordentlichen Sitzungen einberufen kann.

Rat

Der Rat ist ein einheitliches Organ, er tagt aber in verschiedenen Zusammensetzungen der jeweils zuständigen Fachminister („Ratsformationen“); jede dieser Formationen hat alle Befugnisse des Rates. Der Rat ist – gemeinsam mit dem EP – der Gesetzgeber der Union. Die Beschlüsse aller Ratsformationen haben – mit Ausnahme der GASP – rechtliche Bindungswirkung, im Bereich der GASP sind sie jedoch (nur) politisch bindend.

Eine der – ausnahmsweise vertraglich festgelegten – Formationen ist der „Rat für Auswärtige Angelegenheiten“ unter dem Vorsitz des Ho-

hen Vertreters; der Rat für Auswärtige Angelegenheiten besteht aus den Außenministern; seine Aufgabe ist die Festlegung der mittel- und langfristigen Ziele der europäischen Außenpolitik. In dieser Formation gestaltet der Rat die GASP auf Grundlage der Vorgaben des ER; er fasst die maßgeblichen Beschlüsse, die für die Formulierung und Ausführung dieser Politik, zur Festlegung durchzuführender Aktionen und einzunehmender Standpunkte sowie zu einem operativen Vorgehen der Union aufgrund einer internationalen Situation (z.B. Beschlüsse für eine Polizei- oder Militärmission) erforderlich sind; er ist also das entscheidende Organ in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Bei der Durchführung dieser Beschlüsse wird er gemeinsam mit dem Hohen Vertreter tätig.

Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen ergehen (anders als sonstige Beschlüsse) ausnahmslos einstimmig; jedes Ratsmitglied kann jedoch erklären, einen Beschluss nicht ausführen zu wollen und dennoch die Bindungswirkung für die anderen zu akzeptieren (konstruktive Stimmenthaltung, „opting-out“), so dass eine Beschlussfassung dennoch möglich bleibt (Art. 31 Abs. 2 EUV); eine Rückausnahme besagt, dass ein Beschluss dennoch nicht ergeht, wenn ein Drittel der Mitgliedstaaten, die zugleich mindestens ein Drittel der Unionsbevölkerung ausmachen, eine solche Erklärung abgibt.

Es gibt keinen eigenständigen Verteidigungsrat als besondere Ratsformation, sondern lediglich informelle Treffen der Verteidigungsminister;

Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, HV (High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, HR)

Aufgabe des HV ist die Leitung und Durchführung der GASP: er ist „der Hüter der GASP“. Er soll die Kohärenz des auswärtigen Handelns der Union sicherstellen, Initiativen zur EU-Außenpolitik ergreifen und für deren Umsetzung Sorge tragen. Er soll der EU-Diplomatie mehr Profil verleihen und die außenpolitischen Positionen der EU-Länder koordinieren.

Der HV trägt einen Doppelhut, einerseits als Vizepräsident der Kommission (er ist damit zugleich Kommissionsmitglied), andererseits als HV mit der Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Er leitet den Europäischen Auswärtigen Dienst, zu dem auch politische und militärische Stäbe gehören (Einzelheiten s.u.). Ferner führt er den Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten.

EU-Organisation zur Umsetzung der GASP und GSVP

Europäischer Auswärtiger Dienst, EAD (European External Action Service, EEAS)

Der EAD, im Aufbau seit 01.10.2010, dient der Unterstützung des HV. Er soll vor allem dazu beitragen, die GASP aus einem Guss zu gestalten und die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Mitgliedstaaten schrittweise besser abzustimmen. Der EAD ist eine umfangreiche Organisation mit mehreren tausend Mitarbeitern.

Die außenpolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und ihre nationalen Vertretungen bei Drittländern und internationalen Organisationen werden durch den Regelungen des EUV zum EAD nicht berührt (Erklärung Nr. 13 der Regierungskonferenz v. 13.12.2007 in Lissabon).

In den EAD sind die nachfolgend beschriebenen politischen und militärischen Strukturen integriert, die der ER zur Umsetzung der Krisenbewältigungs-Funktionen der EU geschaffen hat.

Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee, PSK, (Political and Security Committee, PSC)

Das PSK ist das Kernstück der GASP und der GSVP. Im PSK treffen sich regelmäßig die Botschafter der Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten (2x pro Woche); gelegentlich finden jedoch auch Tagungen auf Ebene der Politischen Direktoren der Mitgliedstaaten statt. Das PSK ist das Vorbereitungsgremium für Ratsitzungen.

Die Aufgaben des PSK sind die Verfolgung der internationalen Lage, die Formulierung von Stellungnahmen an den Rat, die Unterstützung bei der

Ausarbeitung von Politiken innerhalb der GASP und ESVP, schließlich die Überwachung der Durchführung festgelegter Politiken. In einer Krise übt das PSK die politische Kontrolle und strategische Leitung von Operationen der Krisenbewältigung (beschlossen vom Rat, koordiniert durch PSK und HV) aus. Bei militärischen Operationen stützt sich das PSK auf Stellungnahmen und Empfehlungen des EU-Militärausschusses.

EU-Militärausschuss (EU Military Committee, EUMC)

Das EUMC wurde im Jahre 2001 errichtet; es besteht aus den in Brüssel durch militärische Delegierte vertretenen Generalstabschefs der Mitgliedstaaten; die Leitung hat ein 4-Sterne-General, der das EUMC auch vor dem Rat und dem PSK vertritt und in militärischen Angelegenheiten Ansprechpartner des HV ist. Aufgaben des EUMC sind die militärische Beratung des PSK, die Leitung aller militärischen Aktivitäten der EU sowie operative Planungen in Zusammenarbeit mit dem PSK; es wird durch den EU-Militärstab unterstützt.

EU-Militärstab (Military Staff, EUMS)

Der EUMS ist der Arbeitsstab des EUMC; die Leitung hat ein 3-Sterne-General. Der EUMS stellt militärischen Sachverstand und militärische Unterstützung bereit. Seine Hauptaufgabe ist die Bereitstellung militärischen Fachwissens durch die Erarbeitung von Frühwarnungen, Lagebeurteilungen und strategischen Planungen hinsichtlich der Petersberg-Aufgaben.

Als Teil des EUMS besteht eine „zivil-militärische Zelle“ („civil-military cell“) für die Koordinierung der zivil-militärischen Aspekte der GASP mit einem darin integrierten Operations Center für gemeinsame zivil-militärische Missionen.

Ferner wurden in den EAD eingegliedert:

- Ausschuss für die Planung und Leitung ziviler Maßnahmen der Krisenbewältigung (Civilian Planning and Conduct Capability, CPCC)
- Als Teil des Ratssekretariats wurde 2007 zur Ergänzung der militä-

rischen Strukturen ein Ausschuss für die Planung und Leitung ziviler Maßnahmen der Krisenbewältigung gegründet. Es unterstützt laufende zivile Missionen der EU und berät den Rat in zivilen Aspekten des Krisenmanagements.

- Strategieplanungs- und Führungseinheit (Policy Planning and Early Warning Unit, kurz: „Policy Unit“)

Die Policy Unit wurde im Jahr 2000 eingerichtet und dient der Unterstützung des HV in Fragen der auswärtigen Beziehungen.

Innerhalb der Policy Unit wurde ein Lagezentrum eingerichtet. Es ist ständig besetzt und sammelt Nachrichten von nationalen Nachrichtendiensten, aus der Kommission und aus dem Satellitenzentrum der EU in Torrejón (s.u.). Seine Aufgabe ist eine erste Risikobewertung bei potentiellen Krisen. Es liefert seine Ergebnisse an das EU MC.

EU-Agenturen außerhalb des EAD

Weiterhin gibt es mehrere für die Verteidigungsaufgaben der EU wichtige Organisationen, die nicht in den EAD eingegliedert, aber u.a. zu dessen Unterstützung tätig sind:

- Europäische Verteidigungsagentur, EVA (European Defence Agency, EDA)
- Die EVA in Brüssel wurde 2004 gegründet. Ihre Aufgabe ist es, die Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten für Operationen des Krisenmanagements im Rahmen der ESVP zu verbessern und Forschung und Technologie ebenso zu fördern wie die Rüstungszusammenarbeit. Auch soll ein auf den Wettbewerb gestützter europäischer Markt für militärische Ausrüstung entstehen. Die technologische und industrielle Basis für die europäische Verteidigung soll gestärkt werden.
- Den Vorsitz hat der HV inne, die grundsätzlichen Entscheidungen trifft ein Leitungsausschuss („Steering Board“) der Verteidigungsminister der 26 teilnehmenden Staaten (Dänemark ist kein Mitglied der EDA).
- Institut der EU für Sicherheitsstudien (European Institute for Security Studies, EUISS)

- Das EUISS in Paris wurde 2001 als Nachfolger des WEU-Instituts für Sicherheitsstudien gegründet. Es genießt volle Forschungsfreiheit und dient der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitskultur sowie der Bereicherung der strategischen Debatte innerhalb der EU. Dazu führt es Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der GASP einschließlich der GSVP durch, veröffentlicht Monographien („Chaillot Papers“), Analysen und vierteljährliche Berichte und organisiert Seminare und Konferenzen.

- Ohne Beeinträchtigung seiner intellektuellen Freiheit untersteht das EUISS einem Steuerungsausschuss unter dem Vorsitz des HV, zuständig für die Festlegung des Budgets und der administrativen Regeln. Politischer Ansprechpartner des EUISS ist das PSK.

- EU Satellitenzentrum (European Union Satellite Centre, EUSC)

Das EUSC in Torrejón (Spanien), gegründet 1992 und in die EU integriert seit 2002, unterstützt die Entscheidungsfindung der EU auf dem Gebiet der GASP/GSVP durch die Analyse von Satellitenbildern und anderen Daten. Es ist eine der zentralen Einrichtungen zur Unterstützung der GASP, der einzigen auf dem Gebiet der Weltraumtechnik.

Das EUSC arbeitet unter der politischen Leitung des PSK, das dessen Arbeitsprioritäten festlegt. Der HV erteilt die operativen Weisungen. Auch hier legt ein Steuerungsausschuss aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission das Budget fest und bestimmt das Arbeitsprogramm des Zentrums. Aufträge an das Zentrum können nicht nur durch das Generalsekretariat des Rates, sondern auch von der EU-Kommission, den EU-Mitgliedstaaten sowie von den VN, der NATO und der OSZE erteilt werden.

Verankerung im EUV

Nur das PSK (38 EUV) und die EVA (42 III, 45 EUV) sind im EUV vertraglich abgesichert. Das EUMC, der EUMS und die anderen aufgeführten Organe sind dagegen von den zuständigen Organen im Rahmen ihrer Kompetenzen geschaffen worden und daher ebenfalls zweifelsfrei zulässig.

Umfang der Militärkompetenzen der EU

Erweiterte Petersberg-Aufgaben

Die so genannten „Petersberg-Aufgaben“ wurden 1992 von den Außen- und Verteidigungsministern der WEU auf dem Petersberg in der Nähe von Bonn beschlossen, um die Einsatzfähigkeit der damals noch existierenden WEU in den Bereichen zu stärken, die nicht der kollektiven Verteidigung zuzurechnen sind.

Durch den Vertrag von Lissabon zur Änderung des EU-Vertrages wurden diese Aufgaben für die EU übernommen und durch die Einbeziehung ziviler Maßnahmen erweitert (Art. 43 EUV). Sie umfassen:

- gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen (gemeint ist nicht Abrüstungspolitik, sondern Abrüstung einer Konfliktpartei);
- humanitäre Aufgaben (Hilfeleistung mit Personal und Material) und Rettungseinsätze (primär Rettung eigener Staatsangehöriger im Ausland);
- Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung;
- Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens („peacekeeping“, bei dem die Anwendung von Waffengewalt nur zur Selbstverteidigung erlaubt ist; bei „robustem peacekeeping“ gilt in begrenztem Maß auch eine Ermächtigung zum Waffengebrauch zur Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen);
- Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen sowie Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten (Maßnahmen nach Kap. VII der VN-Charta zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter Einschluss des gesamten militärischen Spektrums, also auch ohne Zustimmung der Konfliktparteien und mit Anwendung von Waffengewalt über den Rahmen der Selbstverteidigung hinaus).

Alle diese Operationen können laut EUV auch der Bekämpfung des Terrorismus dienen.

Der EUV regelt die Zuständigkeiten in einem zweistufigen Verfahren: Nach einer entsprechenden Grundsatzenscheidung des ER fasst der Rat für Auswärtige Angelegenheiten die erforderlichen Beschlüsse; der HV koordiniert die zivilen und militärischen Aspekte dieser Missionen im Benehmen mit dem PSK. Die EU kann diese Aufgaben entweder selbst durchführen und sich dabei auf die zivilen und militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten abstützen (Art. 42 EUV) oder sie kann die Ausführung einer geeigneten Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen, die dies wünschen und über die dafür erforderlichen Mittel (Art. 44 EUV) verfügen.

VN-Mandat

Unstrittige Voraussetzung für die Ausführung aller Petersberg-Aufgaben ist die Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der VN. Die EU kann daher bei der Anwendung von Zwangsmaßnahmen nur mit einem Mandat des VN-Sicherheitsrates oder in einer anderen Form völkerrechtlich zulässigen Handelns tätig werden. Sie ist an das allgemeine Völkergewohnheitsrecht gebunden, insbesondere an das Gewaltverbot der VN-Charta, auch wenn sie selbst als supranationale Organisation nicht Mitglied der VN ist. Im Übrigen sind die EU-Mitgliedstaaten selbst als VN-Mitglieder an das Recht der VN gebunden.

Territoriale Selbstverteidigung

Die territoriale Selbstverteidigung durch die EU als Element einer „gemeinsamen Verteidigung“ ist – wie gezeigt – bisher keine Unionskompetenz; eine solche gemeinsame Verteidigung kann erst auf einstimmigen Beschluss des Rates zu einer Unionskompetenz erwachsen. Bis dahin gilt, dass die NATO als Rahmen für die gemeinsame Verteidigung anzusehen ist. Durch diese Regelung soll die primäre Zuständigkeit der NATO für die kollektive Verteidigung respektiert werden (Art. 42 Abs. 2 EUV). Die EU ist auch nach Einführung der GASP keine echte Sicherheitsorganisation.

Beistandspflicht

Die in Art. 42 Abs. 7 EUV festgelegte Beistandspflicht ver-

pflichtet die Mitgliedstaaten (nicht die Union als solche), „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ zu leisten. Für Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag vom 30.06.2009 entschieden, dass diese Beistandspflicht keine automatische Verpflichtung zum Einsatz militärischer Mittel enthält; dies ergebe sich aus einem Vergleich mit dem in dieser Hinsicht eindeutigen Art. 5 des NATO-Vertrages, wonach ein bewaffneter Angriff gegen einen als Angriff gegen alle angesehen werde. Tatsächlich macht die NATO-Beistandspflicht die militärische Beistandspflicht aus dem EUV weitgehend bedeutungslos, jedenfalls ist sie dieser gegenüber vorrangig. Falls sich Deutschland zu einem militärischen Beistand für ein angegriffenes EU-Mitglied entschließt, gilt auch hier der Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestages.

Integrierte EU-Streitkräfte

Integrierte EU-Streitkräfte wären zwar für die Stärkung der EU-Identität wichtig, sind aber im EUV nicht vorgesehen. Sollten solche Streitkräfte eines Tages politisch gewollt sein, so setzte dies eine förmliche Änderung des Vertrags voraus. Weitere Folgen wären, dass ein EU-Oberbefehl den Verzicht der Mitgliedstaaten auf wesentliche Hoheitsrechte, vor allem den Verzicht auf die unmittelbare Kontrolle über die dann der EU unterstellten eigenen militärischen Kräfte mit sich brächte; der Rat müsste (anders als bisher) sinnvollerweise demokratisch legitimiert werden, das EP – als solches durchaus demokratisch legitimiert – müsste Kontrollrechte über den Streitkräfteeinsatz erhalten. Für Deutschland gälte für die Errichtung von EU-Streitkräften, dass der Deutsche Bundestag der Übertragung von „full command“ vorher zustimmen müsste.

Streitkräfteziele der EU (Headline Goals)

Da sich die Union auf die Fähigkeiten stützt, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden (Art. 42 EUV), stellt sich das Problem der Interoperabilität und der Reaktionszeit der bereitgestellten militärischen Kontingente. Im Dezember 1999 wur-

den daher die sogenannten „Helsinki Headline Goals“ beschlossen, die diesen Mängeln abhelfen sollten. Da diese Zielvorgaben nur sehr zögerlich umgesetzt wurden, beschloss der Rat im Juni 2003 die modifizierten „Headline Goals 2010“. Darin waren die inzwischen aufgegebenen „European Rapid Reaction Forces“ vorgesehen; an ihrer Stelle wurde das Konzept der „Battle Groups“ (s.u.) vorangetrieben. Bei ihnen behalten die Mitgliedstaaten die volle Kontrolle über ihre Kontingente, staatliche Hoheitsrechte werden also nicht angetastet. Die Headline Goals sind politisch, nicht rechtlich bindend.

Bisherige Militäreinsätze

Auch ohne die Existenz einer EU-Armee gab es seit 2003 bereits sechs reine Militäreinsätze, durchgeführt mit Kräften, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt wurden:

1. 2003 CONCORDIA (Mazedonien)
2. 2003 ARTEMIS (DR Kongo)
3. seit 2004 ALTHEA (BuH) (DSACEUR als Operation Commander, SHAPE als Operation Headquarters)
4. 2006 EUFOR DR KONGO (Kongo) (deutscher Operation Commander, Einsatzführungskommando der Bundeswehr als Operation Headquarters)
5. 2008/2009 EUFOR TSCHAD/RCA (Tschad, Zentralafrikanische Republik)
6. seit 2008 ATALANTA (Horn von Afrika).

Inhaltliche Gestaltung der europäischen Verteidigungspolitik und Verteidigung

Europäische Sicherheitsstrategie, ESS (European Security Strategy, ESS)

Am 12. Dezember 2003 nahm der ER die vom damaligen HV Javier Solana erarbeitete ESS an. Sie war als Reaktion auf die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU wegen der Irak-Frage in Auftrag gegeben worden. Ihr Titel lautet: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt.“

Sie nennt als Hauptbedrohungen den Terrorismus, die Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten und die organisierte Kriminalität. Die in der ESS formulierten strategischen Ziele umfassen die Abwehr von Bedrohungen, die Stärkung der Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft sowie eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus. Die ESS fordert von der EU, in der Verfolgung ihrer strategischen Ziele aktiver zu sein, um den neuen Bedrohungen entgegenzuwirken. Voraussetzungen dafür seien flexiblere und mobilere Streitkräfte, aber auch besser mobilisierbare zivile Kapazitäten für die Bewältigung von Krisensituationen. Die Politik der EU müsse die unterschiedlichen zivilen und militärischen Mittel und Fähigkeiten sinnvoll zusammenfassen. Völkerrechtskonformes Handeln, insbesondere die Bindung an die in der VN-Charta enthaltenen Grundsätze, seien für die EU zwingend.

Führung militärischer Operationen der EU

EBenso wenig wie über eigene Streitkräfte verfügt die EU über eine Kommandostruktur oder ein echtes eigenes Hauptquartier zur Führung militärischer Einsätze.

Unter der politisch-strategischen Führung des PSK liegt daher die militärische Führung bei einem „Operation Commander“, der aus den an der jeweiligen Mission beteiligten Nationen ausgewählt wird. Auch der für die operative Führung verantwortliche „Force Commander“ wird für jede Mission gesondert bestimmt. Er stützt sich auf ein „Force Headquarters“ im Einsatzgebiet, das multinational besetzt ist und die streitkräftegemeinsame Führung ausübt.

Hinsichtlich des Hauptquartiers hat sich die EU mehrere Optionen geschaffen, nämlich die Möglichkeit autonom geführter EU-Einsätze sowie – bei anspruchsvolleren Einsätzen – den Rückgriff auf Planungsfähigkeiten und Kommandostrukturen der NATO:

– Autonom geführte EU-Einsätze

Bei autonom geführten EU-Einsätzen kann die EU auf nationale Hauptquartiere zurückgreifen, die zurzeit von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Griechenland hierfür angeboten

werden. Deutschland hat für diesen Zweck das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam benannt. Ein Beispiel für solche Einsätze ist EUNAVFOR-ATALANTA. Seit 2007 besteht außerdem in Brüssel ein EU Operations Centre mit acht Offizieren. Nach Aktivierung wird es durch das erforderliche Personal aus den Mitgliedstaaten verstärkt. Nach 20 Tagen soll das Operations Centre mit voller Personalstärke (89 Zivilisten und Militärs) eine Operation führen können.

– Berlin-Plus-Einsätze

Die schwierige Frage des Verhältnisses zwischen der NATO und den militärischen Ambitionen der EU wurde 2003 durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen beiden Organisationen gelöst. In diesem sogenannten „Berlin-Plus-Abkommen“ einigen sich NATO und EU auf Regelungen für ein von der NATO unterstütztes militärisches Eingreifen der EU. Danach kann die EU bei anspruchsvollen eigenen Einsätzen auf NATO-Planungskapazitäten und auf die NATO-Kommandostruktur zurückgreifen, wenn sie selbst nicht die erforderlichen Fähigkeiten besitzt und wenn vor allem die NATO selbst nicht aktiv wird. Bei EU-Operationen, die unter dieser Regelung stattfinden, hat der DSACEUR – immer ein Europäer – den Oberbefehl. Er stützt sich dabei auf SHAPE in Mons/Belgien (Hauptquartier des Allied Command Operations, ACO) ab.

Durch diese Regelung werden Kompetenzstreitigkeiten verringert oder vermieden, der Aufbau von sehr teuren Doppelstrukturen vermieden und das Recht der NATO auf den „ersten Zugriff“ festgeschrieben. Dies ist grundsätzlich im EUV so angelegt: Die Integrität des transatlantischen Bündnisses soll nicht angetastet werden. In Art. 42 Abs. 1 EUV heißt es u.a.: „Sie (die Union) achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der NATO verwirklicht sehen.“ Gleichwohl stünde ein eigenes EU-Hauptquartier als solches nicht notwendigerweise im Widerspruch zur Sicherheitspolitik der NATO; entscheidend dafür ist die Unionspolitik, nicht der institutionelle Aufbau der Militärorganisation. Beispiel für einen „Ber-

lin-Plus“-Einsatz ist die EU-Operation EUFOR-ALTHEA, geleitet durch den DSACEUR General Sir Richard SHIRREFF (seit März 2011 Nachfolger von General John McCOLL), der auf Beschluss des PSK der EU auch neuer EU-Operation Commander ist.

EU Krisenreaktionskräfte (EU Battle Groups, EU BG)

Als Instrument der EU für eine schnelle militärische Krisenreaktion wurden die EU-BG geschaffen. Sie sind seit 2007 einsatzbereit. Der EU stehen jederzeit zwei dieser EU BG für jeweils sechs Monate zur Verfügung.

Eine EU BG umfasst im Kern ein Infanteriebataillon, Kampfunterstützungs- und Einsatzunterstützungskräfte, Sanitätselemente sowie ein verlegbares Hauptquartier (Force Headquarters). Die EU BG werden jeweils unter der Verantwortung einer Leitnation aus dem Militär der Mitgliedstaaten der EU und freiwillig teilnehmender Nicht-EU-Staaten zusammengestellt und ausgebildet. Je nach Umfang der geforderten Fähigkeiten umfasst eine EU BG 1500 bis 2500 Soldaten und Soldatinnen. Will die EU eine EU BG nach Ausbruch einer Krise einsetzen, soll der Verband nach seiner Aktivierung nach 10 – 15 Tagen im Einsatzgebiet mit seinen Operationen beginnen und diese in der Regel für 30 Tage, maximal für 120 Tage durchführen können. Das Auftragspektrum einer EU BG kann von der Unterstützung humanitärer Hilfeleistung über Konfliktverhütung bis hin zu Kampfeinsätzen reichen.

Von Anfang an war auch die Bundeswehr an diesen schnellen Einsatzverbänden der EU beteiligt. Im 2. Halbjahr 2012 wird Deutschland die Führungsaufgabe wahrnehmen; Partnernationen werden Österreich, die Tschechische Republik und Irland sowie die Nicht-EU-Staaten Kroatien und Mazedonien sein.

Vorläufer dieser auf vertraglicher Grundlage entstandenen EU BG war die Gründung der Deutsch-Französischen Brigade im Jahr 1987. Sie wurde zur Keimzelle des Eurokorps, mit dem 1996 erstmals ein europäischer Einsatzverband entstand. Fünf EU-Mitgliedstaaten beteiligen sich am Eurokorps: Belgien, Deutschland,

Frankreich, Luxemburg und Spanien. Das Hauptquartier, in dem auch Soldaten aus Kanada, Griechenland, Italien, Österreich, Polen und der Türkei beteiligt sind, liegt in Straßburg. Das Eurokorps verstärkt die Krisenreaktionsfähigkeit von EU und NATO.

1999 wurde außerdem beschlossen, ein europäisches Lufttransportkommando zu errichten. Als erstes entstand die European Air Transport Coordination Cell. Mit zusätzlichen Aufgaben entstand daraus 2004 das European Airlift Centre (EAC).

Defizite einer europäischen Verteidigungspolitik und Verteidigung

Die grundsätzliche Problematik einer im EUV vorgesehenen gemeinsamen Verteidigungspolitik und einer gemeinsamen Verteidigung (Art. 42 EUV) liegt in der Tatsache, dass eine gemeinsame Verteidigung bisher offensichtlich nicht im Interesse der Staaten liegt. Dies ist letztlich darin begründet, dass eine gemeinsame Außenpolitik und damit eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik bisher immer wieder an den unterschiedlichen nationalen Interessen scheitert. Dort wo die EU zum gemeinsamen Handeln kam, waren die Einsätze oft eher vom Nachweis der eigenen, gerade im Entstehen begriffenen Handlungsfähigkeit geprägt als von einem schlüssigen politischen Gesamtansatz.

Aber auch die Versuche, den durchaus anspruchsvollen Petersberg-Aufgaben mit ad hoc zusammengestellten nationalen Kontingenten gerecht zu werden, waren oft nur teilweise erfolgreich. Die Staaten zeigen sich äußerst zurückhaltend darin, Souveränitätsrechte im Bereich der Sicherheitspolitik an die EU zu übertragen. Sie sind zögerlich, vereinbarte Streitkräfteziele umzusetzen. Die gegenwärtigen Haushaltsprobleme in fast allen EU-Staaten lässt wenig Hoffnung auf eine Besserung dieser Situation.

Nach wie vor problematisch ist das Zusammenwirken der Sicherheitsorganisationen. Auch wenn die Mitgliedstaaten der EU im EUV die Integrität der NATO als wichtiges ge-

meinsames Ziel anerkennen und das Recht der Mitgliedstaaten garantieren, ihren Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag nachzukommen, bleibt doch die ungelöste Frage, wie die EU ihrer selbst auferlegten Verpflichtung nachkommen will, die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Friedensethische Bewertung

In kirchlichen Dokumenten wird den Soldaten die Pflicht auferlegt, Verantwortung für Frieden und Sicherheit zu übernehmen, so im Konzilsdokument „Gaudium et Spes“ und im Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“.

Unter den gegenwärtigen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ist diese Aufgabe in der Regel nicht im nationalen Rahmen, sondern nur in internationaler Zusammenarbeit lösbar.

Die Europäische Union hat sich als Zusammenschluss freiheitlicher und rechtsstaatlicher Demokratien im EUV verpflichtet, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unter Beachtung der Grundsätze der Charta der VN (d.h. Verbot des Angriffskrieges, Monopol des VN-Sicherheitsrates bei der Legitimierung militärischer Gewaltanwendung) durchzuführen.

Da im Bereich der GASP das Prinzip der Einstimmigkeit gilt, wirkt auch das in der Bundesrepublik Deutschland geltende ausdrückliche Verbot eines Angriffskrieges (Art. 26 GG) unmittelbar auf die europäische Beschlussfassung ein.

Die Europäische Union ist also von Entstehungsgeschichte, Zusammensetzung und Vertragslage eine tatsächliche Friedensmacht. Die Umsetzung in konkrete Politik setzt allerdings auch voraus, dass die Möglichkeit des Missbrauchs durch wirksame Kontrollmechanismen (Parlamente, Öffentlichkeit) von vornherein ausgeschlossen wird. Die defizitäre Machtstellung des Europäischen Parlaments im Bereich der GASP und das Fehlen eines Bewusstseins der Bürger in den EU-Mitgliedsstaaten als „europäische Öffentlichkeit“ müssen insofern als problematisch angesehen werden.

Die Europäische Union hat durch die Zusammenfassung wirtschaftli-

cher, diplomatischer, polizeilicher und militärischer Mittel grundsätzlich ganz besondere Handlungsmöglichkeiten bei der Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens. Allerdings sind weder die zivilen (vor allem die polizeilichen) noch die militärischen Mittel den Herausforderungen angemessen. Auch die Entscheidungsfähigkeit im Bereich der GASP ist durch das Prinzip des „zwischenstaatlichen“ Zusammenwirkens und durch den damit verbundenen Grundsatz der Einstimmigkeit stark eingeschränkt. Die Europäische Union als Friedensmacht kann daher der Verantwortung für den Frieden, die aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht erwächst, nicht im erforderlichen Umfang gerecht werden. Sowohl die politische Entscheidungsfähigkeit wie auch die zivilen und militärischen Handlungsmöglichkeiten müssen weiter entwickelt werden, um der Europäischen Union das volle Spektrum der zur Friedensstabilisierung erforderlichen Maßnahmen umfassend zur Verfügung zu stellen.

Die NATO wiederum kann als ein politisches Bündnis, das nur über militärische, nicht aber über polizeiliche, wirtschaftliche und sonstige für den Staatsaufbau erforderlichen Fähigkeiten verfügt, nicht die vielfältigen Aufgaben übernehmen, die sich in der Friedenskonsolidierung stellen.

Es geht also beim Aufbau europäischer militärischer Fähigkeiten nicht um eine Militarisierung der EU – so ein häufig erhobener Vorwurf –, sondern um den Aufbau derjenigen Fähigkeiten, die im Dienst für „die Sicherheit und den Frieden der Völker“ unabdingbare Voraussetzungen sind. Unzutreffend ist auch der Vorwurf, die in der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ beschriebenen Herausforderungen und Bedrohungen seien Anlässe zu militärischen Interventionen mit dem Zweck nationaler Interessenwahrung. Dem steht schon die klare Verpflichtung der europäischen Staaten auf die Charta der VN entgegen.

Abkürzungen aus dem Bereich der EU

AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
 CFSP: Common Foreign and Security Policy
 CPCC: Civilian Planning and Conduct Capability
 CSDP: Common Security and Defence Policy
 EAC: European Airlift Centre
 EAD: Europäischer Auswärtiger Dienst
 EDA: European Defence Agency
 EEAS: European External Action Service

EP: Europäisches Parlament, European Parliament
 ER: Europäischer Rat
 ESS: Europäische Sicherheitsstrategie, European Security Strategy
 EU: Europäische Union, European Union
 EU BG: EU Battle Group
 EUFOR: EU Force
 EUISS: European Institute for Security Studies
 EUMC: EU Military Committee
 EUMS: EU Military Staff
 EUNAVFOR: EU Naval Force
 EUSC: EU Satellite Centre
 EUV: Vertrag über die Europäische Union
 EVA: Europäische Verteidigungsagentur
 GASP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
 GSVP: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 HR: High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy
 HV: Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik
 PSC: Political and Security Committee
 PSK: Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
 SSZ: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit □

Welfriedenstag 2011

Religionsfreiheit – der Weg zum Frieden

Am Donnerstag, den 10. März 2011 ab 18.00 Uhr fand in der festlich geschmückten Aula des Collegium Josephinum in Bonn der Festakt der GKS zum diesjährigen Welfriedenstag statt, der unter dem päpstlichen Motto stand: Religionsfreiheit – ein Weg für den Frieden. Als Festredner hatte der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Einladung des Militärgeneralvikars zugesagt, und lies es sich nicht nehmen, trotz des gleichzeitig stattfindenden Großen Zapfenstreichs zur Verabschiedung des ehemaligen Verteidigungs-

ministers Karl-Theodor zu Guttenberg in Berlin den Bonner Termin wahrzunehmen. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden des GKS-Kreises Bonn Oberstleutnant Andreas Preuss und einem Grußwort des Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer, hielt der Präsident des Deutschen Bundestages den Festvortrag. Umrahmt wurde die gesamte Veranstaltung von einem Bläserensemble des Stabsmusikkorps der Bundeswehr.

Zu Beginn seiner Ausführungen wies Prof. Lammert darauf hin, dass

es lange gedauert hätte, bis ein Gedenktag für den Welfrieden eingeführt wurde und lobte diese Initiative des damaligen Papstes Paul VI., der mit dieser Einführung den Menschen die Gelegenheit gegeben hätte, zu den grundlegenden Dingen auch des Soldatenberufes und aktuellen Anlässen im Weltgeschehen zu gedenken. Die Entwicklungslinie der Menschheit würde erstaunliche Veränderungen aufweisen, aber auch Konstanten, führte der Parlamentspräsident aus. Eine Konstante wäre die Verfolgung seiner eigenen Interessen, welches ein Be-

dürfnis sei, auch gegen Widerstände. Dies würde auch in Zukunft so sein, sagte Prof. Lammert. Die Wege zur Durchsetzung würden mal mehr, mal weniger überzeugend sein, aber da der Mensch nun mal immer Interessen habe, aber nicht die gleichen, käme es somit zum Wettkampf der Ideen (=Interessen) und damit zu einer gewissen Unvermeidbarkeit von Konflikten, die an sich auch zu den Konstanten der Entwicklungsgeschichte der Menschheit gehören würden. Zur Konfliktlösung gäbe es grundsätzlich zwei Wege, sagte der Festredner, eine Vereinbarung aufgrund eines Konsenses oder eine gewaltmäßige Lösung mit den Ellbogen sozusagen. Für beide Modelle gäbe es zahlreiche Beispiele in der Geschichte, wobei die Lösung mit der Gewalt die problematische sei. Die Menschheit hätte versucht, die Gewalt zu domestizieren führte Prof. Lammert weiter aus, einmal mit Hilfe der Religion, zum anderen mit Hilfe der Politik. Die Religion versuche durch Sinnstiftung, über die Schaffung von individuellen Freiräumen das gesellschaftliche Modell der Interessenverfolgung zu verändern, die Politik durch Gesetzgebungsverfahren den Menschen diese Freiräume zu schaffen. Dass beide Modelle nicht durchschlagenden Erfolg hätten, bewiese die Tatsache, dass es immer noch Kriege gäbe, sagte der Parlamentspräsident. Auch die Tatsache, dass die größten Kriege Religionskriege gewesen seien, und zwar nicht Christen gegen Muslime, sondern Christen gegen Christen, zeige auf, dass der Mensch in dieser Hinsicht noch viel zu lernen habe. Ebenso sei die Schaffung des Deutschen Nationalstaates erst durch Kriege ermöglicht worden, die selbst wiederum Grundlage für die furchterlichen Kriege des Zwanzigsten Jahrhunderts gewesen seien, gab der Festredner seinen Zuhörern zu verstehen. Diese „Blutspur“ in der Menschengeschichte führte zu zwei Schlussfolgerungen letztendlich: erstens, dass es nie wieder Krieg geben solle und zum zweiten, dass man einer Gewaltanwendung auch mit militärischen Mitteln gegenüber treten müsse, um diese zu beenden.

Prof. Lammert erinnerte an zwei große gesellschaftliche Diskussionen in der Bundesrepublik, an die Dis-



Bundtagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert betritt die Aula. Hinter ihm der Vorsitzende des GKS-Kreises Bonn, Oberstlt Andreas Preuss, dahinter der Leiter des Collegium Josephinum, Oberstudiendirektor Peter Billig.

kussionen über die Wiederbewaffnung und über den NATO-Doppelbeschluss. In beiden Diskussionen seien von den Befürwortern wie den Gegnern gute und richtige Argumente eingebracht worden, aber in beiden Fäl-

len habe das Parlament die Entscheidung gefällt und zwar jeweils die richtige Entscheidung, wie der Verlauf der Geschichte gezeigt habe. Es sei mehr als zweifelhaft, ob bei einer jeweiligen Volksbefragung das Richtige ge-



Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstlt Rüdiger Attermeyer (rechts am Rednerpult) beim Grußwort vor dem Festvortrag. Auf dem Podium das Bläserensemble des Stabsmusikkorps vor den Fahnen des Streitkräfteamtes, die für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt wurden.



Nach der Nationalhymne, die den Festakt beschloß, ergab sich die Gelegenheit, mit dem Bundestagspräsidenten während des Empfanges im Foyer des Collegium Josephinum ins Gespräch zu kommen.

wonnen hätte, gab der Präsident des Bundestages zu verstehen. Deshalb sei der deutsche Ansatz, das Parlament über einen Einsatz der militärischen Gewalt entscheiden zu lassen, der richtige Weg, auch wenn er einzigartig in dem westlichen Bündnis sei, führte Prof. Lammert aus. Diese Verantwortung sei dem Deutschen Bundestag durchaus bewusst, immer bewusst gewesen, wie die Einsatzentscheidung über den Kosovo-Einsatz 1998 gezeigt habe, als die geschäftsführende Regierung mit der voraussichtlichen Regierung den Einsatz abgesprochen habe. Er könne aber den Soldaten nicht versprechen, dass es in zehn bis zwanzig Jahren immer diese überwältigende Mehrheit über einen Einsatz gäbe, führte der Redner aus. Dies sei aber keine Frage der mangelnden Solidarität mit den Soldaten, sondern der zunehmenden Komplexität der jeweiligen Lage geschuldet. Als Beispiel führte Prof. Lammert seinen eigenen Besuch der Bundeswehr in Afghanistan an. Als seine Ehefrau nach seiner Rückkehr ihn gefragt habe, was er denn jetzt besser wisse über den Einsatz, konnte er nur sagen: Er wisse jetzt warum die Bundeswehr dort schnell heraus müsse, aber noch besser wisse er jetzt, warum die Soldaten dort bleiben

müssten. Friedenssicherung sei die schwierigste und dringendste Aufgabe des 21. Jahrhunderts, denn die Versuchung sei für regionale Herrscher (oder Gruppierungen) äußerst groß, in einem Machtvakuum ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Hier sei der Ansatz für die Religion zu finden. Die Menschheit sehne sich nach Religion, führte der Festredner aus. Wenn Religionsfreiheit

gewährt würde, sei der Fundamentalismus jeglicher Art zur Seite gerückt. Auch deshalb sei schließlich die Religionsfreiheit 1948 in den unveränderlichen Menschenrechten niedergeschrieben worden, und zwar sowohl die Ausübung der Religion aber auch der Wechsel der Religion, damit der Mensch frei entscheiden könne. Wenn man aber unter diesem Gesichtspunkt die jetzige Situation der Menschengeschichte anschauen würde, fände man mehr Fragen als Antworten, gab Prof. Lammert zu bedenken.

Zum Schluss seiner Ausführungen erinnerte der Bundestagspräsident an die Römer, die aufgrund ihre Lebenserfahrung den Satz prägten: „Si vis pacem, pare bellum“ (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor). Diese Wort sei von den Kirchenvätern in ihrem Wort zum „Gerechten Frieden“ von Bischof Kamphaus folgerichtig umgewandelt worden: „Si vis pacem, pare pacem“ (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor).

Nach dem Schlusswort von Militärdekan Benno Porovne und dem Absingen der Nationalhymne nahm sich Prof. Dr. Lammert noch Zeit, beim anschließenden Imbiss mit den Gästen Gespräche zu führen.

(Text und Bilder: B.Bastian, weitere Bilder in der Galerie der Webseite der GKS.)

Kurznachrichten: China

Verschwunden, inhaftiert, unter Arrest

Mit außerordentlich kritischen Worten hat sich der katholische Bischof von Hongkong, John Tong, in der katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ zur Lage der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in China geäußert. Im „Reich der Mitte“, in dem schätzungsweise zwölf Millionen Katholiken leben, garantiere die Verfassung zwar die „Freiheit des religiösen Bekenntnisses aller Staatsbürger“ und schütze der Staat laut Artikel 36 „normale religiöse Aktivitäten“. Doch es sei nie definiert worden, was darunter konkret zu verstehen sei. Mindestens zwei Bischöfe und ein Priester seien seit Jahren verschwunden. Zwei weitere inhaftierte Bischöfe seien zwischen 2005 und 2009 gestorben. 60 Kleriker, darunter zehn Bischöfe, seien in Haft oder stünden unter Hausarrest oder Überwachung. In den ersten Monaten dieses Jahres seien drei Priester aus der Provinz Hebei verschwunden. Einer sei „schwer misshandelt und gefoltert“ worden. □ *(Winfried Dollhausen/ZENIT-Die Tagespost)*

Bundeswehrstrukturreform:

Hin zu einer partnerschaftlichen Armee?

VON KLAUS LIEBETANZ UND BERTRAM BASTIAN

Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)
vom 18. Mai 2011

In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) gehören zu den deutschen Sicherheitsinteressen:

- Krisen und Konflikte zu verhindern, vorbeugend einzudämmen und zu bewältigen, welche die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten beeinträchtigen;
- außen- und sicherheitspolitische Positionen nachhaltig und glaubwürdig zu vertreten und einzulösen;
- die transatlantische und europäische Sicherheit und Partnerschaft zu stärken; - für die internationale Geltung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze einzutreten, das weltweite Respektieren des Völkerrechts zu fördern und die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen zu reduzieren;
- einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen

Nachdem im Weiteren die Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr dargelegt werden, sprechen die VPR davon, dass die wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung die Grundzüge der neuen Bundeswehr bestimmen werden. Dazu wird unter anderem auch das Ziel vorgegeben: „Zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müssen streitkräftegemeinsam, eskalations- und durchsetzungsfähige Kräfte gleichzeitig für Einsätze in unterschiedlichen Einsatzgebieten, gegebenenfalls unter Abstützung auf externe Unterstützung, gestellt werden können. Dafür sind zeitgleich rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten durchhaltetätig vorzuhalten“ (VPR Seite 12, letzter Anstrich).

Welche Armee braucht Deutschland?

Es ist zu begrüßen, dass der Minister beabsichtigt, die durch 50

Jahre Friedensdienst erheblich bürokratisierte Bundeswehr zu reformieren und neu aufzustellen. Andererseits ist die Frage zu stellen, in welche Richtung sollen die deutschen Streitkräfte in 21. Jahrhundert marschieren. Die Bundeswehr muss weiterhin in Zukunft mit den Partnern in der Allianz zusammenarbeiten. Dies sollte auf gleicher Augenhöhe geschehen, um nicht in den Verdacht zu geraten, „Erfüllungsgehilfe“ zu sein. Die neuen VPR drücken dies so aus: „Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum ist Deutschland in der Lage, einen seiner Größe entsprechenden, politisch und militärisch angemessenen Beitrag zu leisten und dadurch seinen Einfluss, insbesondere seine Mitsprache bei Planungen und Entscheidungen sicherzustellen. Nur wer Fähigkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung anbietet, kann im Bündnis mitgestalten.“ (VPR, Seite 10)

Selbstbewusstes und eigenverantwortliches
Handeln Deutschlands

Für das durch zwei verlorene Weltkriege und die Erfahrungen von zwei Unrechtssystemen gereifte Deutschland sind Amerikaner und Engländer kein Beispiel. Die Mehrheit der Amerikaner und Briten sind tief im Machtdenken des 20. Jahrhunderts verwurzelt, wie der Irakkrieg zeigt. Wenn man die britische Mentalität besser verstehen will, sollte man sich den Innenraum der berühmten Westminster Abbey anschauen. Dort, wo einst in der ehemaligen katholischen Kathedrale Heilige in den Seitenschiffen verehrt wurden, stehen heute Generäle, die erfolgreiche Eroberungskriege für die britische Krone geführt haben. Was für England gut ist, ist das ethisch und religiös gerechtfertigt?

Frankreich eine postkoloniale Macht

Frankreich hat in Westafrika durch seine Kolonialgeschichte ein weit verzweigtes militärisches Stütz-

punktsystem aufgebaut. Allein in Gabun unterhält Frankreich ein französisches Truppenkontingent von ca. 5.000 Soldaten. Frankreich hat Deutschland 2006 dazu überredet, sich an der Absicherung der Wahlen in der DR Kongo mit 780 deutschen Soldaten zu beteiligen. So wurde unter anderem sichergestellt, dass der französische Wunschkandidat Kabila jr. zum Präsidenten gewählt wurde, ohne direkt für ihn Partei zu ergreifen. Frankreich zeigt sich in Afrika immer wieder als eine postkoloniale Macht. Auch in jüngster Zeit ist die Haltung Frankreichs in Nordafrika äußerst dubios. Noch im Frühjahr wollte Präsident Nicolas Sarkozy in Tunesien den Diktator Ben Ali mit Waffen und Truppen stützen. Als das aufflog, musste dieser lupenreine „Verteidiger der Menschenrechte“ seine enge Vertraute Michèle Aillot-Marie (frühere Verteidigungsministerin) entlassen. Dann machte er eine Kehrtwende, weil er in Nordafrika sein Gesicht zu verlieren drohte und erkannte als einziger Staat in der EU ohne Absprache mit seinen Partnern die Revolutionsregierung in Benghasi als einzige legitime Vertretung des libyschen Volkes an. Es liegt bis heute kein tragfähiges Gesamtkonzept vor. Die Bundesregierung war gut beraten, sich nicht an dieser Militäraktion zu beteiligen.

Was ist im 21. Jahrhundert eine
professionelle Armee?

Deutschen Soldaten sollen nach den Vorstellungen der Reformen professioneller und schlagkräftiger werden. Was aber heißt professioneller? Ist es wirklich professionell, nur Kampftruppen in Krisengebiete nach Afrika zu entsenden, um dort für „Sicherheit“ zu sorgen? Wäre es nicht professioneller und vor allem nachhaltiger, wenn Kontingente mit ressortübergreifender Kompetenz die lokalen Kräfte in failing states rechtsstaatlich ausbilden würden, damit diese ihre staatliche Stabilität eigenverantwortlich aufbauen und sichern könnten. Dazu wäre u. a. notwendig,

dass deutsche Kräfte fremde Sprachen besser beherrschten, vor allem Englisch und Französisch. Ferner müsste intensives interkulturelles Training bei der künftigen Ausbildung von lokalen Streitkräften in failing states vorrangig sein. Ein Beispiel wäre die regionalbezogene 3-Monats-Ausbildung, wie sie bei Entwicklungshelfern vorgesehen ist. Insgesamt müssten auch die deutschen Streitkräfte mehr von den jahrzehntelangen Erfahrungen der Entwicklungshilfe lernen, wie „ownership“ und „zielorientierte Projektplanung“ zusammen mit den Betroffenen funktioniert. Die Bundeswehr kann in diesem Zusammenhang auf ihre eigenen Erfahrungen bei ihren Auslandseinsätzen zurückgreifen. Es wäre auch sinnvoll, Offiziere und Feldwebel, die in der neuen Struktur nicht mehr benötigt werden (zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer) so auszubilden, dass sie in ausgewählten Staaten der 3. Welt die rechtsstaatliche Sicherheitssektorreform unterstützen.

Intelligente Nachwuchswerbung

Die Nachwuchswerbung der Bundeswehr will sich zukünftig vermehrt um Abiturienten bemühen, weil für die o.a. neuen Aufgaben intelligente Soldaten benötigt werden. Dazu passt jedoch nicht die Pressemeldung „Verstärktes Werben um Geringqualifizierte für die künftige Berufsarmee“. Eine Anwerbung von Geringqualifizierten, die dann während ihrer Dienstzeit sich weiterbilden werden, entzieht dadurch diese Soldaten für die Einsätze. „Daher muss in der Tat das Werben um die besten Köpfe und die geschicktesten Hände – die Nachwuchsgewinnung – zu einer priorisierten Aufgabe der Bundeswehrführung werden“ (Ulrich Schlie, Leiter des Planungsstabes). Die Forderung von Thomas de Maizière „Die Bundeswehr muss die deutsche Nationalmannschaft in Uniform sein“ trifft den Nagel auf den Kopf. Dahin ist noch ein weiter Weg.

Das Dilemma der „responsibility to protect“ (R2P)

Der Einsatz von deutschen Soldaten im Rahmen der „Responsibility to Protect“ (R2P) ist höchst unwahrscheinlich, so das einhellige Ergeb-

nis aller sechs Sachverständigen einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zu diesem Thema am 14.02.2009. R2P bedeutet die Schutzverantwortung der Vereinten Nationen gegenüber der Zivilbevölkerung eines Staates, der nicht willens oder in der Lage ist, seine Bevölkerung vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Kein Geringerer als General a. D. Klaus Naumann¹, forderte bei dieser Anhörung ausdrücklich die präventive zivile Anwendung der R2P, wenn die ersten Anzeichen zu erkennen sind, dass ein Staat seiner Verpflichtung nicht nachkommt, seine Bürger vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Ferner führte Naumann aus, dass die Staaten der 3. Welt, die in den letzten Jahrzehnten ihre Souveränität erkämpft hätten, wenig Lust verspürten, ihre staatliche Unabhängigkeit durch die R2P zu verlieren, besonders nicht durch postkoloniale Westmächte, die dann konsequent ihre eigenen Interessen verfolgen. Aus diesem Grunde hat die VN-Vollversammlung 2005 die „Responsibility to Protect“ unter den Vorbehalt des VN-Sicherheitsrats gestellt. Die jüngste Erfahrung zeigt jedoch, dass die VR China als Veto-Macht im Sicherheitsrat, welche „unkonditioniert“ Entwicklungshilfe gewährt, seine Partner im Sicherheitsrat nicht „hängen“ lässt, so wie andererseits die Vereinigten Staaten den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau der israelischen Regierung seit 60 Jahren im Sicherheitsrat decken, wie bei der jüngsten Abstimmung im Sicherheitsrat am 18.02.2011. Durch das Vetorecht für bestimmte Staaten im Sicherheitsrat ist das Völkerrecht in wesentlichen Punkten der Friedenssicherung nicht wirksam genug.

Zielführendes Gesamtkonzept von Anfang an

Verantwortliche Politiker und militärischen Führer in Deutschland

¹ der vormalige Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Vorsitzende des Militärausschusses der NATO wurde 2001 als Mitglied der Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS) berufen und war an der Ausarbeitung der „Responsibility to Protect“ beteiligt

sollten darüber nachdenken, auf welche Defizite (mangelnder Wirtschaftsaufbau, halbherzige Polizeiausbildung und fehlende „ownership“ bei den afghanischen Sicherheitskräften) es zurückzuführen ist, dass mit dem notwendigen „Prozess der Übergabe in afghanische Verantwortung“ nicht schon 2005 begonnen worden ist, als die politische und militärische Situation in Afghanistan noch wesentlich einfacher war und nicht erst 2010. Daraus müssen Schlüsse für die Zukunft gezogen werden. Deutsche Soldaten dürfen nicht Lückenbüßer für eine verfehlte, halbherzige Politik werden.

Abschließende Bemerkungen

Das entschlossene Bemühen des Verteidigungsministers aus der Bundeswehr moderne Streitkräfte des 21. Jahrhunderts zu formen, verdient Sympathie und Anerkennung. Deutsche Regierungen sollten selbstbewusst und eigenverantwortlich Sicherheits- und Friedenspolitik betreiben. Deutschland benötigt vor allem eine partnerschaftliche Armee, also auf präventive Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten angewiesen, und nicht in erster Linie eine Eingreifarmee, die von außen wirkt, wenn es zu spät scheint. Es braucht Streitkräfte, die einerseits zu einer hinreichenden, ernst genommenen Landes- und Bündnisverteidigung, zur Sicherung der See- und Handelswege und zu Evakuierungsoperationen für deutsche und EU-Bürger fähig sind. Andererseits benötigt Deutschland umfassend ausgebildete Soldaten, die im Auftrag der Vereinten Nationen schwache Staaten durch rechtsstaatliche, militärische Ausbildung und nach gründlicher Prüfung mit Spezialfähigkeiten (z.B. Aufklärungsmodule) zu unterstützen, Sicherheit in den betreffenden Ländern herzustellen. Letzteres muss immer mit einem starken zivilen, nachhaltigen Aufbau, wie seit 2010 in Afghanistan begleitet werden, damit der dortige Friedensprozess greifen kann. Dazu gehört zwingend auch ein wirksamer rechtsstaatlicher Polizeiaufbau, ohne den eine reine militärische Operation nicht nachhaltig sein kann (Vgl. Interview mit Dr. Andreas Schockenhoff (CDU) im AUFTRAG 275 S. 6ff.). Auch General a.D. Egon Ramms, ehe-

maliger Befehlshaber Allied Joint Force Command in Brunssum, zuständig für ISAF AFG, wiederholte im März 2011 seine Forderung für Afghanistan: „75-80 Prozent für den zivilen Aufbau und 20-25 Prozent für

den militärischen Anteil“ (in „Die Bundeswehr 3/11).

Sowird deutsche Sicherheitspolitik zur Friedenspolitik. Regierung und Parlament müssen dafür Sorge tragen mit einem zielführenden Verhältnis

von militärischen und zivilen Mitteln in den Auslandseinsatz zu gehen. (siehe auch Erklärung der GKS zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte „Der Friede ist möglich“, Stand Mai 2010). □

Bundeswehrstrukturreform

Zukunft Militärseelsorge – eine Aufgabe, die alle Soldaten betrifft!

VON HANS-DIETER SCHERER

Die Bundeswehr steht vor der bisher größten Reform seit ihrem Bestehen 1955. Neben der Verringerung der Streitkräfte auf einen Gesamtumfang von bis zu 185.000 Soldaten ist wesentliches Kernelement dieser Reform der Wegfall der Wehrpflicht. Die Bundeswehr wird auf den wahrscheinlichsten Fall von Auslandseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, NATO und EU ausgerichtet werden. Im Rahmen der Umstrukturierung wird die Militärseelsorge auch ihren Beitrag leisten müssen.

Die Militärseelsorge hat eine lange Tradition in der Bundeswehr. 1957 wurde für die evangelische Kirche ein Kirchenstaatsvertrag geschlossen; für den Bereich der katholischen Kirche gilt das Reichskonkordat aus dem Jahre 1933. Daneben gibt es ein Gesetz über die Militärseelsorge vom 26. Juli 1957. Die Bestimmungen regeln die kirchliche Betreuung der Berufs- und Zeitsoldaten sowie der Wehrpflichtigen. Dieser Personenkreis unterliegt während der aktiven Dienstzeit einer eigenen Jurisdiktion. Auch wenn verschiedene „Friedensaktivisten“ in den christlichen Kirchen gerne den Kirchenstaatsvertrag und das Konkordat aufgekündigt wüssten, profitieren Staat und Kirche durch die jeweils geschlossenen Verträge. Für die Militärseelsorge bedeutet das, dass der Staat die Militärseelsorge organisatorisch unterstützt und finanziert.

Die Militärseelsorge begleitet die Soldaten und Soldatinnen und deren Angehörige in dem mitunter schwierigen Dienst. Neben der zunehmenden Bedeutung einer

Betreuung von Soldaten und deren Angehörigen im Einsatz ist die zweite Säule der Militärseelsorge die moralisch-ethische Bildung von Soldaten in den Streitkräften im Rahmen des Lebenskundlichen Unterrichts (LKU). Im Januar 2009 wurde mit der Erprobung der vorläufigen Zentralen Dienstvorschrift 10/4 der LKU neu geordnet und die Durchführung des LKU der Militärseelsorge übertragen. Der LKU ist kein Religionsunterricht, sondern dient der Weitergabe und Vertiefung von moralisch-ethischen Grundlagen für ein verantwortbares Handeln als Soldaten in einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft, aber auch im Verhältnis zu anderen Gesellschaften und Kulturkreisen. Der LKU gibt der Militärseelsorge einen uneingeschränkten Zugang in die Streitkräfte und zu den Soldaten.

Die Militärseelsorge steht außerhalb der militärischen Hierarchie und ist keinen Weisungen unterworfen. Dadurch hat die Militärseelsorge eine Möglichkeit den Zustand der Streitkräfte von innen heraus zu beurteilen. Durch die Präsenz der Militärseelsorge kann damit einer vielfach befürchteten „Entwurzelung“ einer Freiwilligenarmee aus der Gesellschaft durch Wegfall der Wehrpflicht entgegen gewirkt werden. Militärseelsorge kann und soll die Fürsorgepflicht des Dienstherrn nicht ersetzen. Sie kann aber zusätzliche Betreuungsangebote im und außer Dienst schaffen sowie unparteiischer Ansprechpartner für Probleme von Soldaten im dienstlichen wie privaten Umfeld sein. In Er-

gänzung zu der Familienbetreuungsorganisation der Bundeswehr schafft sie zusätzliche Angebote für die Begleitung und Betreuung von Familien und Angehörigen von Soldaten im Einsatz.

Grundsätzlich muss auch eine zukünftige Militärseelsorge den Soldaten am Abholpunkt in der Kaserne erreichen können. Voraussetzung dafür ist, dass die Militärseelsorge an allen Standorten und damit in der Fläche präsent sein muss. Vorstellbar wäre eine Auflösung des paritätischen Vorhandenseins beider Konfessionen an wenigen Standort(-zentren) zugunsten von jeweils einer Militärseelsorge an allen Standorten. Die jetzige Struktur der Militärseelsorge führt zu deutlich überdehnten Seelsorgebezirken, die einen erheblichen organisatorischen Mehraufwand benötigt, um die Soldaten in der Fläche zu erreichen. Durch Auflösung von Doppelstrukturen der Militärseelsorge könnten in der Zukunft deutlich mehr Standorte unmittelbar vor Ort betreut werden. Dies setzt den Willen zu mehr Ökumene und eine noch intensivere Zusammenarbeit und Koordination der Verantwortlichen im Verteidigungsministerium, im katholischen Militärbischofsamt und Evangelischen Kirchenamt voraus.

Es kann meines Erachtens nicht Aufgabe der Militärseelsorge im Inland sein, neben den zivilen Kirchengemeinden eigene Militärkirchengemeinden zu etablieren. Der konfessionsgebundene Soldat/in findet seine/ihre kirchliche Heimat am

Wohnort. Das bedeutet nicht, zu bestimmten Anlässen auf Andachten und Soldatengottesdienste zu verzichten. Darüber hinaus wird den besonderen Belangen von Soldaten und deren Familien durch regelmäßige Angebote von Familienwochenenden bzw. Familienwerkwochen angemessene Sorge getragen. Für die katholische Militärseelsorge sind diese Maßnahmen im Veranstaltungskalender festgeschrieben und sollten neben der Ordnung in jedem Pfarrgemeinderat bekannt und verfügbar sein. Ergänzt wird dieses Betreuungsangebot durch Seminare, Familienwochenenden und -freizeiten, die durch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten organisiert und finanziert werden. Die weitere ökumenische Öffnung und eine intensivere Zusammenarbeit der katholischen und evangelischen Militärseelsorge auf Standortebezug sind meines Erachtens unerlässlich für eine zukünftige, tragfähige Militärseelsorge in der Fläche.

An den Militärstandorten finden auch ehemalige Soldaten und deren Angehörige eine Heimat innerhalb der Militärseelsorge, auch wenn sie formal nicht der Jurisdiktion angehören. Eine aktive Mitarbeit in den Pfarrgemeinderäten und GKS-Kreisen steht den ehemaligen Soldaten frei. Ehemalige Soldaten sind herzlich eingeladen und willkommen ihre Dienst- und Lebenserfahrung einzubringen. Darüber bedeutet die ehrenamtliche Arbeit der Ehemaligen ein großes Maß an Kontinuität für die Arbeit vor Ort und den Gremien auf allen Ebenen. Diese Verflechtung von Jung und Alt garantiert einen Transport von christlichen Werten in einer gewachsenen Gemeinschaft über Generationen hinweg.

Im Ausland stationierte Soldaten und deren Familien finden in einem fremdsprachigen und kulturell verschiedenen Umfeld hingegen häufig keine Möglichkeit, ihren Glauben und auch notwendige soziale Kontakte zu pflegen. Deshalb haben sich an vielen Standorten der Bundeswehr im Ausland immer wieder aktive Kirchengemeinden gebildet. In den letzten Jahren sind dort bereits viele Stellen der Militärseelsorge eingespart worden. Nur durch ein sehr hohes Engagement von Militargeistlichen und Laien ist eine gerade noch angemessene

Seelsorge und Betreuung gewährleistet. Vieles ist nur noch durch einen ökumenischen Ansatz leistbar, insofern ist die kirchengemeinschaftliche Arbeit an vielen Auslandsstandorten beispielgebend für eine gelebte Ökumene in der Militärseelsorge. Im Bereich der Auslands-militärseelsorge gibt es nach meiner Bewertung kein weiteres Sparpotenzial.

Die Militärseelsorge hat sich einen hervorragenden Ruf in der Begleitung von Soldaten in Auslandseinsätzen erworben. Unabhängig von Konfessionszugehörigkeit finden Soldaten im Einsatz bei den Militärseelsorgern eine Ansprechstelle, bei der sie ihre Sorgen und Nöte jederzeit hintragen können. Ökumene¹ im Einsatz ist gelebte Praxis. Auch im Einsatz sind Doppelstrukturen zu beanstanden, die von den Militargeistlichen mitunter eine umfangreiche, anstrengende und gefährliche Reisetätigkeit verlangt. Deshalb sollte im Einsatz grundsätzlich auf Doppelstrukturen an einem Standort zu Gunsten der Stationierung eines Geistlichen an möglichst jedem Standort verzichtet werden. Gerade nach schweren Anschlägen gegen Bundeswehreinheiten ist nämlich die unmittelbare Präsenz eines Seelsorgers vor Ort unverzichtbar.

Weiterhin müssen engagierte christliche Soldaten sich immer auch die Frage stellen, was sie selbst bereit sind im Sinne eines gemeinsamen Apostolats zu leisten. Die Verantwortung darf nicht allein auf die hauptamtliche Seite der Militärseelsorge abgewälzt werden. Vieles wird bereits durch eine engagierte Mitarbeit in Räten, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und der Gemeinschaft Evangelischer Soldatinnen und Soldaten geleistet. Aber das Engagement der Laien darf sich nicht allein auf sich selbst beziehen, sondern es muss auch immer das Interesse haben, den Kameraden und Mitmenschen einzubeziehen. Jeder christliche Soldat ist deshalb aufgefordert, auf den anderen zuzugehen und Hilfe im Rahmen der individuellen Möglichkeiten

anzubieten. Allein der Ruf nach dem Dienstherrn und der Militärseelsorge bei schwindenden Ressourcen reicht nicht aus. Hier liegen meines Erachtens noch das meiste Potenzial und Chancen für die Zukunft.

Engagiertes Ehrenamt muss einen festen Platz in Streitkräften und Gesellschaft finden. Mitarbeit und Initiativen von engagierten Soldaten und zivilen Mitarbeitern/innen in der Militärseelsorge bedürfen der aktiveren Unterstützung und Anerkennung des Dienstherrn. Es darf nicht nur bei einem Lippenbekenntnis bleiben. Auch darf engagiertes Ehrenamt, soweit es keine Einschränkung in der Wahrnehmung dienstlicher Belange bedeutet, nicht zum Nachteil des Soldaten/In gereichen. Wer einmal mit einer Beurteilung für ein ehrenamtliches Engagement durch schlechtere Noten abgestraft wurde, wird sich schwerlich weiterhin für ein Ehrenamt einsetzen wollen. Leider ist immer häufiger ein gegenteiliger Trend in der Bundeswehr und in der Gesellschaft zu beobachten. Bei Vakanzen oder nicht Vorhandensein von hauptamtlichen Strukturen der Militärseelsorge, muss es auch erlaubt sein darüber nachzudenken engagierte Laien als Ansprechstellen im Rahmen der Militärseelsorge zeitlich befristet frei zu stellen, so wie es auch haupt- und nebenamtliche Betriebsräte gibt. Es fehlt ein christliches Soldatennetzwerk, das Hilfe und Orientierung suchenden Kameraden unbürokratisch zur Seite steht sowie Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. Christlich orientierte Soldaten dürfen und müssen ein klares Bekenntnis zu ihren Grundwerten abgeben und vorleben. Sie bieten damit eine klare Alternative in einer zunehmend orientierungslosen und individualisierten Gesellschaft.

Unbestreitbar wird auch zukünftig die konfessionsgebundene Militärseelsorge ihren festen Platz in den Streitkräften haben. Trotzdem wird deutlich, dass Militärseelsorge sich in den nächsten Jahren sich den geänderten Rahmenbedingungen anpassen muss. Der Schwerpunkt wird eindeutig bei der Begleitung von Soldaten in Auslandseinsätzen liegen. Vor dem Hintergrund steigenden Priestermangels wird es noch schwieriger werden, ausreichend, den besonderen Belastungen eines Auslandseinsatz gewach-

¹ „Christsein in der Bundeswehr – Ökumene unter Soldaten“, Erklärung des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr vom 15.09.2009

sene Priester für die Militärseelsorge zu gewinnen. Die engagierten christlichen Soldaten und Soldatinnen im Inland werden mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um eigene Initiativen zur Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse im Rahmen einer Militärseelsorge zu schaffen, dafür brauchen sie

die uneingeschränkte Unterstützung des Dienstherrn. Der Dienstherr ist aufgefordert die notwendigen Mittel für eine tragfähige Militärseelsorge an den Inlands- und Auslandsstandorten bereitzustellen, dies darf nicht zu Lasten der Einsatzbegleitung oder des LKU gehen.

Diese Gedanken sollen Impulse zu einer vertiefenden und notwendigen Diskussion zum Thema „Zukunft Militärseelsorge“ geben. Wie gesagt, wir sind alle aufgefordert, an der „Sendung des ganzen Volkes Gottes in Kirche und Welt“ (Gaudium et spes) mitzuwirken. □

Libyen

Die Kirchen und der Libyenkonflikt

Alte und neue Fragen zum Menschenrechtsinterventionismus

VON GERHARD ARNOLD

Was sind letztlich die Gründe gewesen, weshalb Frankreich und Großbritannien zu militärischen Zwangsmaßnahmen gegen das Gaddafi-Regime gedrängt haben? Es war insbesondere der französische Staatspräsident Sarkozy, der seit Anfang März 2011 eine Flugverbotszone über Libyen zum Schutz der Aufständischen und ein entsprechendes UN-Mandat forderte. In den Medien wurden vielfach innenpolitische Gründe genannt, sein stark ramponiertes Ansehen. Andere Stimmen brachten das schlechte Gewissen wegen der bisherigen engen Beziehungen Sarkozys zum libyschen Diktator Gaddafi ins Spiel, wieder andere die Sympathie für die sehr mutigen und engagierten, aber schlecht bewaffneten Aufständischen. Oder war es vorrangig das libysche Öl, das baldigst wieder fließen und westliche Länder versorgen sollte?

Die Frage nach den Motiven ist nicht nur aus politischer, sondern auch aus friedensethischer Sicht bedeutsam, geht es doch um die Frage, ob diese „humanitäre Intervention“ im klassischen Sinn zugunsten massiv bedrohter Menschen ethisch rechtfertigbar ist. Kritische Fragen von Fachleuten zum Nutzen einer bloßen Flugverbotszone über Libyen zum Niederhalten der libyschen Luftwaffe waren seit Anfang März 2011 sehr stark. Würden eine militärische Sicherung der Flugverbotszone und die Bekämpfung libyscher Bodentruppen tatsäch-

lich ausreichen, um die Zivilisten in den befreiten Städten vor Eroberung und Massaker durch Gaddafitreue Truppen zu schützen? Altgediente und angesehene deutsche Generäle wie Klaus Naumann und Harald Kujat äußerten in mehreren Interviews erhebliche Bedenken. Bodenkämpfe werden letztlich am Boden entschieden, so ihre Einschätzung. Der Einsatz westlicher Bodentruppen wurde von den intervenierenden Staaten von Anfang ausgeschlossen, obwohl die UN-Resolution 1973 vom 17. März 2011 nur den Einsatz von Besatzungstruppen verbietet.

Eine große Schwierigkeit, die in den Medien kaum problematisiert wurde, war die Faktenlage zu den Opfern libyscher Luft- und Bodenangriffe seit Ende Februar 2011. Die Geschichte lehrt, dass bei innerstaatlichen Konflikten die aufständischen Gruppierungen die Zahl der Toten und Verletzten auf ihrer Seite maßlos übertreiben, um so über die Medien moralischen Druck auf die internationale Politik auszuüben und ihnen massiv, auch militärisch, zu Hilfe zu kommen. Das war im Rückblick im Kosovokonflikt 1998/99 evident. Nur schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Massenvertreibungen ethnischer Gruppen oder systematischer Massenmord an Bevölkerungen (Genozid) wie 1994 in Ruanda rechtfertigten eine humanitäre Intervention.

Diese schwierige Gemengelage aus nicht ganz klaren Motiven für

das militärische Eingreifen westlicher Staaten bei gleichzeitiger Halbherzigkeit der militärischen Mittel und einer konfliktbedingten sehr unklaren Faktenlage macht eine friedensethische Beurteilung außerordentlich schwierig.

Die Position der Katholischen Kirche

Die angesprochene schwierige Beurteilungslage dürfte der Grund für die große Zurückhaltung hoher kirchlicher Würdenträger bei öffentlichen Äußerungen zum Libyen-Konflikt sein. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, hat sich bis Anfang Mai (Redaktionsschluss) ein einziges Mal zum Thema geäußert. Das gleiche gilt für den Vorsitzenden von Justitia et Pax Deutschland, Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier) und für den neuen Militärbischof, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Essen).

Im Hamburger Abendblatt vom 26. März 2011 führte Zollitsch erstmals die offizielle Position der deutschen Bischöfe aus. Zu Beginn des Interviews nennt er den friedensethischen Grundsatz, dass militärische Mittel nur berechtigt seien, um „massenhaftes Morden“ abzuwenden und wenn sie das kleinere Übel seien. Zu den NATO-Operationen sagte er: „Ich kann die Gründe derer nachvollziehen, die sich für das militärische Eingreifen entschieden haben. Wenn die Truppen des Diktators Gaddafi tat-

sächlich kurz davor standen, im Osten Libyens ein Blutbad anzurichten, ist ein Militäreinsatz auf der Grundlage eines Mandats zum Schutz der Zivilbevölkerung grundsätzlich vertretbar. Die Bedenken gegen dieses militärische Engagement sollten aber nicht gering geachtet werden. Es weiß doch niemand, ob aus dem humanitär begründeten Ad-hoc-Schlag am Ende nicht eine lang anhaltende Verstrickung mit unkalkulierbaren Folgen wird. Auch die Kirche kann in einer solchen Situation keine eindeutige und selbstgewisse Empfehlung an die Politik geben.“

Zollitsch sagt nicht nein zu den Luftangriffen, er sagt aber nur ein bedingtes Ja für den Fall eines tatsächlich bevorstehenden Blutbads im Osten Libyens. Worum ging es? Nach anfänglichen sehr großen Erfolgen der Aufständischen seit dem 15. Februar 2011 gegen das Gaddafi-Regime, dem Zulauf von Teilen der Armee und der Eroberung ostlibyscher Städte (Tobruk, Al-Baida, Adschabija, Misrata und Benghasi als Rebellenhochburg) gelang es dem „Revolutionsführer“, mit treu ergebenen Verbänden, insbesondere der Luftwaffe, die vormarschierenden Rebellen zurückzuschlagen. Am Samstag, 19. März 2011, stand Benghasi vor dem Fall, weil libysche Kampfverbände die Stadt eingekesselt haben und die Versorgungslage sehr schwierig geworden ist. Luftangriffe hatten zuvor bereits zivile Opfer in unbekannter Zahl gefordert. Oberst Gaddafi hat in öffentlichen Erklärungen keinen Zweifel gelassen, dass er nach der absehbaren Eroberung der Stadt gnadenlose Rache an Aufständischen und ihren Unterstützern nehmen werde. In dieser Situation hat der französische Präsident Sarkozy am Samstag, einen Tag nach der ermächtigenden UN-Resolution 1973, den Befehl zum ersten massiven Einsatz seiner Kampfjets gegeben, um Artillerie- und Panzerstellungen rings um die Stadt zu zerstören, was auch gelang. Auf diese Situation bezieht sich Zollitsch in seinem Interview genau eine Woche nach den Ereignissen. Weil Gaddafis Drohungen sehr ernst zu nehmen waren, äußert Zollitsch Verständnis für die Luftangriffe um Benghasi. Man muss weiter ergänzen, dass die intervenie-

renden europäischen Staaten nur von einer recht kurzen Luftkampagne gegen libysche Bodenziele gesprochen haben. Auch darauf geht Zollitsch ein. Seine Sorge, es könne „eine lang anhaltende Verstrickung“ entstehen wurde durch den bisherigen Gang der Ereignisse voll bestätigt.

Die sehr heikle politische Frage, wie er zu der Doppelentscheidung der Bundesregierung stehe, sich bei der Abstimmung im Weltsicherheitsrat über die Libyen-Resolution zu enthalten, aber den Einsatz der Verbündeten zu unterstützen, beantwortet er sehr diplomatisch: „Die Kanzlerin und der Außenminister haben klar gesagt: Sie halten die Risiken für zu groß. Dass man der anderslautenden Entscheidung der Verbündeten mit Respekt begegnet und sich ihnen nicht offensiv in den Weg stellt, entspricht guten diplomatischen Gepflogenheiten - und ist in diesem Fall auch in der Sache gut begründet.“

Er sagt kein Wort zur deutschen Stimmenthaltung; vielmehr bekundet er indirekt Anerkennung und Respekt für die Haltung der Verbündeten. Das verdient deshalb besondere Erwähnung, weil die Äußerungen evangelischer Kirchenrepräsentanten in eine ganz andere Richtung gehen.

Was der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz zum Libyen-Konflikt sechs Tage nach Beginn der westlichen Luftschläge gesagt hat, war knapp und dennoch durch seine Vorsicht sehr gediegen. Leider hat das Hamburger Abendblatt aus seinem Satz zur grundsätzlichen Vertretbarkeit des Militäreinsatzes um Benghasi zum Schutz von Zivilisten eine zusätzliche knallige Meldung gemacht mit der Überschrift: Kirche stellt sich hinter den Libyen-Einsatz. Im Textteil schreibt der Verfasser Karsten Kammholz allen Ernstes: „Die katholische Kirche in Deutschland befürwortet den internationalen Militäreinsatz gegen Libyen.“ Davon konnte keine Rede sein. Dieser ergänzende und verfälschende Bericht zum Interview wurde dann von den Nachrichtenagenturen in Deutschland sofort aufgenommen und fand sich breit gestreut in vielen anderen Zeitungen wieder.

Bischof Stephan Ackermann ist als Vorsitzender der Deutschen Kom-

mission *Justitia et Pax* der Fachmann unter den Bischöfen für allgemeine Friedensfragen. Drei Tage nach Zollitsch hat er die ausführliche Erklärung „Zum militärischen Vorgehen gegen Libyen“ veröffentlicht. Im Blick auf den absehbar gewesenen Fall von Benghasi am 19. März schreibt er: „Angesichts der eskalierenden Situation sowie der akuten Handlungsnotwendigkeit, die kaum zeitlichen Spielraum ließ, kann man den Beschluss zum Eingreifen nachvollziehen. Vieles spricht dafür, dass das Eingreifen der internationalen Koalition ein Massaker verhindert hat. Nichts desto minder werfen die näheren und weiteren Umstände des militärischen Eingreifens eine Reihe ernsthafter Fragen auf, die dieses Vorgehen in einem durchaus problematischen Licht erscheinen lassen und eine schlichte Billigung nicht zulassen.“ Ackermann zeigt die gleiche Bedächtigkeit des Urteils wie Zollitsch. Er kritisiert die lange Jahre doppelbödige europäische Politik gegenüber Oberst Gaddafi, zuletzt das Fehlen klarer politischer Warnsignale an ihn, wodurch eine friedliche Konfliktbeilegung unter Umständen verhindert wurde. Zum Fortgang der Luftangriffe schreibt Ackermann: „Unter den jetzigen Bedingungen muss es darum gehen, die Ziele der Gewalteinämmung und des Schutzes der Zivilbevölkerung glaubwürdig miteinander zu verbinden. Dies schließt eine klare Begrenzung des militärischen Vorgehens der agierenden Koalition ein. Eine weitere Eskalation der Gewalt ist zu verhindern.“

Zu Recht ordnet er die Militäroperation des Westens ein in die große Bewegung im arabischen Raum, die auf Freiheit und Demokratisierung ausgerichtet ist. Für diese Bewegung könnte das westliche militärische Engagement kontraproduktiv werden, wenn der Eindruck entstünde, der Westen betreibe in der arabischen Welt wieder eine Politik der Intervention. Er denkt wohl an die Auswirkung des Irakkriegs 2003. Ackermann bemerkt auch zu Recht, dass eine stimmige und taugliche europäische Außen- und Sicherheitspolitik erst noch gefunden werden müsse. Im Libyen-Konflikt sei sie aber nicht sichtbar gewesen.

Die Statements des neuen Militärbischofs Franz-Josef Overbeck gegenüber der Tagespost (Würzburg) am 4. April 2011 waren nur sehr kurz und liegen ganz auf der Linie seiner beiden schon vorgestellten Amtskollegen.

Die Position des Institutes für Theologie und Frieden (Hamburg)

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts und wissenschaftlicher Friedensethiker lehnt ein klares Ja oder Nein in der Sendung der Radio Kirche Hamburg vom 22.03.2011 zur westlichen Militäroperation ab. Es komme jetzt darauf an, „dass die intervenierenden Staaten sich eng an die Grenzen halten, die die UNO-Resolution steckt, das heißt, es geht nicht darum, einen regime change, einen Wechsel des Regimes herbeizuführen. Die Aufrufe, Gaddafi müsse gehen, Gaddafi müsse fallen, das ist in meinen Augen etwas, was in der Tat das libysche Volk selber entscheiden muss, auch selber durchsetzen muss. Das Zweite ist, dass die militärischen Aktionen sich auf jeden Fall nur an die Durchsetzung des Flugverbots zu orientieren haben. ... Und, was ganz wichtig ist, es muss wirklich dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen, diskriminatorisch sein, sagen wir, was natürlich bei dem Abschicken und dem Abschießen der ferngelenkten Raketen und von Bomben aus Flugzeugen ausgesprochen schwierig ist.“

Deutlicher äußert sich der stellvertretende Institutsdirektor Gerhard Beestermöller im Interview in der Schwäbischen Zeitung am 26. März 2011: „Die Vereinten Nationen geben als Ziel des Flugverbotes den Schutz der Zivilpersonen an; zweifellos ist das eine gute Intention. Sie reicht aber zur Begründung einer Intervention nicht aus. Denn auch wenn der Kampf eines Volkes um seine rechtliche Selbstbestimmung in Kriegsverbrechen eskaliert, ist dies kein legitimer Anlass zu einer Intervention. Völkerrechtlich stellt sich dies vielleicht anders dar. In rechtsethischer Perspektive ist festzuhalten, dass hier ein Eingreifen das Selbstbestimmungsrecht verletzt. Anders liegen die Dinge, wenn sich ein Staat in völlige Anarchie auflöst. Ich schätze die Situation in Libyen aber nicht

so ein, dass diese Schwelle zur Intervention erreicht wäre.“

Damit ist die westliche Militäraktion in Libyen nach seiner Meinung illegitim. Über Justenhoven hinausgehend, der einen absichtlichen Regimewechsel für illegitim erklärt, sieht Beestermöller im Gefolge der Friedensethik Kants das Selbstbestimmungsrecht der Libyer auch im gegenwärtigen blutigen Konflikt verletzt. Bei ihm findet sich auch erstmals der - nicht ausgesprochene, inzwischen erhärtete - Verdacht, die von den Rebellen stammenden hohen Opferzahlen in Benghasi könnten stark übertrieben sein. Beestermöller folgt in seinem Interview der Linie des Rechtsprofessors Reinhard Merkel, der in mehreren Zeitungs- und Hörfunk-Beiträgen eben dieses Selbstbestimmungsrecht des libyschen Volkes, den politischen und auch gewaltsamen Kampf um eine neue Ordnung alleine und ohne äußere Einmischung führen zu können, vehement verteidigt hat.

Die Position der Evangelischen Kirche

Die friedensethische Grundlage ist die gleiche wie in der Katholischen Kirche. Aber anders als der zurückhaltende Erzbischof Zollitsch hat sich Präses Nikolaus Schneider, der Ratsvorsitzende der EKD, bislang zwölfmal zum Libyen-Konflikt öffentlich geäußert. Im Interview mit der Frankfurter Rundschau am 07. März 2011 hat er gesagt: „Nur schwerste Menschenrechtsverletzungen und der Zusammenbruch der Rechtsordnung können aus unserer Sicht einen Militäreinsatz mit UN-Mandat rechtfertigen.“

Gefragt, ob man denn abwarten könne, bis diese Lage eintrete, sagte er: „Libyen scheint auf einen Bürgerkrieg zuzusteuern. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, ein Militäreinsatz von außen könnte diese Lage entscheidend entschärfen. Wenn die Gaddafi-Gegner in ihrem Kampf gegen das Regime dringend um Hilfe bitten sollten, wäre das womöglich noch etwas anderes.“

Zwei Wochen später, am 22. März 2011, nach Beginn der westlichen Luftoperationen in Libyen hat er in der talkshow THADEUSZ seine sehr zurückhaltende Beurteilung erneuert. Er führte aus, für ihn gelte der Satz des

Ökumenischen Rates der Kirchen von 1948: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Andererseits gebe es auch Gewalt gegen Menschen, der man nicht zusehen könne und der zu wehren Aufgabe der staatlichen Gewalt sei. Auf die Frage, ob die Evangelische Kirche die Luftangriffe befürworten könne sagte er: „Das kann sein, dass die Evangelische Kirche sagt: Es gibt eine Situation, wo man dazu ja sagt in dem klaren Bewusstsein, dass wir Menschen töten und damit schuldig werden, in dem klaren Bewusstsein, dass wir da für unser Verhalten vor Gott um Gnade bitten werden und wo es nicht sicher ist, wie das ausgeht.“

Die Vorsicht seiner Formulierung berührt sich in Ton und Inhalt mit den Ausführungen der bereits vorgestellten katholischen Bischöfe. So wie Bischof Zollitsch nach seinem Interview mit dem Hamburger Abendblatt verzerrend als Befürworter der westlichen Luftangriffe hingestellt wurde, so wurde nun die Position von Präses Schneider in gleicher Weise in einer Pressemitteilung des Senders Radio Berlin-Brandenburg vom 21. März 2011 verfälscht: EKD-Ratsvorsitzender Schneider für UN-Einsatz in Libyen. Davon konnte aber keine Rede sein. Der Evangelische Pressedienst (epd) hat deshalb am 26. März 2011 eine klarstellende Erklärung veröffentlicht, deren Überschrift genau den Punkt traf: Kirchen lehnen eindeutige Bewertung der Angriffe auf Libyen ab.

In seiner letzten Äußerung zum Libyen-Konflikt in Deutschland Radio Kultur am 23. April 2011 wurde er gefragt, ob man an den Einsatz von Bodentruppen denken müsse, um die Gewalt im Land zu stoppen: „Also, dass Menschen schwersten Menschenrechtsverbrechen ausgesetzt sind, dass totale Rechtlosigkeit herrscht, das ist mit einer der Gründe, die es rechtfertigen können, militärische Gewalt anzuwenden nach der Friedensdenkschrift der EKD. Da kommen aber noch weitere Gesichtspunkte hinzu. Also, dass die Mittel verhältnismäßig sein müssen, dass es die Aussicht auf Erfolg geben muss, dass man auch weiß, wie man wieder rauskommt - und, und, und. Und unter all diesen Gesichtspunkten bin ich sehr zurückhaltend, in Libyen von

einem militärischen Eingreifen wirklich einen großen Erfolg zu erwarten. Aber ich will ganz offen sagen: Wer heute behauptet zu wissen, wie man sich da richtig verhalten kann, das ist ein Angeber und Hochstapler.“ Das dürfte auch die Meinung seiner katholischen Amtsbrüder sein.

Militärbischof Martin Dutzmann hat am 18. März 2011, unmittelbar nach Verabschiedung der Libyen-Resolution durch den Weltsicherheitsrat, eine eigene Erklärung veröffentlicht. Der erste Absatz lautet: „Die Bundesregierung hat nach dem Abwägen der verschiedenen Argumente entschieden, dass Deutschland sich nicht an militärischen Aktionen gegen die libysche Regierung beteiligen wird. Sowohl aus der Perspektive der evangelischen Friedensethik als auch mit Blick auf die deutschen Soldatinnen und Soldaten begrüße ich diese Entscheidung. Ich verstehe den von vielen Seiten geäußerten Wunsch, den Menschen in Libyen bei ihrem Kampf um Selbstbestimmung zu helfen. Es ist bitter, der Gewalt und dem Unrecht tatenlos zusehen zu sollen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt hat die internationale Gemeinschaft nach meiner Wahrnehmung kein Konzept, wie nach einer solchen Aktion in Libyen eine neue Rechtsordnung dauerhaft etabliert werden könnte; auch haben wir keine ausreichenden Informationen über die Situation im Land und die Hintergründe des Bürgerkrieges und der handelnden Parteien, um eine Lösung des Konflikts herbeizwingen zu können. Nicht nur die politische Klugheit, sondern auch die christliche Friedensverantwortung verlangt, dass die Fragen nach Begründung und Perspektive eines Gewalteinsatzes vorher geprüft und beantwortet werden.“

Damit nimmt der evangelische Militärbischof eine etwas andere Haltung ein als der EKD-Ratsvorsitzende. Wenn er das Nein der Bundesregierung zu einer deutschen Operationsbeteiligung begrüßt, sagt er indirekt zu der westlichen Militär-Operation nein. Er begründet das, indem er die wichtigsten Kriterien ökumenischer Friedensethik auf die Luftoperationen anwendet. Dutzmann sieht kein stimmiges Interventionskonzept, keine hinreichende Erfolgs-

wahrscheinlichkeit und keine klaren Datenlage. Dazu kommt auch bei ihm der Hinweis auf die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Libyer.

Seine Sicht der Dinge ist kaum zu widerlegen, haben doch schon einige Wochen vorher erfahrene Militärs die Konzeptlosigkeit der Flugverbotszone bemängelt.

Das Ja und Nein der Margot Käßmann

Obwohl nur noch einfache Pfarrerin wird die einstige Ratsvorsitzende der EKD in den Medien noch hoch gehandelt. Im Interview mit dem Berliner Tagesspiegel sagte sie am 20. März 2011, die Westeuropäer müssten die Freiheitsbewegung in Libyen unterstützen. Auf die Frage, ob die Flugverbotszone richtig sei, antwortete sie: „Das halte ich eng begrenzt für richtig, weil man das freiheitsliebende Volk vor einem völlig irrsinnig gewordenen Diktator schützen muss.“ So deutlich hat das noch kein katholischer und evangelischer Spitzenrepräsentant gesagt. Zwei Tage später in der Sendung Beckmann wandte sie sich dagegen, dass westliche Kampffjets mit Ermächtigung der UNO libysche Bodentruppen angreifen dürfen. Wahrscheinlich ist ihr nicht klar gewesen, dass die Flugverbotszone zu Beginn mit massiven Luftschlägen gegen die bodengebundene libysche Luftverteidigung und alle wichtigen Militärflughäfen angebahnt worden ist. Und wie soll man den libyschen Freiheitskampf unterstützen, wie dass Frau Käßmann will, wenn nicht durch Bekämpfung der weit überlegenen gaddafitreuen Verbände?

Alte und neue Anfragen an die christliche Friedensethik

Die humanitäre Intervention des Westens im Libyen-Konflikt wirft folgende Fragen auf, die der weiteren Bearbeitung bedürfen:

1. Die Frage der deutschen Bündnissolidarität muss friedensethisch bearbeitet werden. Sie wurde durch die deutsche Stimmenthaltung im Weltsicherheitsrat virulent. Die katholischen Statements wichen ihr aus, was vielleicht das Beste war. Die evangelischen positionierten sich verständnisvoll bis zustim-

mend, was nur befremden kann angesichts des enormen Vertrauensverlustes Deutschlands bei seinen Verbündeten.

2. Im Nachgang zum Kosovo-Konflikt und den beiden gewaltsamen Regimewechseln in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) muss das stumpfe Schwert der humanitären Intervention ausführlich mit Konsequenzen beschrieben werden. Militärbischof Dutzmann hat das - wenngleich ohne historische Bezüge - getan und ist deshalb zu dem beschriebenen ablehnenden Urteil zu den Luftoperationen gekommen.

3. Die Interventionsunlust der postheroischen (Herfried Münkler) und - wie man jetzt sagen kann - der Afghanistan-gebeutelten europäischen Gesellschaften liefert keine Abschreckungswirkung mehr an die Adresse gefährlicher Tyrannenregime in nah und fern. Dazu kommen die massiven Abrüstungen bei allen europäischen Streitkräften, die Machtprojektionen über das nahe Umfeld Europas hinaus nicht mehr zulassen. Was bedeutet das für Frieden und Stabilität in Zukunft?

4. Daraus ist die friedensethische Konsequenz zu ziehen. Das Leitbild vom „gerechten Frieden“ hat ausgedient. Es hat auch deshalb ausgedient, weil insbesondere in Asien durch den Aufstieg der sogenannten asiatischen Werte andere Orientierungen zum Tragen kommen, z.B. in China, das sich zunehmend als „Reich der Mitte“ versteht, wieder versteht. Der westliche Friedensdiskurs ist den neuen, aufsteigenden Mächten mit ganz anderen Kulturen nicht vermittelbar. Sie interessieren sich auch nicht dafür.

Das ist eine friedensethisch-theologische und eine geistliche Herausforderung für beide großen Kirchen. Sie müssen deutlich machen, dass wir in einer Welt zunehmender gewaltsamer Konflikte leben, die nicht leicht bearbeitet werden können. Deshalb sollte man ein neues Leitbild andenken, das wesentlich bescheidener ist. Es sollte sich am Ziel der Konflikteinhegung mit friedlichen und notfalls militärischen Mitteln orientieren. Aber dazu braucht man auch eine solide theologische Grundlage, zum Beispiel eine Theologie des Kreuzes. □

4. Internationaler Kongress Treffpunkt Weltkirche

VON RAINER ZINK

Eine Begegnung zwischen den beiden höchsten „Ökumene-Ministern“ der Römisch-Katholischen und der Russisch-Orthodoxen Kirche fand am Samstag, den 19. März während des 4. Internationalen Kongresses Treffpunkt Weltkirche in Würzburg statt. Dabei trafen sich zu einer Podiumsdiskussion der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Koch und der Vorsitzende des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Dr. Hilarion Alfejew. Der Veranstalter des Kongresses war das weltweite katholische Hilfswerk „Kirche in Not“.

Das Gespräch wurde bezeichnet mit dem Titel „Katholisch-Orthodoxe Annäherung zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion“. Weitere Beteiligte an dieser Diskussion waren die Vorsitzende von „Kirche in Not“ in Deutschland, Antonia Willemsen und der für Russland zuständige Länderreferent des Hilfswerks, Peter Humeniuk. Das Podium wurde in beachtenswerter und kompetenter Weise moderiert von Stefan Baier, Redakteur der in Würzburg erscheinenden katholischen Tageszeitung „Die Tagespost“.

Mit einem Grundsatzreferat von Kardinal Koch startete dieses Event unter dem Beisein zahlreicher Medienvertreter sowie vieler hundert Zuhörer. Kardinal Koch begann mit einem Blick in die Geschichte und erwähnte, dass eine beinahe tausendjährige Entfremdung zwischen Rom und Konstantinopel vorhanden war, die schließlich zur Trennung der Ost- und Westkirche geführt habe. „Diese Geschichte hat jedoch eine erstaunliche Wende genommen mit der Aufhebung der Bannfläche durch Papst Paul VI und dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras. Mit diesem Akt ist das Gift der Exkommunikation aus dem Organismus der Kirche gezogen worden und das lange anhaltende Symbol der Spaltung durch das Symbol der Liebe ersetzt worden“, erklärte der Kardinal.

In zwei weiteren Dekaden von 1980 bis 2000 wurde das Verständnis

der beiden Kirchen füreinander immer stärker, als jedoch in der zweiten Dekade die Problematik des Uniatismus¹ deutlicher in den Vordergrund rückte, galt der theologische Dialog erstmalig als beendet. Erfreulicherweise war dies jedoch nur von kurzer



In einem Podiumsgespräch begegneten sich die beiden höchsten „Ökumene-Minister“ der Römisch-Katholischen und Russisch-Orthodoxen Kirche, der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Dr. Kurt Koch und der Vorsitzende des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Dr. Hilarion Alfejew.

Dauer, denn kurz nach Beginn des Pontifikats von Papst Benedikt XVI. konnte die internationale gemischte „Kommission für den theologischen Dialog zwischen der Römisch-Katholischen und der Orthodoxen Kirche“ ihre Arbeit wieder aufnehmen. Diese beschäftigt sich heute eingehend mit der Frage des Primates des Bischofs von Rom. Die orthodoxe Seite sieht in dieser Frage allerdings eine Störung der kirchlichen Struktur überhaupt und begründet dies mit der Einheit von Sakrament und Jurisdiktion, die sie im Papstamt als verletzt betrachtet, da dieses kein Sakrament, sondern eine Rechtsstellung darstellt, die

sich allerdings über die sakramentale Ordnung setzt.

Der Kardinal betonte in seinem Referat, dass zwischen den beiden Kirchen ein ehrlicher Dialog geführt werden müsse und erwähnte, dass das ökumenische Problem darin zu sehen sei, dass auf der einen Seite ein nationales kulturgebundenes orthodoxes Kirchenverständnis und auf der anderen Seite ein universal geprägtes katholisches Kirchenverständnis vorhanden sei. „Hier liegt der tiefere Grund, das sich dieses Problem nicht zufällig in der Frage des Primats von Rom zuspitzt“, so der Kardinal.

Am Schluss seines Vortrags gab der Kardinal Lösungsansätze, wie dieses Problem zu lösen sei. Bereits in den siebziger Jahren habe Papst Benedikt XVI. den Vorschlag unterbreitet, dass Rom vom Osten nicht mehr an Primatslehre fordern müsse, als auch im ersten Jahrtausend formuliert und gelebt wurde und in einem weiteren Interview habe der Papst sogar die Aussage gewagt, die Ostkirchen seine Teilkirchen, obwohl sie nicht mit dem Papst in Verbindung seien. Andererseits bedeute dieser Mangel an Einheit und daher einhergehend die Nichtkommunion mit dem Papst ein Mangel in der Lebenszelle. Deshalb habe der Papst als Synthese folgende Aussage getroffen: „Sie bleibt eine Zelle, sie darf Kirche heißen, aber in der Zelle fehlt ein Punkt, die Verknüpfung mit dem Gesamtorganismus.“

Kardinal Koch stellte fest, dass dies eine der orthodoxen Seite sehr entgegenkommende Sicht sei, ob sie allerdings von der orthodoxen Seite gestellt werden könne, müsse sich in einem weiteren Dialog zeigen. Dieser Dialog dürfe das Ziel der Ökumene nie vergessen, welches in der Wiederherstellung der sakramentalen Kommunionsgemeinschaft bestehe. „Bei der heutigen Rede von unseren zwei Kirchen kann es jedenfalls nicht bleiben, weil der Leib des Herrn nicht geteilt werden kann. Damit besteht der tiefste Grund und das schönste Motiv der ökumenischen Arbeit und

¹ Als Uniatismus bezeichnet man jene Bestrebungen, die durch „aktive Mission“ unter Klerus und Angehörigen nicht-katholischer Ostkirchen deren Übertritt in die römisch-katholische Kirche zu erreichen versucht

der heutigen Veranstaltung“, endete der Kardinal.

Nachdem Kardinal Koch sein sehr ausführliches und wissenschaftliches Grundsatzreferat beendete, begann nun ebenfalls Metropolit Hilarion mit seinen Ausführungen. Er eröffnete sein Referat mit der Aussage, dass die Beziehungen zwischen der Orthodoxen und der Katholischen Kirche in den letzten zwanzig Jahren ernststen Belastungen ausgesetzt waren, die durch die neue politische Situation hervorgerufen wurden. „So symbolisierte der Fall der Berliner Mauer das Ende der Konfrontation zweier sozialpolitischer Systeme und den Anfang des Aufbaus eines europäischen Einheitsraumes“, erklärte der Metropolit und „diese neuen Prozesse mussten sich auf das Leben der Kirchen auswirken, da sie die alten Differenzen der Orthodoxie und dem Katholizismus freilegte und somit auch neue Aufgaben stellten, die eine Suche nach gemeinsamen Lösungen beanspruchten.“

Der Metropolit betonte sehr ausführlich, dass die gemischte Dialogkommission den Uniatismus als eine überholte Unionsmethode bezeichne und somit ein neuer Weg zu einem gemeinsamen Verständnis aufgezeigt werde. Darüber hinaus bekräftigte er, dass die Kirchenunion nicht als eine Art Wiederherstellung der Einheit betrachtet werden könne, denn sie förderte im Verlauf der Geschichte eine noch größere Trennung zwischen den Kirchen. Der Metropolit führte weiter aus, dass die Erklärung „Dominus Jesus“ der Katholischen Kirche aus dem Jahr 2000 mit dem Dokument „Grundprinzipien der Beziehung der Russisch-Orthodoxen Kirche zu Andersgläubigen“ aus dem gleichen Jahr deutliche Parallelen aufweisen würde. Sowohl die Katholische Kirche in „Dominus Jesus“, als auch die Russisch-Orthodoxe Kirche in den „Grundprinzipien“ betrachte sich als die wahre Kirche Christi, die über die Fülle der göttlichen Gnade und der Heilmittel verfügt. Parallel dazu verneinen beide Kirchen nicht die Existenz der Heilsgnade in nicht-katholischen und nicht-orthodoxen christlichen Gemeinschaften. „Der gute Wille auf beiden Seiten half in den letzten Jahren, reale positive Er-

gebnisse in der Normalisierung der orthodox-katholischen Beziehungen zu erreichen“, betonte der Metropolit und „besonders erhebliche Fortschritte zeichnen sich nach der Wahl von Papst Benedikt XVI. 2005 ab, der die orthodoxe Kirche sehr gut kennt.“

Ferner erläuterte der Metropolit, dass Katholiken und Orthodoxe mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert seien, die die moderne Zeit an die traditionellen Lebensformen stelle. Dabei sollten beide Kirchen Formen der Zusammenarbeit finden, die eine gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart geben. Der Metropolit nannte diese Form der Zusammenarbeit „strategische Allianz“ oder „strategische Partnerschaft“ zwischen der Orthodoxen und der Katholischen Kirche. Es gehe darum, dass wir gemeinsam die traditionellen Vorstellungen von Familie, Unauflöslichkeit der Ehe, Kindererziehung, Wert des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod im gesellschaftlichen Bewusstsein festigen können. „Nur Orthodoxe und Katholiken schützen heute das traditionelle Familienleben“, äußerte der Metropolit und betonte, dass beide Kirchen ihre Kräfte vereinen sollten, um diese Werte gemeinsam zu verteidigen. Ein sehr lang anhaltender Applaus der Zuhörer bekräftigte die Aussage des Metropoliten zur „strategischen Allianz“.

„Eine andere Richtung unseres Zusammenwirkens, die immer größere Aktualität gewinnt, ist die Verteidigung der Christen gegen Diskriminierung. Wie Papst Benedikt XVI. in seiner Neujahrsbotschaft mit Recht bemerkte, sind Christen heute die größte religiöse Gemeinschaft, die Verfolgung aufgrund ihres Glaubens ausgesetzt ist,“ zitierte der Metropolit. Dabei ging er auch auf den Prozess Lautsis gegen Italien im November 2009 ein, in dem man die Anbringung von Kruzifixen in italienischen Schulen als unzulässig erklärte. Dabei erwähnte er, dass das Moskauer Patriarchat den Protest der Römisch-Katholischen Kirche gegen dieses Urteil unterstützte und die Russische Föderation die Berufung befürwortete, die die Regierung der Republik Italien am Europäischen Gerichtshof eingebracht hat. „Diese Berufung wurde

von vielen europäischen Staaten unterstützt, was dem Einsatz der Christen in diesen Ländern zu verdanken ist“, unterstrich der Metropolit.

In seinem Referat ging der Metropolit auf weitere Beispiele ein, wo Christen diskriminiert wurden. Er erinnerte dabei an die Verhältnisse am 07. März in Zagreb und am 12. März in Frankfurt am Main. Darüber hinaus erläuterte er die Missstände im Nahen Osten oder im fernöstlichen Asien und bezog sich auf die Lage der Christen im Irak und Iran sowie in Äthiopien. Von großer Bedeutung sei in diesem Zusammenhang ein Brief der Konferenz der Europäischen Kirchen vom 20. Februar an die Europäische Union gewesen, der aufs Schärfste die Diskriminierung der Christen in verschiedenen Ländern der Welt verurteilte. „Orthodoxe und Katholiken dürfen heutzutage einander nicht als Rivalen betrachten, sondern als Verbündete zum Schutz der Werte der Christen. Wir haben ein gemeinsames Missionsfeld, das heutige Europa, das seine religiösen, moralischen und kulturellen Wurzeln eingebüßt hat. Die Zukunft des Christentums im dritten Jahrtausend hängt von unseren gemeinsamen Anstrengungen ab“, endete Metropolit Hilarion in seinem Grundsatzreferat.

Nach dieser Aussage läutete der Moderator die Podiumsdiskussion ein und stellte die erste Frage an die Vorsitzende der „Kirche in Not“, Frau Antonia Willemsen, nicht jedoch ohne vorab kurz auf die Arbeit der Vorsitzenden einzugehen. Dabei würdigte er Frau Willemsen und stellte heraus, dass sie sowohl von der Orthodoxen als auch von der Katholischen Kirche hoch anerkannt sei und auch von beiden Seiten schon hoch gewürdigt worden ist. Darüber hinaus wird Willemsen von beiden Kirchen als „Brückenbauerin“ anerkannt. Willemsen sollte die erste Frage beantworten, warum sich gerade die „Kirche in Not“ so sehr engagiert für die Russisch-Orthodoxe Kirche. Sie beantwortet diese Frage damit, dass dieses Engagement nicht geplant gewesen sei, sondern vielmehr einfach passiert ist. Als der Heilige Vater, Papst Johannes Paul II Anfang der 90er Jahre die Entwicklungen in Osteuropa und besonders in Russland gesehen hat, wollte er, dass die Katholische Kirche konkret

in dieser sehr schwierigen Situation in Russland hilft. Diese Bitte des Heiligen Vaters wurde von der „Kirche in Not“ aufgenommen und umgesetzt.

In einer Frage an den Metropoliten ging der Moderator erneut auf dessen Grundsatzreferat ein und bezog sich dabei auf die Aussage zur „strategischen Allianz“. Der Moderator stellte dazu die Frage, welche Möglichkeiten bei der Zusammenarbeit der Kirchen bestehen, um den großen Herausforderungen der Gesellschaft, wie hohen Scheidungsraten, hohen Abtreibungen, Alkoholismus und vielem mehr entgegen zu wirken. Dazu erklärte der Metropolitan, dass er bewusst das Wort Allianz gewählt habe, obwohl Allianz einen militärischen Anschein habe, aber es gehe auch darum, gemeinsam für etwas zu kämpfen. Es solle dabei nicht gegen die Abtreibung, sondern für das menschliche Leben gekämpft werden, es solle nicht gegen die Euthanasie, sondern für die Würde des menschlichen Lebens gekämpft werden, für das Recht des Menschen solange zu leben wie Gott ihm Leben dazu gegeben hat. Er zitierte dazu Kardinal Koch, das wir nicht den starken Islam befürchten müssen, sondern das schwache Christentum. Ein Christ ist ein Mensch, der ein Christ sein soll, nicht nur in der eigenen Familie, auf der Arbeit, sondern ein Christ soll Christ sein überall. Er endete damit, dass die Kirchen gemeinsam das traditionelle Christentum verteidigen müssen, damit diese gemeinsam kämpfen, nicht gegen den Islam, sondern für das Christentum, nicht gegen den Säkularismus, sondern für die traditionellen christlichen Werte.

Der Moderator wendete sich dann an Kardinal Koch, und stellte ihm die Frage, was bei den Gesprächen in Moskau überwog, die Stolpersteine im ökumenischen Gespräch oder die gemeinsamen Herausforderungen bzw. gemeinsamen Hoffnungen. Der Kardinal begann damit, dass über die „strategische Allianz“ sehr wohl lange gesprochen wurde. Er sei damit sehr einverstanden aber er müsse andere Akzente setzen. Der Metropolitan könne dies mit voller Begeisterung so sagen, weil er die Russisch-Orthodoxe Kirche hinter sich hat, er sei nicht sicher, ob er auch so reden könne, weil er die

Römisch-Katholische Kirche hinter sich habe, vor allem in den deutschsprachigen Ländern. Kardinal Koch zitierte Patriarch Kyrill, der den Heiligen Vater bewundere für das was er sagt und tut, aber gleichzeitig auch mit ihm leide, da der Heilige Vater immer als konservativ abgestempelt werde. „Es sind nicht einfach die weltlichen Medien, die das so tun, sondern es sind die innerkirchlichen Kämpfe“, führte dazu der Kardinal korrigierend aus.

In einer weiteren Aussage bekräftigte der Metropolitan, dass die „strategische Allianz“ gebraucht werde, das Christentum zu verteidigen, zu verteidigen vor der Korruption, zu verteidigen vor der Liberalisierung des Christentums, die in der Lage sei, das Wesen des Christentums zu verändern. Der Traum des Metropoliten sei, dass die „strategische Allianz“ nicht nur die Römisch-Katholische Kirche mit der Russisch-Orthodoxen Kirche, sondern alle orthodoxen Kirchen umfassen werde.

Kardinal Koch setzte auch seine Hoffnung auf die „strategische Allianz“, in der weitere Schritte gemacht werden konnten und ein gemeinsames

Zeugnis in diese Gesellschaft abgelegt werden könne. Die „strategische Allianz“ sei allerdings keine Alternative zum Ziel, sondern ein Weg auf das noch größere Ziel hin: „Gemeinsam leben in verschiedenen Traditionen in einer Kirche leben und mit einander Eucharistiegemeinschaft haben können.“ „Das A und O aller Ökumene, die spirituelle Ökumene bleibt das Gebet um die Einheit der Christen. Ökumene ist kein Selbstzweck, sondern dient dem gemeinsamen Zeugnis des Evangeliums in dieser Welt, das Christus als Erlöser zu uns gekommen ist für uns Menschen, dass wir gemeinsam zu bezeugen haben. Wenn wir hier weitere Schritte tun, dann bin ich zuversichtlich und voller Hoffnung“, endete der Kardinal.

Unter dem Beifall der vielen Anwesenden endete diese Podiumsdiskussion und der Moderator, Stefan Beier hob nochmals die Wertschätzung der beiden Eminenzen zur „Kirche in Not“, hervor, da diese sich trotz ihrer knappen Zeit und der engen Flugpläne, die Zeit genommen haben, hier an diesem Weltkongress in Würzburg anwesend zu sein. □

Kurznachrichten: Sudan

weitere Eskalation in Südkordofan

Vor einem neuerlichen Völkermord hat der sudanesischer Bischof Macram Max Gassis gewarnt. „Hunderttausende sind inzwischen geflohen. Die Lage der Menschen in Südkordofan, insbesondere in der Hauptstadt Kadugli, ist äußerst prekär“, betonte Bischof Gassis bei einem Besuch des internationalen katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ am 15. Juni 2011 in Königstein bei Frankfurt. Besonders betroffen seien die Nuba, Muslime und Christen, die vom Norden wie Menschen zweiter Klasse behandelt würden. Die Region Südkordofan ist Teil des Bistums El Obeid, das überwiegend im Norden des Sudan liegt.

Hintergrund des neuerlichen Gewaltausbruchs: Anfang Juni 2011 hatte die Sudanesischer Armee Kadugli angegriffen. Teile der Stadt wurden bombardiert. Ziel waren vor allem christliche Kirchen und Gemeindezentren. Ein protestantischer Pastor wurde getötet. Beobachter sprachen von einer gezielten Aktion und „ethnischen Säuberungen“. Offenkundig will Khartum Fakten schaffen. Der Gouverneur von Südkordofan, Ahmed Mohammad Haroun, wird vom Internationalen Strafgericht gesucht. Ihm werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur zur Last gelegt.

(BB/ZENIT)

„Sicher Unsicher“

VON BERTRAM BASTIAN

Vom Montag, den 1. August bis Sonntag den 7. August finden in diesem Jahr die Salzburger Hochschulwochen unter dem Motto: „Sicher unsicher“ statt. Am Montag wird nach der Eucharistiefeier in St. Peter der Obmann Univ.-Prof. Dr. Gregor Maria Hoff um 10.00 Uhr die Hochschulwochen eröffnen.

Montag und Dienstag wird Prof. Dr. Lieven Boeve aus Leuven vortragen zum Thema: „Christlicher Glaube in einer Zeit der Verunsicherung: Theologie, Kirche und die Angst vor dem Risiko“ die zweite Vorlesung an diesen Vormittagen hält Jun.-Prof. Dr. Matthias Sellmann aus Bochum zum Thema: „Von der Unsicherheit, individuell sein zu wollen“. Prof. Boeve beschäftigt sich mit der These, dass Europa nur überleben könne, wenn es die christliche Identität wieder entdecken würde. Die Gesellschaft, die nach der Individualisierung Angst vor Veränderungen und vor der Zukunft habe, sehne sich nach Sicherheit und Risikoreduzierung. Der Vortragende will darlegen, welche Art von Sicherheit und Stabilität der christliche Glaube in der heutigen Zeit bieten kann. Prof. Sellmann legt dar, dass die Gesellschaft hervorragend funktionieren würde, der Mensch aber als unverwechselbares Individuum unterginge. Dieses seltsame Paradoxon, dass Personen, die darauf angewiesen sind, als Subjekte angesprochen zu werden, eine Gesellschaft bilden, welche die Person nur als Funktion und Rolle behandelt, wird vom Menschen unter anderem durch Religion kompensiert. Dieses Paradoxon und seine Lösungswege untersucht der Redner in den zwei Vorträgen aus der Sicht der soziologischen Systemtheorie. Eine Diskussion zu den beiden Vorträgen wird am Nachmittag des Mittwoch stattfinden.

Mittwoch werden Univ.-Prof. i.R. Dr. Wolfgang Kropf aus Wien und Prof.'in Dr. Regina Ammicht Quinn aus Tübingen vortragen. Prof. Kropf betrachtet unter dem Thema: „Risiko, Sicherheit und Zivilisation“ den Entwicklungsstand unserer westlichen Zivilisation anlässlich der Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl und dabei insbesondere die Bereitschaft, bestimmter Vorteile wegen

hohe Risiken einzugehen. Auf dem sich abzeichnenden Weg der Menschheit zum mehrheitlichen Mega-Großstädter werden sicherheitsbegrenzende Risikofaktoren wie Energie- und Naturressourcen besprochen. Prof.'in Ammicht Quinn wird zum Thema „Sei denn behutsam. Furcht gibt Sicherheit (Hamlet); Fragen nach einer Ethik der Sicherheit“ vortragen. Dies beinhaltet die Problematik, dass aus ethischer Perspektive Sicherheitsdiskurse sich nie allein auf „Sicherheit“ fokussieren. Die Fragen nach Gerechtigkeit, nach Freiheit oder Privatheit stellen „Sicherheit“ in einen Kontext, der durch einen Bezug auf richtiges Handeln jeweils neu evaluiert werden muss. Die Diskussion zu den Vorträgen wird am Donnerstag stattfinden.

Am Freitag sowie am Samstag referieren Matthias Kopp aus Bonn und Dr. Maximilian Burger-Scheidlin aus Wien. Der Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz spricht zum Thema: „Sicher – unsicher: Warum wir Grund haben von uns zu sprechen. Zum Kommunikationsauftrag der Kirche. Er legt die kommunikativen Entwicklungen der Kirche im vergangenen Jahr und in der Gegenwart dar und zeigt mediale Sicherheiten und mediale Verunsicherung auf, um am Ende zu sagen: wir haben allen Grund, von uns zu reden. Dr. Burger-Scheidlin referiert zu dem großen Themenkomplex: „Wirtschaft & Ethik – ein Widerspruch?“ Dabei wirft er die Frage auf, ob die Globalisierung Ursache für soziale Missstände sei oder ob die Rahmenbedingungen falsch gesetzt wurden. Der Ruf nach strenger Auflagen erhöhe scheinbar die Sicherheit, denn sie fördere auch die Subversion der Gesellschaft durch Kriminelle, ist eine seiner Thesen. Die Diskussion über diese Vorträge wird am Samstagnachmittag stattfinden.

An Nachmittagsvorlesung mit anschließendem Kolloquium werden von

Montag bis Mittwoch drei Themen angeboten: Pater Dr. Gustav Schörghofer SJ aus Wien trägt vor: „Zwischen Schmuck und Schock: Warum Kunst verunsichern muss“. Dabei geht es darum, dass Kunstwerke immer auch mit der Gefahr des Scheiterns, des Nicht-Verstanden-Werdens geschaffen werden. Wie sich dies auf den Menschen auswirkt, wird in der Vorlesung deutlich. Univ. Prof. Dr. Felix Unger aus Salzburg trägt vor: „Leben im Zeichen der Medizinisierung“. Dieser provokante Begriff steht für die Tatsache, dass die moderne Medizin in ihrem Fortschritt große Problemfelder geschaffen hat, zu Beginn und zum Ende des menschlichen Lebens. Dieses Spannungsfeld wird in den Vorlesungen behandelt werden. Prof. (em) Dr. Alois Baumgartner aus München trägt vor: „Leben in Verschuldung“. Dabei wird nicht nur die individuelle Verschuldung angesprochen, sondern auch die Verschuldung eigentlich wohlhabender Länder. Wie geht man mit diesen Risiken für die Zukunft um? Gibt es in diesem Spannungsfeld einen gesellschaftsethischen Impuls durch das theologische Konzept der Gnade? Freitag- und Samstagnachmittag stehen weitere Dozenten zur Verfügung: Univ.-Prof. Mag. Dr. Ines M. Breinbauer aus Wien trägt zum Thema vor: „Bestimmtheit im Ungewissen. Die unvermeidbare und problematische Rolle der Pädagogik/Bildungswissenschaften im Leben Lernen“. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Steinhäuser aus Salzburg beschäftigt sich mit dem Thema: „Terror und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft“. Prof. Dr. Claudia Bickmann trägt zum Thema vor: „Leben - auf der Suche nach Orientierung. Eine Annäherung zwischen Orient und Okzident“.

Für Studierende sind Montag und Dienstag sowie Freitag und Samstag Workshops eingerichtet. Dabei ist bemerkenswert, dass Militärfarrer Ar-

nim Göllner aus Stadtlendorf (Pater Jonathan) am 05. und 06.08 den Workshop ausrichtet: „Leben in einer bedrohten Welt – Wenn Weltpolitik plötzlich im eigenen Leben spürbar wird“. Im Spannungsfeld von NATO-geführtem Streitkräfteeinsatz in Afghanistan (ISAF) und immer neuen Terrorwarnungen in Europa hat sich die subjektive Wahrnehmung grundlegend gewandelt. Der Workshop stellt sich in unterschiedlichen Arbeitsformen dieser Gegenwartsanalyse. Neben Zeugnissen von Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan und eigener Standortbestimmung, der Frage nach den theo-

logischen und den gesellschaftlichen Folgen, steht auch die Abwägung zwischen Risiko und Chance dieser Lebenssituation.

Am Mittwochabend wird in der großen Aula der Theologische Preis der Salzburger Hochschulwochen an Erzbischof Dr. Bruno Forte von Chieti-Vasto in Italien für sein Lebenswerk verliehen. Der Laudator wird Prof. Dr. P. Elmar Salmann OSB von der päpstlichen Universität Sant'Anselmo in Rom sein. Der Publikumspreis wird am Donnerstagnachmittag ermittelt und verliehen werden, danach wird am Abend der schon traditionelle Empfang der Stadt

und des Bundeslandes Salzburg für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stattfinden, eingeleitet von einem Kammerkonzert. Beendet wird diese Veranstaltung mit dem Akademischen Festtag, der mit dem Pontifikalamt am Sonntag beginnt, bevor der diesjährige Festredner Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, zum Thema spricht „Orientierung in unsicheren Zeiten“.

Alles in allem, wieder ein überzeugendes Programm mit einer Fülle, die jeden Besucher in den speziellen, eigenen Bann der Salzburger Hochschulwochen ziehen wird. □

Buchbesprechung

Streit um das Heilige Land

Das Buch trägt den Untertitel: „Was jeder vom israelisch-palästinensischen Konflikt wissen sollte“. Diesen Untertitel trägt das Buch zu Recht, denn der Autor Dieter Vieweger schildert nicht nur den historischen Ablauf der Dinge um diesen Landstrich, sondern er steigt ganz aktuell mit den Problemen ein. Von der Sprachverwirrung „Eretz Israel – Land Israels“ bis hin zu dem politischen Begriff Palästina, so wie Yassir Arafat ihn zuletzt benutzte. Als promovierter Theologe und seit 2005 Leitender Direktor des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaften des Heiligen Landes in Jerusalem und Amman leitet der Autor den Leser an, den unbelasteten, rein geografischen Begriff „südliche Levante“ zu benutzen, bevor er die Probleme wie Wasserressourcen oder wirtschaftliche Potentiale als Rahmenbedingungen für den bekannten Konflikt schildert. Beginnend mit den Mythen der beteiligten Völker und Völkergruppen, werden die der jeweiligen Religion besonders

wichtige Orte beschrieben, und der aufmerksame Leser merkt, dass sich die Schnittlinien in diesem kleinen



Landstrich in Jerusalem kreuzen und zu einem schier unentwirrbaren Knäuel verflechten.

Dann schildert der Autor in leicht lesbarer Sprache den Ablauf der Politik seit 1882, soweit wie die politischen Maßnahmen, die von den Staaten und Mandatsmächten getroffen wurden, die südliche Levante betrafen. Vom Zionismus beginnend, den Kampf der Siedler gegen die Mandatsmächte, die Absprachen und Versprechungen der Mandatsmächte gegen alle Beteiligten, wird der Verlauf der Geschichte deutlich. Die Kämpfe der enttäuschten arabischen Staaten gegen den ungeliebten, weil auch aufgezwungenen neuen Nachbarn nach der Staatsgründung bis hin zum Osloer Abkommen, beschreibt Vieweger sehr eindrucksvoll und mit guten Kartenskizzen hinterlegt den Lauf der Geschichte. Dabei werden in den laufenden Text der jüngsten Geschichte auch die handelnden Personen geschildert, von Golda Meir und Moshe Dayan bis zu Benjamin Netanjahu, über Yassir Arafat bis hin zu Machmud Abbas werden die führenden Repräsentanten der beteiligten Parteien in kurzen Lebensläufen dem Leser nahe gebracht.

Dieter Vieweger, „Streit um das Heilige Land, Was jeder vom israelisch-palästinensischen Konflikt wissen sollte“, 287 Seiten, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2010, ISBN 978-3-579-06757-5

Soldat im Einsatz – Partnerschaft im Einsatz

Im Rahmen des Akademiegesprächs präsentierte Dr. Peter Wendl am 15. März 2011 sein neues Buch „Soldat im Einsatz – Partnerschaft im Einsatz“ an der Katholischen Akademie in München vor 400 Soldatinnen und Soldaten sowie vor Vertretern von Bundeswehr und der Katholischen Militärseelsorge (Bild 1). Die Moderation dieser Veranstaltung führte der Akademiedirektor Dr. Florian Schuller durch und die Begrüßung nahm Generalvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut vor.

Dabei begann er mit der Aussage, dass die Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger dort seien, wo Soldaten im Einsatz und wo Familien und Partner daheim an den Standorten sind. Dabei komme es darauf an, „Kirche unter Soldaten“ lebendig werden zu lassen und dies auch unter den Angehörigen und Familien der Soldatinnen und Soldaten. Dabei stelle sich jedoch die bedrückende Frage: Was können wir als Militärseelsorge dazu beitragen, dass Paare und Familien angesichts der speziellen Herausforderungen im Bereich der Bundeswehr stabil bleiben? „Priorität hat für uns stets die menschliche Begleitung durch unsere Seelsorgerinnen und Seelsorger vor Ort“, so der Generalvikar, aber die aktuellen Veränderungen der Bundeswehr forderten auch innovative Maßnahmen der Militärseelsorge. Ein wichtiger Aspekt der Seelsorge sei das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, d.h. „Hilfe zur Selbsthilfe“ anzubieten, die langfristig wirken kann. Dafür brauche es neue Kompetenzen sowie eine spezialisierte Qualifikation der Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger für die Begleitung der Menschen. Dabei sei das wichtige Wort des 2. Vatikanischen Konzils eine Richtschnur, nämlich Trauer und Angst, Freude und Hoffnung der Menschen mit zu leben und kompetent zu begleiten und dies erhöhe sich insbesondere in der Begleitung vor, während und nach Auslandseinsätzen, aber auch im Alltag der Fernbeziehungen. Das Buch, das heute vorgestellt wird sei aus der In-

tention heraus entstanden, Hilfe zur Selbsthilfe für diejenigen zu entwickeln, die Orientierung erhoffen, wie



Bild 1: (v.l.) Generalmajor Robert Löwenstein, Brigadegeneral Reinhard Kloss, Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, Oberstlt Rüdiger Attermeyer

die Herausforderungen rund um die Einsätze bewältigt werden können, so dass die Partnerschaften, Ehen und Familien möglichst stabil bleiben oder werden. Mit dem Wunsch der Katholischen Militärseelsorge, dass durch diese Buchinitiative Kirche unter Soldaten und ihren Familien lebendig werden möge, endete der Generalvikar seine Begrüßung.

Im Anschluss daran sprach als Vertreter der Streitkräfte, der Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Streitkräfte I, Brigadegeneral Reinhard Kloss das Grußwort. Dabei erwähnte er, dass es Dr. Peter Wendl gelinge, sowohl in seinen persönlichen Veranstaltungen als auch in seinen Büchern Situationen zu beschreiben, die wir kennen aber nicht oder falsch wahrnehmen würden. Durch Dr. Wendl und seine Arbeit seien wir im positiven Sinne gezwungen, uns der Problematik Partnerschaft zu stellen. Trotzdem sei der General zunächst überrascht gewesen, als er das neue Buch von Dr. Wendl in die Hand nahm, denn der Titel „Soldat im Einsatz – Partnerschaft im Einsatz“ könne zunächst auf eine andere Spur als angedacht ist führen, denn Partnerschaft im Einsatz gibt

es auch, aber es geht hier konkreter um das Thema „Partnerschaft trotz Einsatz“ resümierte General Kloss.

Er führte weiter aus, dass dieses Thema auch ein sehr wichtiges Thema für die Bundeswehr sei und es gäbe mindestens drei Gründe, weswegen wir uns damit befassen müssten.

Zuvorderst erkennt General Kloss eine Grundthese im neuen Buch von Dr. Wendl, die wesentlich zum Erhalt einer stabilen Partnerschaft beiträgt, nämlich die Kommunikation. Der General erklärte dazu, dass die Bundeswehr dafür Sorge tragen müsse, dass eine stetige Kommunikation vom Einsatzland in die Heimat stattfinden kann und er erwähnt, dass

ab Sommer dieses Jahres eine (noch) bessere Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden könne. Als zweiten Punkt erkennt General Kloss, dass es Soldaten in der Regel unangenehm sei, sich mit so „weichen“ Themen, wie Partnerschaft zu befassen. „Wir müssen anerkennen, dass neben der physischen Gesundheit auch die psychische Fitness gleichberechtigt steht“, bemerkte der General und um dies zu erreichen, müssten sich die Soldaten mehr und intensiver mit dieser Thematik befassen und dazu trage das Buch von Dr. Wendl hervorragend bei. Drittens hält General Kloss diese Thematik für besonders wichtig, weil die Besonderheiten des Soldatenberufs, wie häufige Versetzungen, aktuelle Einsätze nicht nur die Soldaten betreffen, sondern vielmehr auch die Partner konfrontierten. Daraus erwachsen Verpflichtungen, wie die Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn, die sich allerdings noch nicht selbstverständlich auf den privaten Bereich ausdehnen würde. Dazu stellte sich bei General Kloss beim Studium dieses Buches die Frage, ob der Dienstherr verpflichtet ist, Hilfe bei Erhalt und Pflege der Partnerschaft

anzubieten. Schlussendlich bedankte sich General Kloss bei Dr. Wendl, da dieser sich schon seit Jahren mit diesem sehr wichtigen Thema für die Bundeswehr befasst. Einen weiteren Dank sprach der General der Katholischen Militärseelsorge aus, da diese es Dr. Wendl ermöglicht, dass er an der Universität in Eichstätt-Ingolstadt als wissenschaftlicher Projektleiter am Zentralinstitut für Ehe und Familie (ZFG) seine Arbeit für die Soldaten so wahrnehmen kann.

Dr. Peter Wendl begann mit der Vorstellung seines neuen Buches, indem er zuerst auf den Buchtitel verwies, und dazu erklärte, dass nicht nur die Soldatinnen und Soldaten sich im Einsatz befänden, sondern vielmehr auch die Partnerinnen und Partner, die Kinder sowie weitere Angehörige, die eine herausfordernde „Einsatzzeit“ mit all den Entbehrungen, Belastungen und auch Ängsten erlebten. Deshalb drängt sich für Dr. Wendl die Ausgangsfrage für sein neues Buch, aber auch für die Kooperation des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) mit dem ZFG die Frage: „Wie also können wir als Katholische Militärseelsorge dazu beitragen, die betroffenen Partnerschaften und Familien stabil zu halten, angesichts der sich veränderten Einsatzszenarien – und wo sind dafür die Grenzen?“ Seine Erfahrung nimmt Dr. Wendl aus seiner Auswertung nach über 150 Seminaren mit über 900 Soldaten und ihren Angehörigen. In diesen Seminaren kommt es darauf an, sich mit dem Partner oder mit anderen Betroffenen über Fragen, Erfahrungen und Bedenken sowie über Erwartungen oder Befürchtungen offen auszutauschen. Ferner stellt Dr. Wendl dar, dass diese Einsatzzeiten trotz aller Belastungen für viele Betroffenen durchaus auch bereichernde Erfahrungen bringen würden. Häufig würden Ängste und Befürchtungen verdrängt werden oder von den Betroffenen unterschiedlich empfunden oder bewertet werden.

Die Begleitung der Paare und Familien zeige Dr. Wendl, dass die Hauptbereiche der Ängste in verschiedene Bereiche unterschieden werden müssen:

1. Körperliche (physische) Bedrohungen, wie z.B. Angst vor Tod oder Verwundung.

2. Seelische (Psychische) Bedrohungen, wie z.B. die Angst vor der Veränderung der Persönlichkeit, vor Traumatisierung oder Burn-out, aber auch die Angst vor einem „ungesunden“ Umgang mit dem Erlebten.
3. Soziale Bedrohungen durch den

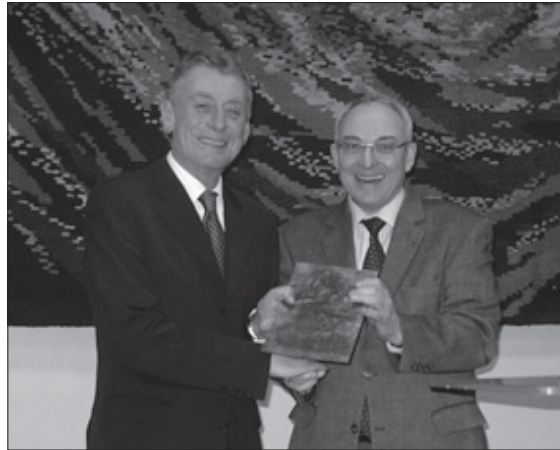


Bild 2: Der Direktor der Katholischen Akademie München Dr. Florian Schuller (rechts) überreicht Militärgeneralvize Walter Wakenhut das Bronzerelief

Einsatz, z.B. die Angst vor negativen Veränderungen in der Beziehung, Frage nach dem „Auseinanderleben“ und der Treue der Partnerschaft, aber auch Ängste über ein „neues Rollenverständnis“. Hinzu können die Ängste der Kinder kommen. Sätze wie: „Mama, ist Papa im Krieg?“ oder „Hat Papa uns nicht mehr lieb, weil er solange weg ist?“ sind oft genannte Fragen von Kindern und deutliche Anzeichen der Ängste bei diesen Kindern.

Deshalb gibt Dr. Wendl in seinem Buch den Rat, diese Ängste auszusprechen, denn „Ängste werden durch Verschweigen selten leichter“ und „Heimliche Wünsche werden unheimlich selten erfüllt“. Diese Aussagen hat Dr. Wendl in der Vorstellung seiner Publikation allen Zuhörern als „take home passage“ empfohlen und er erwähnte ferner, wie auch schon General Kloss, dass der Vernetzung der Angehörigen untereinander eine besondere Bedeutung zukommen muss, um so den Austausch der Betroffenen wesentlich zu erleichtern.

Das Buch von Dr. Wendl ist in Kapiteln aufgeteilt und gibt zahl-

reiche Tipps, die sich überwiegend an positiven Erfahrungen von anderen Partnern und Familien orientieren. Darüber hinaus soll es als „Praxis- und Arbeitsbuch für Paare und Familien in Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung“ verstanden werden.

Nachdem Dr. Wendl sein Buch präsentierte, hatte der Akademiedirektor die Ehre, Generalvize Walter Wakenhut auszuzeichnen. Er überreichte dem Apostolischen Protonotar das Freundeszeichen der Katholischen Akademie in Bayern, ein vom Münchner Bildhauer Max Faller gestaltetes Bronzerelief, das seit 1972 verliehen wird (Bild 2). Diese Ehre wird Personen zuteil, die sich durch ihr Engagement in besonderem Maße um die Akademie verdient gemacht haben. Walter Wakenhut

ist Freund und Förderer zugleich für die Katholische Akademie Bayern und dies nicht nur seit seiner Ernennung zum Militärgeneralvize im Jahre 2000. Bereits in seiner Funktion als Katholischer Wehrbereichsdekan in München von 1997 bis 2000 war er maßgeblich daran beteiligt, dass die Akademiegespräche an der Katholischen Akademie in München fortgesetzt werden konnten, obwohl die Bundeswehr auch in diesen Jahren reduzieren musste. In seinen Schlussworten äußerte der Akademiedirektor den Wunsch, dass auch zukünftig die Zusammenarbeit wie bisher stattfinden möge und das freundschaftliche Miteinander der Katholischen Militärseelsorge und der Katholischen Akademie Bayern bestehen bleibt.

Das Schlusswort wurde durch den Katholischen Leitenden Militärdékan München Msgr. Reinhold Bartmann gesprochen. Dieser wünschte zum Abschluss der Präsentation dem neuen Buch auch viel Erfolg. Mit einem Imbiss und vielen guten Gesprächen endete diese gelungene Veranstaltung. □

(Text und Fotos: Rainer Zink)

Aufbruch der Kirche

Die Konzilsväter und ihre Berater

Theologische Impulsgeber des II. Vatikanischen Konzils

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Das Wirken der 2498 Konzilsväter und ihrer 546 theologischen Berater prägt die katholische Theologie und Kirche bis heute. Allen voran ist hier Papst Benedikt XVI. zu nennen, der beim Zweiten Vatikanischen Konzil (II. Vaticanum) Josef Kardinal Frings, den damaligen Erzbischof von Köln und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, beriet.

Wie in Hubert Jedin's „Kleiner Konzilsgeschichte“ (Basel, Freiburg, Wien 1959) nachzulesen ist, hat es vor dem II. Vaticanum bereits zwanzig Kirchenversammlungen (Konzilien) gegeben, sodass das II. Vaticanum von der römisch-katholischen Kirche als 21. Ökumenisches Konzil angesehen wird. Wie in meinem Beitrag „Das Zweite Vatikanische Konzil“ (Auftrag Nr. 281, S. 30-32) dargelegt, versuchten die einzelnen Konzilien, dauerhafte Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der jeweiligen Zeit zu geben: die an sich ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens sollen den Menschen in unterschiedlichen geschichtlichen Zusammenhängen verständlich gemacht werden. Eben dies intendierte auch das II. Vaticanum, indem Papst Johannes XXIII. fragte, wie eine pastorale und ökumenische Erneuerung (instauratio) der Kirche gelingen könne.

Starker Gegenwind

In dem Zeitraum zwischen Kaiser Konstantin und dem Toleranzedikt von Mailand 313 n. Chr. bis hin zu Martin Luther und dem Konzil von Trient 1545-1563 stand die römisch-katholische Kirche trotz des Schismas mit den oströmischen Kirchen 1054 in einem machtpolitischen Zenit. Durch restaurative Tendenzen im Feudalismus und durch das Gottes-

gnadentum konnte die römisch-katholische Kirche vorübergehend ihre Macht in Europa nochmals festigen. Doch spätestens mit der Französischen Revolution 1789 und seinen Folgewirkungen im 19. Jahrhundert geriet die römisch-katholische Kirche politisch immer stärker unter Druck, bis sie sogar 1870 den Kirchenstaat verlor. Zwar erhielt die katholische Kirche durch die Lateranverträge im Jahr 1929 wieder einen kleinen Platz als politischer Akteur und moralischer Mahner auf der Weltbühne zurück, doch irgendwie befand sie sich in einer Art Schockstarre, die durch die beiden Weltkriege und ihren grausamen Folgewirkungen im 20. Jahrhundert noch verstärkt wurden. Für die Masse der Gläubigen und auch für die Kirche selbst stand bis Ende der fünfziger Jahre erst einmal das eigene Überleben auf der Tagesordnung und alles andere hatte zurückzustehen.

Doch zu Ende der fünfziger Jahre trat allmählich wieder so etwas wie Normalität in den Alltag der Europäer ein. Die katholische Kirche war um 1959/1960 zwar eine Weltkirche, doch die kirchenpolitischen Entscheidungen wurden in Rom bzw. in Westeuropa gefällt – einzig die nordamerikanische Bischofskonferenz hatte außerhalb Europas auch aufgrund ihres Vermögens und ihrer Abgaben nach Rom ein gewisses kirchenpolitisches Gewicht. In Afrika, Lateinamerika und den wenigen asiatischen Enklaven mit christlicher Bevölkerung wie etwa den Philippinen übten zum damaligen Zeitpunkt meist Europäer die Leitungsaufgaben in der katholischen Kirche aus. Dies sollte sich erst mit dem Prozess der Unabhängigkeit vieler Entwicklungsländer und dem II. Vaticanum ändern. Doch zunächst einmal waren die Konzilsväter und ihre Berater erst einmal nahezu alle europäischen Ursprungs.

„Es freut sich die Mutter Kirche“

Mit der Konsolidierung der Lebensverhältnisse begannen die Kirche und ihre Gläubigen auch über sich nachzudenken. Dabei war es so, dass etwa in Deutschland die deutschsprachige Messe, versetzt mit lateinischen Gebetselementen, die Regel und die römische Messe in Latein die Ausnahme war, während es sich in anderen Ländern und Regionen anders verhielt. Wie hier in der Frage der Liturgie fehlte die klare Linie bzw. zeigten sich Brüche innerhalb der katholischen Kirche an.

Papst Johannes XXIII. wies in seiner Eröffnungsansprache „Gaudet mater ecclesia“ („Es freut sich die Mutter Kirche“) am 11. Oktober 1962 daraufhin, dass Aktualisierungen auch in der Kirche notwendig sind, da eine Orientierung hin auf das Verständnis der gegenwärtigen Zeitperiode möglich und auch erforderlich sei. Das Eine – so der Papst – seien die ewigen Wahrheiten, das Andere sei eine Sprache und Ausdrucksweise in der jeweiligen Zeit. In dieser Eröffnungsansprache wurden die Leitlinien des II. Vaticanums abgesteckt, an die sich auch Papst Paul VI. orientieren musste, weshalb diese Rede – ursprünglich in Lateinisch gehalten – nunmehr ausführlich behandelt werden soll.

Zunächst behandelt der Papst die ökumenischen Konzilien der Kirche, gefolgt von Überlegungen zu Ursprung und Anlass des II. Vaticanums. Der Heilige Vater betont, dass die Lehre die Kirche schützen und fördern soll: „Die Hauptaufgabe des Konzils liegt darin, das heilige Überlieferungsgut der christlichen Lehre mit wirksameren Methoden zu bewahren und zu erklären. Diese Lehre umfasst den ganzen Menschen, der aus Leib und Geist besteht, und sie heißt uns, die wir diese Erde bewohnen, als Pilger unserem himmlischen Vater entgegen zugehen.“ Doch, so der Papst weiter,

¹ Prof (eh) Dr. Andreas M. Rauch ist Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst und Lehrbeauftragter an der Universität Köln

die Art und Weise, wie dies bisher geschehen ist, bedürfe der Erneuerung: „Ja, diese sichere und beständige Lehre, der gläubig zu gehorchen ist, muss so erforscht und ausgelegt werden, wie unsere Zeit es verlangt. Denn etwas anderes ist das Depositum Fidei oder die Wahrheiten, die in der zu verehrenden Lehre enthalten sind, und etwas anderes ist die Art und Weise, wie sie verkündet werden, freilich im gleichen Sinn und derselben Bedeutung. Hierauf ist viel Aufmerksamkeit zu verwenden. ... Am Beginn des Zweiten Vatikanischen Ökumenischen Konzils ist es so klar wie jemals, dass die Wahrheit des Herrn in Ewigkeit gilt. Wir beobachten ja, wie sich im Lauf der Zeiten die ungewissen Meinungen der Menschen einander ablösen, und die Irrtümer erheben sich oft wie ein Morgennebel, der bald die Sonne verscheucht. Die Kirche hat diesen Irrtümern zu allen Zeiten widerstanden, oft hat sie auch verurteilt, manchmal mit großer Strenge. *Heute dagegen möchte die Braut Christi lieber das Heilmittel der Barmherzigkeit anwenden als die Waffe der Strenge erheben.* Sie glaubt, es sei den heutigen Notwendigkeiten angemessener, die Kraft ihrer Lehre ausgiebig zu erklären, als zu verurteilen. *Das bedeutet nicht, dass es keine falschen Lehren und keine gefährlichen Meinungen gebe, die man vermeiden und zerstreuen muss.* Aber diese widerstreiten so offensichtlich den rechten Grundsätzen der Ehrbarkeit, und sie haben so verheerende Früchte gezeitigt, dass heute bereits die Menschen von sich aus solche Lehren verurteilen.“

„Werft die Netze neu aus“

Papst Johannes XXIII. führt dann weiter vor dem Hintergrund der skizzierten neuen Lage der Kirche in einer sich modernisierenden Welt aus: „Angesichts dieser Lage erhebt die katholische Kirche durch dieses Ökumenische Konzil die Leuchte der Glaubenswahrheit. Sie will sich damit als eine sehr liebevolle, gütige und geduldige Mutter erweisen, voller Erbarmen und Wohlwollen zu ihren Kindern, die sie verlassen haben. Schon Petrus sagte einst angesichts einer Menschheit, die unter großen Nöten litt, zu einem Armen, der ihn

um Almosen anging: „Gold und Silber besitze ich nicht, doch was ich habe, gebe ich dir: Im Namen Jesu Christi von Nazareth stehe auf, und gehe umher!“ (Apg 3,6). So bietet die Kirche den modernen Menschen keine vergänglichen Reichtümer und auch kein irdisches Glück. Sie schenkt ihnen vielmehr die Gaben der göttlichen Gnade, die den Menschen zur Würde der Gotteskindschaft erheben und die zur wirksamen Bewahrung und Förderung des menschlichen Lebens dienen.“

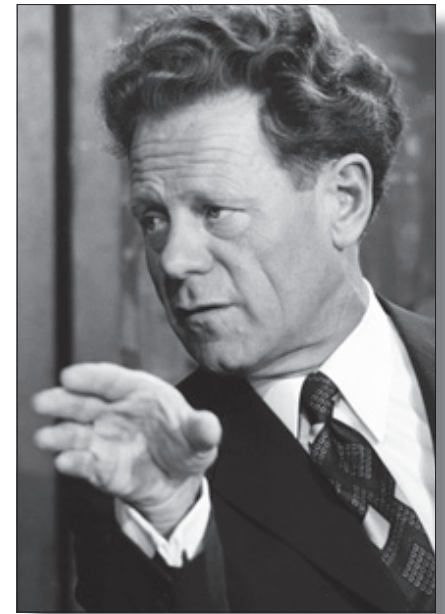
In diesen beiden Textausschnitten kommt ein Zweifaches zum tragen:

- Der Papst will die Kirche der neuen Zeit, dem modernen Menschen, öffnen. Der einzelne Gläubige soll nicht aus reiner Autoritätsgläubigkeit der Lehre der Kirche folgen, sondern aus innerer Überzeugung.
- Der Papst möchte in diesem Sinne einen Diskussionsprozess eröffnen, und nicht a priori verbindliche Vorgaben formulieren. Gerade vor dem Hintergrund des I. Vaticanums ist das ein bemerkenswerter Ansatz.

So stieß auch die Eröffnungsrede des Papstes auf großen Widerstand seitens der konservativen Kreise in der römischen Kurie, die im Kern auf eine reine Gesetzesreligion und Verbotsmoral bauten. Aber eben diesen Spannungsbogen zwischen der Selbstbestimmung des Menschen auch in religiösen Angelegenheiten (Autonomie) und den Geboten der Kirche (Heteronomie) versucht das II. Vaticanum zu überwinden und auszuhalten, weshalb sie sich Metaphern wie „Werft die Netze neu aus“ bedient.

Für den konservativen Flügel im Vatikan wuchs sich Papst Johannes XXIII. zeitweise zu einem kirchenpolitischen Alptraum aus: Angelo Giuseppe Roncalli war als Patriarch von Venedig ein besonders liebenswürdiger, allseitig geachteter und anerkannter Bischof und ein „guter Mensch“ gewesen. Doch vor allem die Konservativen im Kardinalskollegium hatten Roncalli unterstützt und gewählt, weil er allein aufgrund seines hohen Alters ein Übergangspapst sein sollte. Nach dem langen Pontifikat von Pius XII. mit seinen Konflikten und Verwerfungen in der Hitler-Zeit sollte eine

Zeit der Ruhe und der Besinnung in die Kirche kommen durch einen kirchenpolitisch oder moralisch völlig unbelasteten Papst, der als beliebter Gottesmann mit der Milde des Alters gesegnet die Kirche führen, aber auf keinen Fall verändern sollte. Doch



Hans Küng, (geb. 1928), Aufnahme aus dem Jahr 1974; 1979 wurde ihm die kirchliche Lehrbefugnis entzogen (ullstein bild - Meller Marcovicz).

diese Absicht erfüllte Papst Johannes XXIII. nicht – und noch viel schlimmer, er rief sogar als Kirchenführer zu Reformen auf: Wo hat es das in der Kirchen- und Papstgeschichte gegeben?

Die Worte von Papst Johannes XXIII. in „Gaudet mater ecclesia“ kommen uns heute wenig spektakulär vor. Diskussionen gehören in der Gegenwart als Selbstverständlichkeit in Politik und Gesellschaft. Doch in einer Organisation wie der Kirche, welches auf den Gehorsam seiner Priester baut, abgesichert unter anderem durch das Zölibat, wirken die Worte des Papstes wie eine kleine Revolution.

Neubelebung der Kirche von oben

Joseph Ratzinger, der gegenwärtige Papst, und Hans Küng (*Bild 1*) waren die beiden jüngsten offiziellen Berater (Peritus) des II. Vaticanums, welches versuchte, das bisherige römische System in wesentlichen Punk-

ten zu korrigieren. Joseph Ratzinger wirkte als Peritus von Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln. Hans Küng war Peritus des Bischofs von Rottenburg-Stuttgart, Carl Joseph Leiprecht. Rund dreißig Jahre älter war Peritus Karl Rahner, der den Wiener Kardinal Franz König theologisch beriet. Zugleich kommt diesen drei Konzilsberatern in der deutschsprachigen Theologie und Kirche bis heute eine wichtige Bedeutung zu.

Um auf Papst Johannes XXIII. zurückzukommen, so gibt Hans Küng auch unumwunden in seinem neuesten Buch „Ist die Kirche noch zu retten?“ (Piper Verlag: München, Zürich 2011) zu, dass Papst Johannes XXIII. einen epochalen Übergang, einen wirklichen Paradigmenwechsel intendierte und eingeleitet hat. Hans Küng: „Er löste die katholische Kirche aus ihrer inneren Erstarrung und hauchte ihr neues Leben ein. ... Er wollte die Fenster der Kirche öffnen. Der im mittelalterlichen, gegenreformatorischen, anti-modernen Paradigma befangenen und erkrankten Kirche hatte er gegen massiven kurialen Widerstand den Weg zur Erneuerung („aggiornamento“) gewiesen: zur zeitgerechten Verkündigung des Evangeliums, zur Verständigung mit den anderen christlichen Kirchen, zur Offenheit gegenüber dem Judentum und den anderen Weltreligionen. Aber auch zu Kontakten mit den östlichen Staaten, zur internationalen sozialen Gerechtigkeit (Enzyklika „Mater et Magistra“, 1961), zur Offenheit gegenüber der modernen Welt überhaupt und zur Bejahung der Menschenrechte (Enzyklika „Pacem in terris“).“

Der von Küng verwendete Begriff des Antimodernismus bezieht sich auf das Pontifikat von Papst Pius X. (1903-1914), der jede Versöhnung der katholischen (Sozial-) Lehre mit der modernen Wissenschaft und Gesellschaft ausschloss, was dann regelrecht zu einer „antimodernen“ Säuberungsaktion im großen Stil gegen katholische Reformtheologen führte, und hier vor allem gerichtet gegen Bibelforscher und Kirchenhistoriker. In einer Sammlung der „modernen Irrtümmer“ und einer antimodernen Enzyklika von 1907 sowie in einem mehrseitigen „Antimodernisteneid“ (1910), den Papst Pius X. dem ge-

samten katholischen Klerus aufzwang, sollte die katholische Kirche zu einem Bollwerk gegen die Moderne werden. Dabei wurde Pius X. von einer kurialen Geheimorganisation, der „Sodalitium Pianum“, unterstützt. Doch schon Papst Benedikt XV. (1914-1922) beseitigte diese Einrichtung und hob den „Antimodernisteneid“ wieder auf. Doch geblieben ist in den Köpfen vieler Katholiken, dass „die Moderne“ eine grundsätzliche Gefahr für die katholische Kirche darstelle. Sich „dieser Moderne“ jetzt sogar zu öffnen, erschien vielen in der katholischen Kirche und vor allem in der römischen Kurie eine Kehrtwende um 180 Grad, eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Vermittlung des christlichen Glaubens, auch wenn die so genannten „ewigen Wahrheiten“ des christlichen Glaubens weiterhin Bestand haben.

Die Rede von Papst Johannes XXIII. „Gaudet mater est“ war deshalb so bedeutsam, weil der Heilige Vater hier Grundsätze formulierte und eine Diskussion eröffnete, die von den Konzilsvätern, also den Teilnehmern des II. Vaticanums, mehrheitlich gar nicht so mitgetragen und gewollt wurde. In den einzelnen Sitzungsperioden waren es deshalb einzelne Persönlichkeiten, die den Diskussionsprozess angetrieben und Abschlussdokumente als Ergebnisse eines Diskussionsprozesses herbeigeführt haben. Dabei bestand stets ein Druck von oben, denn der Papst bedurfte letztlich einer Konzilsversammlung nicht, sondern er hätte qua Amt auch selbst die erforderlichen Texte veröffentlichen können. Das sehen auch Karl Rahner und Herbert Vorgrimmler so, weshalb sie in ihrem „Kleines Konzilskompendium“ schreiben: „Würde das Konzil, d.h. die anderen Bischöfe auf dem Konzil, solche grundsätzlich berechtigt eingebrachten Abänderungsvorschläge ablehnen und würde der Papst dennoch auf ihnen bestehen, dann könnten zwar vom Wesen des Konzils her die übrigen Bischöfe den Papst nicht überstimmen, da ohne Zustimmung des Papstes ein Beschluss des Konzils unmöglich ist. Aber der Papst könnte seine Entscheidung als die des Papstes allein wohl zu einer gültigen Entscheidung machen, die auch die Bischöfe als einzelne verpflichtet, er

könnte jedoch diese seine Entscheidung nicht zu einer Entscheidung des Konzils machen.“ Also wenn der Papst zu harsch in das Konzil eingegriffen hätte, würde er im Prinzip den von ihm selbst initiierten Diskussionsprozess in Frage gestellt haben. Zudem erwiesen sich Konzile in der Geschichte der Kirche grundsätzlich als wirkungsmächtiger, da ihre Beschlüsse so einfach nicht aufgehoben werden konnten und daher meist länger Bestand hatten als die einzelnen Rundschreiben oder Enzykliken von Päpsten.

Alfredo Ottaviani

Mitunter drängt sich heute der Eindruck auf, als ob die Konzilsberater maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf des II. Vaticanums hatten, eben weil sie in Theologie und Kirche bis heute wirkungsmächtig sind: Joseph Ratzinger, Hans Küng, Karl Rahner, Alois Grillmeier, Michael Schmaus und Joseph Pascher. Doch das Gegenteil war der Fall. Die Konzilsberater waren erst einmal dazu da, die Konzilsteilnehmer zu beraten. Rahner/Vorgrimmler schreiben, dass allein zur Reform der Liturgie über 9.000 Eingaben an das II. Vaticanum gerichtet wurden. Hier galt es auszuwählen, Vorschläge zusammenzustellen und eine Systematik in die Bearbeitung der Vorschläge hineinzubringen. Zudem sollten die Konzilsteilnehmer selbst Textvorschläge einreichen. Doch hierfür mussten sie auf der Höhe der Theologie und der wissenschaftlichen Diskussion sein und zugleich auch die aktuellen Entwicklungen in Politik und Gesellschaft fest im Blick haben. Die Konzilsberater lieferten die jeweils erforderlichen textlichen Vorlagen.

Hinzu kam, dass es beim II. Vaticanum nicht wie bei früheren Konzilien um eine Handvoll Themen ging, zu der sich jeder einzelne Konzilsteilnehmer eine Meinung bilden konnte. Vielmehr wurden sämtliche Grundfragen der Theologie, also der Biblischen, der Historischen, der Systematischen und der Praktischen Theologie mit Blick auf ihre Bedeutung in der Gegenwart erörtert. Allein die Systematische Theologie fächert sich auf in so schwierige Disziplinen wie Fundamentaltheologie, Dogmatik, Moraltheologie und Christliche Gesell-

schaftslehre und nicht jeder Konzilsteilnehmer konnte hier gleichermaßen in diesen Fächern bewandert sein. Doch gerade dieser hohe theologische Anspruch trug dazu bei, dass zwar hochtheologische Texte formuliert wurden, diese aber mit Ausnahme weniger Dokumente wie „*lumen gentium*“ und „*gaudium et spes*“ weitgehend unbekannt und unbeachtet blieben, bereits wenige Jahre nach Ende des Konzils außerhalb der Kirche kaum rezipiert wurden und auch unter engagierten Katholiken heute kaum bekannt sind.

Ein weiterer Aspekt war, dass die Konzilsteilnehmer zumeist Praktiker waren, die gewohnt waren, Entscheidungen zu treffen, die jedoch weniger im ständigen Diskurs mit den aktuellen Herausforderungen der katholischen Theologie standen. Zudem ging die Mehrheit der Konzilsteilnehmer nicht mit wehenden Fahnen in die Kirchenversammlung, um Reformen durchzusetzen, die viele auch gar nicht beabsichtigten, sondern viele warteten erst einmal ab, was passierte. Vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage kam es auf die an, die Kurs und Richtung vorgaben und die Gunst des Heiligen Vaters genossen, und hierzu gehörte allen voran Alfredo Kardinal Ottaviani (1890-1979), der Vorsitzende der Konzilskommission.

Mit 72 Jahren war Kardinal Ottaviani zum Zeitpunkt der Eröffnung des Konzils im fortgeschrittenen Alter, doch er genoss sowohl das Vertrauen des Papstes als auch der römischen Kurie, weshalb er zum Vorsitzenden der Konzilskommission ernannt wurde, nachdem er zuvor bereits die Vorbereitungskommission des Konzils geleitet hatte. Ottaviani war Kirchenrechtler von Hause aus, ein Theologe, der sich in der Kongregation für Außerkirchliche Angelegenheiten, im Staatssekretariat und im Heiligen Offizium, der heutigen Kongregation für die Glaubenslehre, bewährt hatte. Als Kirchenrechtler wusste er bestens über die Rechtsgrundsätze der katholischen Kirche Bescheid und gehörte unter den Theologen eher zu den Konservativen – etwa im Unterschied zu vielen praktischen Theologen. Als vatikanischer Diplomat hatte es Ottaviani aber auch gelernt, Brücken zu

bauen, integrativ zu wirken und vermittelnd tätig zu sein, ohne Grundpositionen der Kirche aufzugeben.

Ottaviani trug progressive und konservative Auffassungen in sich. Geprägt von den Schrecken zweier Weltkriege und seinen Erfahrungen als



Julius Kardinal Döpfner (1913 bis 1975) war von 1961 bis 1975 Erzbischof von München und Freising und schon in der Vorbereitungskommission zum Vatikanum tätig (ullstein bild - Sven Simon).

Diplomat trat er für die Untersagung jeden Krieges ein („*Bellum omnino est interendum*“), was Eingang in „*Gaudium et spes*“ fand und die katholische Kirche auf die völlige Abschaffung jeden Krieges verpflichtet. Geschult durch seine diplomatischen Ämter war Ottaviani ein umgänglicher und pastoral interessierter Mensch, der massiv gegen Kommunismus und Atheismus eintrat. Von 1965-1967 war Ottaviani zunächst Kardinalsekretär, dann bis Januar 1968 Präfekt der wichtigen Kongregation für die Glaubenslehre, der vatikanischen Neugründung in der Nachfolge des Heiligen Offiziums.

Die Konzilsmoderatoren: Augustin Bea und Joseph Döpfner

Das II. Vatikanum war eine Kirchenversammlung der katholischen Weltkirche, doch nach wie vor übten die Europäer großen Einfluss

aus, allen voran die Italiener und die Deutschen. Die Deutschen waren vor allem theologisch geschult, die Italiener waren durch ihre örtliche Nähe zur Vatikanstadt in der römischen Kurie stark präsent.

Augustin Bea (1881-1968) gehörte mit seinen Studien der Philosophie, der Theologie und der klassischen Philologie sowie als Professor für alttestamentliche Exegese zu jenen Konzilsvätern, die auch intellektuell den Überblick über die Themen und die Herausforderungen des II. Vaticanums hatten. Dadurch konnte Bea vermitteln zwischen Europäern und Nicht-Europäern, konservativen und progressiven Kräften und zwischen Theologen sowie theologisch weniger visierten Kirchenleuten. Als Beichtvater Papst Pius XII. hatte Bea großen Einfluss in der römischen Kurie. Bea sprach sich gegen den jahrhundertealten Vorwurf der Juden als „*Gottesmörder*“ aus. Am Ökumene-Dekret und der Erklärung über die Religionsfreiheit war Bea maßgeblich beteiligt. Die Internationale Stiftung Humanum vergibt noch heute den Augustin-Bea-Preis für Verdienste um die katholische Soziallehre, zuletzt an den langjährigen Direktor der Zentralstelle für sozialwissenschaftliche Fragen (1963-2010) in Mönchengladbach, Prof. Dr. Anton Rauscher.

Neben Kardinal Bea war es Joseph Kardinal Döpfner (**Bild 2**) gewesen, der moderierend und vermittelnd auf dem II. Vatikanum wirkte. Wie Bea auch brillierte Döpfner als einer der intellektuellen Köpfe der katholischen Kirche; er war Absolvent des Collegium Germanicum und er promovierte über John Henry Newman zum Doktor der Theologie. Mit 35 Jahren wurde Döpfner zum jüngsten Bischof Europas und er wurde der jüngste Kardinal der damaligen katholischen Kirche. Döpfner nahm an der Vorbereitungskommission unter Ottaviani teil. Als seinen Konzilsberater wählte Döpfner den Theologie-Professor Joseph Pascher. Mit Papst Johannes XXIII. verband Döpfner vor allem die Vorstellung von einer Kirche, die sich ständig selbst überprüft und erneuert („*ecclesia semper reformanda*“). Döpfner starb 1976 unerwartet mit 62 Jahren.

Einflussreiche Kardinäle: Josef Frings und Franz König

Wie in früheren Jahrhunderten auch, ist ein Konzil erst einmal ein wirkungsmächtiges Zeichen der Kirche per se. Doch zugleich war gerade das II. Vaticanum eine hochkomplexe Angelegenheit. Die Mehrheit der Konzilsteilnehmer hatte nicht an den Vorbereitungstreffen teilgenommen, verfügte zwar über eine Einladung und einen vorläufigen Verlaufsplan, wusste aber nicht im Einzelnen, was sie erwartete. Und viele Konzilsteilnehmer sahen die Kirchenversammlung als Chance, an der eigene Karriere zu feilen, weshalb es dann vielen geraten erschien, sich bei inhaltlichen Fragen erst einmal bedeckt zu halten.

Umso wichtiger waren deshalb jene Kirchenleute, die sich aus der Deckung wagten und den Kurs vorgaben. Hierzu zählten die Kardinäle Frings und König.

Josef Kardinal Frings (*Bild 3*) war mit 75 Lebensjahren ein Mann, der zu Beginn des Konzils am Ende seiner Karriere stand und im Prinzip seiner eigenen kirchlichen und theologischen Überzeugung folgen konnte, weil er auf keinen mehr Rücksicht nehmen musste. Gerade diese Kirchenleute konnten in ihrer herausragenden kirchlichen Stellung großen Einfluss auf Andere ausüben, was Frings auch tat. Frings war vielfach geehrt, bewundert und geachtet, ein mächtiger Kirchenmann eben. Norbert Trippen hat sich in zwei Bänden (erschienen bei Schöningh in Paderborn) mit der Persönlichkeit von Frings ausführlich auseinandergesetzt. Trippen legt dabei großen Wert auf die Zusammenarbeit von Frings mit seinem Berater Ratzinger.

Frings profilierte sich dadurch, dass er die Judenverfolgung als Unrecht bezeichnete und sich beim II. Vaticanum für die Themen Kirche, Religionsfreiheit und Mission engagierte. Frings war auch Mitglied des zehnköpfigen Präsidiums des II. Vaticanum. Seine frei in lateinisch gehaltene Rede zur Geschäftsordnung in der Eröffnungssitzung des Konzils, bei der er eine Zeit des gegenseitigen Kennenlernens einforderte, verhinderte die Umsetzung einer Tagesordnung nach den Vorstellungen

der römischen Kurie, also das bereits vorformulierte Text einfach abgenickt werden sollten. Frings setzte sich für eine Umgestaltung des Heiligen Offiziums in die Kongregation für die Glaubenslehre ein, was er bekanntermaßen auch tatsächlich erreichte.

Franz Kardinal König (*Bild 4*) ge-



Josef Kardinal Frings (1887 bis 1978) war von 1942 bis 1967 Erzbischof von Köln, während des II. Vaticanums war Josef Ratzinger sein Berater (ullstein bild)

hörte aufgrund seiner Promotionen in Philosophie und Theologie und als ehemaliger Professor für Moralthologie zu den intellektuellen Köpfen des Kirchenkonzils, weshalb als Kardinal eine geistige Führungsrolle im II. Vaticanum gut übernehmen konnte. Königs Thema war seit 1960 die Kontaktaufnahme mit den Kirchen des Ostens, also die ehemals oströmische Kirche, weshalb König während des II. Vaticanums zum bedeutendsten Wegbereiter der Ökumene vor allem mit der Orthodoxie avancierte.

Der Einfluss Königs beim II. Vaticanum war groß, weil er bereits an den Vorbereitungen der Kirchenversammlung maßgeblich mitgewirkt hatte. Außerdem galt König 1963 beim Tod von Papst Johannes XXIII. als „papabile“, und auch 1978 war er bei der Wahl von Papst Johannes Paul I. zuvor als mögliches Oberhaupt der katholischen Kirche im Gespräch gewesen. Nach dem frühen Tod von Johannes Paul I. setzte sich König im

Kardinalskollegium erfolgreich für die Wahl von Wojtyła zum Papst ein. Von 1965 bis 1981 hatte König den Vorsitz des päpstlichen Sekretariats für die Nichtglaubenden inne. Schon 1964 hatte König die Stiftung „Pro oriente“ gegründet, die sich für den ökumenischen Dialog mit den Ostkirchen engagiert und hier bis heute wichtige Arbeit leistet. Auch publizistisch blieb König sein ganzes Leben lang wirkungsmächtig. Sein Konzilsberater war der Jesuit Karl Rahner.

Konzilsberater Joseph Ratzinger

Bei den Konzilsberatern drängt sich manchmal der Verdacht auf, dass sie die eigentlichen Protagonisten des II. Vaticanums gewesen seien. Dem war natürlich nicht so. Dass diese Form der Wahrnehmung überhaupt Raum greifen konnte, hängt mit dem Umstand zusammen, dass diese Konzilsberater zu den führenden Theologen unserer Zeit gehören und publizistisch bis heute deutlich präsent sind. Und dies gilt insbesondere für Joseph Ratzinger und für Hans Küng, gerade im deutschen Sprachraum. Doch wie schon in Trippens zweiten Band zu Josef Kardinal Frings angedeutet, gewinnt natürlich die Tatsache, dass der ehemalige Konzilsberater Joseph Ratzinger heute als Papst Benedikt XVI. bereits im sieben Jahr seines Pontifikates steht, an besonderer Strahlkraft, die auch die Konzilsberater insgesamt in einem anderen Licht erscheinen lässt.

Doch letztlich war es unter den Konzilsberatern allein Joseph Ratzinger, der zusammen mit Kardinal Frings den größten Einfluss unter den Beratern auf das Konzil ausübte und der tatsächliche Ergebnisse vorweisen kann. So hat Ratzinger in wesentlichen Teilen die Rede von Kardinal Frings geschrieben, die schließlich zur Umwandlung des Heiligen Offiziums in die Kongregation für die Glaubensfragen führte. Mit Blick darauf, dass Ratzinger späterhin selbst jahrelanger Leiter der Kongregation für die Glaubensfragen wurde, wird ein roter Faden im Leben Ratzingers deutlich, der sich bis heute fortspinnt.

So zeichnet sich das II. Vaticanum dadurch aus, dass in Freiheit und eindeutiger Offenheit diskutiert wurde und so Konzilsbeschlüsse zu-

stande kamen, die nicht schon vor dem Konzil gefertigt oder formuliert waren. Dieser Geist des Konzils, Angelegenheiten der Theologie und der Kirche in freier Diskussion zu erörtern, trägt sich bis heute in das Oeuvre von Joseph Ratzinger fort. Nur vor dem Hintergrund des II. Vaticanums wird deutlich, wieso und weshalb Ratzinger die beiden Bücher „Jesus von Nazareth. Von der Taufe im Jordan bis zur Verklärung“ und „Jesus von Nazareth. Vom Einzug in Jerusalem bis zur Auferstehung“ schreibt und versucht, die Botschaft Jesu den Menschen verständlich nahe zu bringen und zugleich beide Bücher der (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit zur Diskussion stellen.

Andere, deutschsprachige Konzilsberater

Wenn wir heute über die insgesamt 546 Konzilsberater reflektieren, dann deshalb, weil sie im ergebnisoffenen Diskussionsprozess des II. Vaticanums aufgrund ihres herausragenden, theologischen Sachverständnisses wichtige Sachbeiträge leisteten. Dazu gehört auch Alois Kardinal Grillmeier (1910-1998), der von 1950 bis 1978 als Ordinarius für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen wirkte. Oder Michael Schmaus (1897-2003), ebenfalls Dogmatiker und ein Professor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zu den Doktoranten von Schmaus zählt auch Joseph Ratzinger, der dann aber gegen den Widerstand von Schmaus bei seinem Kollegen Gottlieb Söhngen habilitierte. Grillmeier war Peritus des Bischofs von Limburg, Wilhelm Kempf.

Ein weiterer wichtiger deutschsprachiger Konzilsberater war der Liturgiewissenschaftler Joseph Pascher (1893-1979), der auch als Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München (1945-1960) wirkte. Pascher war Peritus von Kardinal Döpfner und gehörte der vorbereitenden Konzilskommission für liturgische Fragen an. Auch nach dem II. Vaticanum war Pascher in verschiedenen Liturgiekommissionen tätig, weshalb sein theologisches Engagement eine nachhaltige Wirkung entfalten konnte.

Im Unterschied zu Joseph Ratzinger blieb der Einfluss des Peritus des Bischofs von Rottenburg, Hans Küng (geboren 1928) eher verhalten, wenngleich Küng die ökumenische Diskussion und die Frage der weltweiten Achtung der Menschenrechte in Sinne eines gemeinsamen Weltethos



Franz Kardinal König (1905 bis 2004) war von 1956 bis 1985 Erzbischof von Wien, sein besonderes Anliegen war die Aussöhnung mit den Kirchen des Ostens (ullstein bild - Karoly Forgacs)

– Küng gründete später die Stiftung Weltethos – stark beeinflusste. Bei vielen Kirchenleuten drängt sich bei Küng immer wieder der Verdacht auf, dass dieser hochbegabte und brillante Theologe alles besser weiß, wozu auch seine spitzen, meist zutreffenden Analysen und Veröffentlichungen entscheidend beitragen. Schon Kardinal Ottaviani und Papst Paul VI. rieten Küng zu mehr Geduld und Zurückhaltung hinsichtlich seines starken Dranges, sich der Öffentlichkeit mitzuteilen. Mit seinem Buch „Konzil und Wiedervereinigung“ von 1960 nahm Küng Einfluss auf die Ökumene, konnte aber bei Themen wie dem Zölibat, Gleichberechtigung der Frauen, dem Eucharistieverständnis und der Ehescheidung keine entscheidenden Akzente auf dem Konzil setzen. Zutreffend an seiner bestechenden Analyse „Ist die Kirche noch zu retten?“ (2011) ist, dass seit den siebziger Jah-

ren infolge von Glaubensverlust, Säkularisierung und Wertewandel die Kirche einem inneren Auszehrungsprozess unterliegt. Ob jedoch radikale Reformen einen Zulauf an Gläubigen bringen würden, bleibt fraglich. Trotz der Neuerungen des II. Vaticanums blieb der römisch-katholische Kirche in den westlichen Staaten ein breiter Zulauf versagt, wie schon Papst Paul VI. entmutigt feststellen musste. Das Charisma Papst Johannes Paul II. hatte vielleicht auch vieles überdeckt, was heute umso deutlicher und schwerer zu Tage tritt, wie etwa durch das Bekanntwerden einer Anhäufung von Missbrauchsfällen der katholischen Weltkirche.

„Gott ist Herr der Geschichte“

Immer wieder stellt sich auch heute die Frage, worin eigentlich die Botschaft der Konzilsväter und ihrer Berater besteht. Karl Rahner und Herbert Vorgrimmler machen auf die Botschaft des Konzils, die auf die Bedeutung Christi in der Geschichte der Menschen hinweist, in der Einleitung zu ihrem „Kleines Konzilskompendium“ deutlich, indem sie ausführen: „Die Kirche ist die von Jesus Christus selbst herkommende Gemeinde... Es kann keine Geschichtsperiode nach Christus kommen, in der das noch einmal umgestoßen oder überholt würde, was in Christus offenbar für den Glauben, die Hoffnung und die Liebe geworden ist, nämlich: dass Gott die Welt trotz ihrer Endlichkeit und Sünde eingefangen hat in seiner vergöttlichten und vergebenden Selbstmitteilung an diese Welt. Weil Jesus Christus in diesem Sinne nicht irgendeine der geschichtlichen Mächte und Gewalten ist, sondern der Herr der Geschichte, so unscheinbar und demütig er selbst in der Geschichte auftritt, darum ist er der, der als Heil, und zwar als geschichtlich gegenwärtig bleibendes Heil, in der Geschichte nicht mehr untergehen kann.“ Selbstkritisch führen Rahner und Vorgrimmler aus, dass die Kirche eine Gemeinschaft von Menschen ist, so wie Menschen auch Menschliches in das Konzil der Kirche hinein getragen haben. Doch diese Gemeinschaft der Menschen steigt auf in ein Höheres, welches sich begründet in der Hoffnung auf die Gnade eines barmherzigen, guten Gottes. □

Islam in Deutschland

Islamische Theologie an deutschen Hochschulen – Chance und Herausforderung zugleich für alle Beteiligten

VON SAID ALDAILAMI¹

Nachdem der Deutsche Wissenschaftsrat (WR) am 29. Januar 2010 seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen veröffentlichte, sprach er sich u.a. für die Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Studien an deutschen Universitäten aus. Danach bewarben sich viele renommierte Universitäten aus ganz Deutschland, um den Zuschlag für die vom Bund finanzierten Großprojekte zu erhalten. Inzwischen erhielten die Standorte Münster/Osnabrück, Erlangen und Tübingen eine feste Zusage, die sogenannten „Zentren für Islamische Studien bzw. Zentren für Islamische Theologie“ einzurichten. Die meisten Universitäten setzten sich das ehrgeizige Ziel, die akademische Ausbildung von Religionslehrern und Imamen in den klassischen Disziplinen der islamischen Theologie noch im Jahr 2011 aufzunehmen.

Die Entscheidung der Bundesregierung, den Empfehlungen des Deutschen Wissenschaftsrates zu folgen, stieß jedoch nicht bei allen gesellschaftlichen Gruppierungen auf Zustimmung. Vielmehr äußerten Religions- und Islamwissenschaftler sowie Verfassungsrechtler große Bedenken an der Sinnhaftigkeit der Entscheidung und nannten diese voreilig, nicht wohl durchdacht und mit dem Neutralitätsgebot des Staates nicht vereinbar. Dieser Beitrag blickt auf die Herausforderungen, die sich aus der Etablierung von konfessorischen Professuren islamischer Prägung an deutschen Universitäten ergeben und wagt eine Prognose zu deren Entwicklungsmöglichkeiten.

Ein Studium der Empfehlungen des Deutschen Wissenschaftsrates zur Etablierung von Zentren für Islamische Studien an deutschen Hochschulen offenbart den Sinn und Zweck für die Akademisierung und Professionalisierung der islamischen Bildung hierzulande. In Bezug auf christliche Theologie schreibt der Wissenschaftsrat: „Kennzeichnend für die gegenwärtige theologische Selbstreflexion des okzidentalen Christentums ist es, die überlieferten Glaubensinhalte und -symbole zunächst in ihre historischen Entstehungs- und Deutungskontexte rückzutübersetzen, um sie gegebenenfalls kritisieren und sich in einem weiteren Schritt neu aneignen zu können.“

Auf den Islam übertragen bedeutet dies den offen ausgesprochenen Wunsch, eine akademische Elite zu schaffen, die in der Lage ist, den Islam nach innen so authentisch als möglich zu repräsentieren und nach außen so modern wie nötig zu kommunizieren, damit sowohl die islamischen Gemeinden als auch die nicht-islamische Mehrheitsbevölkerung mit den handelnden Akteuren und den Ergebnissen ihrer Forschungen leben können. Die von dieser geistigen muslimischen Elite geforderte Übersetzungsleistung von überlieferten Glaubensinhalten und –symbolen, ihre Kritik und ihre Wiederaneignung gestaltet sich jedoch im islamischen Kontext äußerst schwierig. Die vom Deutschen Wissenschaftsrat geforderte Kontextualisierung des Tradierten stellt für die zukünftigen Islamprofessoren insofern eine große Herausforderung dar, als sie sich vom bisherigen repetitiven und glorifizierenden Umgang mit der islamischen Tradition emanzipieren und auf selbige durch die Optik der kritischen Wissenschaft blicken müssen. Ziel soll es sein, den islamischen Normen – und Wertekodex so zu reformulieren, dass dieser mit den hiesigen zivilgesellschaftlichen Er-

rungschaften und rechtsstaatlichen Prinzipien und Rahmenbedingungen vereinbar wird. Dass man damit von einigen muslimischen Theologen die Quadratur des Kreises erwartet, ist an dieser Stelle hervorzuheben, weil die Besetzung der neu geschaffenen Lehrstühle mit qualifiziertem Personal nahezu unmöglich ist. Der Mangel an deutsch sprechenden, bekennenden muslimischen Theologen mit akademischem Hintergrund stellt die Berufungskommissionen vor schier unlösbaren Aufgaben und zwingt sie eventuell zur Besetzung der vorhandenen Lehrstühle mit Interims-Dozenten, die nicht über die erforderliche Professionalität verfügen. Erschwert wird dieser personelle Engpass durch die vorgesehene Einbindung der Beiräte. Letztere setzen sich aus Vertretern islamischer Verbände und Organisationen sowie einzelnen Persönlichkeiten zusammen und sollen einem abgewandelten „nihil obstat-Prinzip“ folgend die von der Berufungskommission erteilte Lehrerlaubnis für künftige Lehrstuhlinhaber bei Vorliegen religiöser Einwände anfechten können.

Islamische Lehrstühle an deutschen Hochschulen als Chance begreifen

Forschung und Lehre oder anders ausgedrückt Wissensverwaltung, -entwicklung und -weitergabe bilden den Hauptauftrag von Universitäten. Die Einrichtung von Zentren für Islamische Studien bedeutet folglich die Einbettung des in europäischen Gesellschaften gelebten Islam in den akademischen Kreis deutscher Hochschulen. Damit wird der nötige Raum geschaffen, in dem sich ein im europäischen Kontext institutionalisierter Islam entfalten kann. Das Prinzip der Forschungsfreiheit an deutschen Universitäten besteht auch für die akademisierte Islamlehre unabänderlich fort, wenn auch Pessimisten ein anderes Bild zeichnen wollen. Diese Kriti-

¹ Hauptmann Dr. Said AlDailami ist seit 1998 Angehöriger der Bundeswehr. Derzeit ist er im Stab Landeskommando Bayern in München eingesetzt. Er lebt seit 1989 in Deutschland und kommt gebürtig aus dem Jemen.

ker übersehen zumeist, dass die entstehenden Zentren für Islamische Studien in eine deutsche Forschungs- und Lehrkultur hineinwachsen werden, die gerade im Bereich der Geisteswissenschaften von Interdisziplinarität geprägt ist. Ein befürchteter Sonderweg des akademisierten Islam ist daher ausgeschlossen. Vielmehr darf mit Spannung beobachtet werden, welche Richtung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten der neu geschaffene bekenntnisgebundene Wissenschaftszweig „Islamische Studien“ innerhalb des deutschen Lehr- und Forschungskosmos einschlagen wird. Vor dem Hintergrund, dass sich Theologie im akademischen Diskurs einer fundierten methodischen Kritik stellt, sogar im eigenen „Überlebensinteresse“ eine solche aus sich heraus entwickeln muss, gestaltet sich der zu erwartende reflexive Umgang mit dem islamischen Erbe – unter europäischen Vorzeichen – äußerst interessant. Darüber hinaus werden die Islamischen Studien nicht umhin kommen, den Dialog mit den anderen bereits etablierten Theologien hierzulande zu führen, um einerseits die Integration der neu geschaffenen Zentren an hiesigen Universitäten zu beschleunigen und andererseits von der modernen Wissensorganisation zu profitieren. Diesen vorgezeichneten Pfad folgend werden sie in die Lage versetzt, wissenschaftlich akkurate und damit gesellschaftlich konkurrenzfähige Forschungsergebnisse zu präsentieren. Eine Übertragung auswärtiger Erkenntnisgewinnungstraditionen scheidet aus diesen Gründen von vornherein aus.

Deutsche Hochschulen als Orte neuer islamisch-akademischer Selbstvergewisserung

Spätestens seit dem 11. Jahrhundert setzte sich in der islamischen Welt die bis heute gültige Einteilung der Wissenschaften in zwei große Kategorien durch: die rationalen Wissenschaften (al-ulum al-aqliya) und die überlieferten Wissenschaften (al-ulum an-naqliya). Unter letztere findet sich die Theologie mit ihren Wissenschaftszweigen wieder. Zu ihren Hauptdisziplinen gehören die Koranrezitation, die Koranexegese, die Prophetentradition und die Rechts- bzw. Rechtssetzungslehre. Dieses Fächerkanon wird auch an den Zentren für Islamische Studi-

en abgebildet werden müssen, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, dass die hierzulande zu betreibende Forschung und Erkenntnisgewinnung nicht dem Zwang unterliegt, die Tradition zu konservieren und sogenannte „verwerfliche Neuerungen“ (bida') apologetisch zu widerlegen oder sogar aus dem eng abgesteckten islamischen Raum zu verbannen. Vielmehr soll sie das Ziel verfolgen, theologische Grundlagenforschung zu betreiben und wissenschaftlich-kritisch auf die Ursprünge der islamischen Denk- und Wissenskulturen zu blicken und deutlich Position zu beziehen. Der Fokus liegt auf das ergebnisoffene Erkenntnisstreben und nicht auf eine funktionalisierte und in manchen Fällen ideologisierte Quasi-Wissenschaft, die sich bestenfalls darin erschöpft, Tradition und Moderne versöhnen zu wollen bzw. zwischen Anspruch und Realität zu vermitteln, ohne dabei die Mindeststandards wissenschaftlicher Betätigung zu berücksichtigen und auf die heterogenen Lebenswelten zeitgenössischer Muslime konkret einzugehen. Gleichwohl muss davor gewarnt werden, dem Kind noch vor der Geburt einen Namen zu geben. Denn Begriffe wie Euro-Islam, liberaler Islam oder aufgeklärter Islam greifen selbst einer ergebnisoffenen Forschung vor und laufen Gefahr, eine Fehlgeburt zu verursachen oder ein tot geborenes Kind künstlich am Leben zu halten. Langfristig und nachhaltig profitiert auch von dieser Variante niemand.

Genau in dem vom Wissenschaftsrat gezeichneten Weg liegt jedoch die Chance für die Islamischen Studien: ihre Integration in das deutsche Hochschulsystem stellt sicher, „dass die Gläubigen ihre faktisch gelebten Bekenntnisse im Bewusstsein artikulieren, von außen auch als historisch kontingent betrachtet zu werden“ und konfrontiert sie mit der Aufgabe, den

„Glauben unter sich wandelnden Wissensbedingungen und -horizonten immer neu auslegen zu müssen.“ Die zukünftig verantwortlichen Akademiker müssen sich dieser herausfordernden Aufgabe bewusst sein, weil sie mit ihren Forschungsergebnissen die theologischen Deutungsangebote und Orientierungsmöglichkeiten für die muslimischen Gemeinden hierzulande – zumindest mittelfristig – entscheidend beeinflussen werden. Langfristig wird sich die für das muslimische Wesen prägende Autoritätsgläubigkeit – wenn sie denn im europäischen Kontext überleben sollte – gegenüber den einstigen Gelehrten im Ursprungsland in die neue Heimat Deutschland verschieben. Eben aus diesem Grunde sollten die Berufungskommissionen bei ihrer Auswahl der zukünftigen Lehrkräfte an den Zentren für Islamische Studien größten Wert auf das Authentizitätsmerkmal des Lehrpersonals legen. Nur wenn es gelingt, den akademisierten Selbstvergewisserungsprozess mit all seinen Implikationen und Erkenntnisprodukten aus den Lehrsälen der Hochschulen in die Moschee- Vereins- und Elternhäuser muslimischer Gemeinden sukzessive hinein zu tragen und pädagogisch sinnvoll sowie zeitgemäß an den nachfolgenden Generationen zu vermitteln, haben die Islamischen Studien an deutschen Universitäten ihre ersehnten Früchte getragen. Trotz der genannten Herausforderungen für alle in diesem Prozess beteiligten Parteien ist der Verfasser fest davon überzeugt, dass die Schaffung dieser Zentren sich binnen weniger Jahre in allen Belangen auszahlen wird: für die Universitäten, für die Mehrheitsgesellschaft, für die in Deutschland lebenden Muslime und für die Weiterentwicklung der klassischen islamischen Wissenschaftsdisziplinen auf hohem akademischem Niveau. □

Förderung junger Migranten muss höchste Priorität haben

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat „höchste Priorität“ für die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien gefordert. Immer noch gebe es keine Chancengleichheit für junge Migranten bei der Bildung, kritisierte die Staatsministerin. Gute Bildung und Ausbildung seien jedoch der Schlüssel für den sozialen Aufstieg jedes Einzelnen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Böhmer appellierte an die Länder, ihrem Versprechen, junge Migranten schulisch besser zu fördern, auch Taten folgen zu lassen. (KNA)

Pontifikalamt zur Einführung

Der Apostolische Nuntius Erzbischof Jean-Claude Périsset feierte zur Einführung des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr am Freitag, den 6. Mai 2011 ein Pontifikalamt in der Berliner St. Johannes-Basilika. In Anwesenheit des Bundesministers der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière, des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz sowie anderer Vertreter von Kirche und Öf-

che entsprechend, ist klar, dass, wenn der Friede das Brot des Lebens für alle Menschen ist, der katholische Militärbischof und die ihm anvertraute Militärseelsorge verlässlicher Anwalt für die Menschen ist, damit Sicherheit und Freiheit der Völker durch Frieden gewahrt bleiben und herbeigeführt werden“, stellte der neue Militärbischof seine seelsorgerische Aufgabe dar.



Beim Empfang des neuen Militärbischofs Dr. Franz-Josef Overbeck nach dem Pontifikalamt begrüßte Generalvikar Walter Wakenhut (links am Pult) die Gäste

fentlichkeit überreichte der Nuntius dem Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck die päpstliche Bulle mit der Ernennung. Diese wurde vorher durch Erzbischof Périsset der Fei ergemeinde vorgelesen.

In seiner Predigt schlug Bischof Overbeck einen Bogen vom Brot des Lebens, welches ein Geschenk Gottes darstellt, hin zum Frieden in Gerechtigkeit. „Das Brot, das Menschen Leben gibt, ist der Friede, der innere wie der äußere, jener Friede, der das „Werk der Gerechtigkeit“ ist, einer Gerechtigkeit, die jedem das zukommen lässt, was er zum Leben braucht und dem Gemeinwohl dient“, führte der Militärbischof aus. Der Friede werde so gleichsam zum Brot, das uns leben lasse. „Dem tiefen Ernst und den Herausforderungen der Sa-

In seinem Grußwort direkt nach dem Gottesdienst, dankte der Minister dem Bischof, dass er diese Aufgabe annehme, zusätzlich zu seinen Aufgaben als Ruhrbischof. In diesen Dank schloss der Minister auch die Evangelische Militärseelsorge ein. Beide Militärseelsorgen seien nicht nur Beistand für die Soldatinnen und Soldaten in Extremsituationen, sondern seien auch ethischer Kompass, der in schwierigen Lagen die Orientierung vorgebe.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Dr. Robert Zollitsch, charakterisierte den neuen Militärbischof mit „Seelsorge und Weltverantwortung“. Die westfälische Gradlinigkeit von Bischof Overbeck, verbunden mit seiner Art, auf die Leute zuzugehen, werde schon bald

von den Angehörigen der Streitkräfte erkennbar und geschätzt werden. Als verantwortlicher Bischof für das Hilfswerk Adveniat habe er den Blick für die Weltkirche und kenne die Verantwortung der Kirche für den sozialen Zusammenhalt in den Zeiten des Umbruchs. Dies werde ihm für seine neue Aufgabe helfen, wenn er nun für die Armee im Einsatz die seelsorgerische Verantwortung trage, führte Erzbischof Zollitsch aus, bevor er mit dem Wunsch um Gottes Segen sein Grußwort beendete.

Der Evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann stellte sein Grußwort unter das Leitwort des Monats Mai: „Der Gott der Hoffnung aber erfülle euch mit aller Freude und Frieden im Glauben, dass ihr immer reicher werdet an Hoffnung durch die Kraft des Heiligen Geistes“ (Römer 15,13). Er betonte, dass die Worte „Hoffnung“ und „Friede“ für die Angehörigen der Streitkräfte von besonderer Bedeutung seien: „Unsere Soldatinnen und Soldaten sind unterwegs, um im Auftrag von Staat und Gesellschaft dem Frieden zu dienen. Dafür setzen sie viel aufs Spiel: die Unversehrtheit des Leibes und der Seele, den Zusammenhalt in Familie und Freundeskreis, ja – und, wenn es sein muss, auch ihr Leben. Sie tun das, weil sie von der Hoffnung getragen sind, dass sie damit einen Beitrag zum Frieden auf Erden leisten, von dem in der Weihnachtsgeschichte die Rede ist.“ Weiter führte Dr. Dutzmann aus, dass die seelsorgerische Arbeit gerade im Auslandseinsatz in der Regel gemeinsam geleistet werde, wobei jede Konfession ihre eigenen Akzente setze.

Beim folgenden Empfang sprach für den Priesterrat Militärpfarrer Armin Göllner und begrüßte den neuen Militärbischof. Für die organisierten Laien sprach der Vorsitzende des Katholikenrates Oberstleutnant Thomas Assmuth ein Grußwort, bevor bei einem Imbiss die Gäste sich mit Bischof Franz-Josef Overbeck unterhalten konnten. □

(Text und Foto: Bertram Bastian)

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Vollversammlung erstmals in Erfurt

VON JOACHIM LENSCH¹

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) fand vom 13. bis 14. Mai 2011 erstmals in Erfurt statt. Erfurt gehört zur christlichen Diaspora, nur jeder Fünfte der gut 200.000 Einwohner gehört noch einer der beiden Volkskirchen an. In der Lutherstadt sind 13,8 Prozent der Einwohner protestantischen und nur noch 6,6 Prozent katholischen Glaubens. Das höchste Laiengremium der katholischen Kirche sprach über derzeit relevante Themen wie mehr Mitbestimmung in der Kirche, den Dialogprozess, stärkere Einbindung von Frauen, über Ökumene aber auch über die Energiepolitik.

Präsident Alois Glück berichtete zur Lage

In seinem Bericht zur Lage wies der Präsident des ZdK, der langjährige Präsident des Bayerischen Landtages Alois Glück, darauf hin, das ZdK stünde geschlossen hinter der von der Bundesregierung kürzlich eingeleiteten Energiewende. So führte er aus, dass wir „so rasch wie sachlich und sachgerecht möglich aus der Kernenergie aussteigen müssen – das Gelingen ist wichtiger als der Streit um Nuancen der Geschwindigkeit“.

Die Chancen für eine konsequente und langfristige Energiewende seien derzeit günstiger als nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986, argumentierte Glück, der auch der Ethik-Kommission zur Zukunft der Energieversorgung angehört, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel berufen wurde. Deutschland sei gefordert, in der Energiepolitik ein positives Leitbild für die Welt anzubieten, allerdings müsse die Energiewende auch in den Nachbarländern eingeleitet werden. Das ZdK fordere darum „einen glaubwürdigen und einheitli-



chen“ Stresstest für alle Kernkraftwerke innerhalb der EU.

Angesichts der bevorstehenden Abstimmung des Deutschen Bundestages über die Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik (PID) bekräftigte der ZdK-Präsident die ablehnende Beschlusslage des ZdK zur „Tötung von Embryonen.“ Deutlich sprach sich Präsident Glück für mehr Verantwortung für Frauen in der katholischen Kirche und Fortschritte im

Verhältnis zwischen katholischer und evangelischer Kirche aus.

Dialogprozess

Mitte April 2011 ist die Arbeit in den beiden zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK vereinbarten Projekten im Dialogprozess angelaufen. In der Projektgruppe 1 „Präsenz der Kirche in Gesellschaft und Staat“ und der Projektgruppe 2 „Priester und Laien in der Kirche“ wirken jeweils drei Vertreter der Bischofskonferenz und drei Vertreter des ZdK mit.

Projektgruppe 1 – Präsident Alois Glück, Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins und Frau Eva Maria Welskopf-Deffaa aus dem ZdK und als Teilnehmer aus der Bischofskonferenz, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck aus Essen, Weihbischof Dr. Dr. Anton Losinger aus Augsburg und Dr. Matthias Meyer aus dem Sekretariat der Bischofskonferenz

Projektgruppe 2 – Hans-Georg Hunstig, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl und Dr. Claudia Lücking-Michel aus dem ZdK und als Teilnehmer

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist das höchste Laiengremium in der katholischen Kirche Deutschlands und wurde 1952 gegründet, um den Katholiken Stimme in der Gesellschaft und Politik zu sein. Es ist ein Zusammenschluss von Vertretern der Diözesan- oder Katholikenräte, sowie der katholischen Verbände und geistlichen Gemeinschaften sowie von Einzelpersonlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft (jeweils ungefähr ein Drittel, insgesamt ca. 230 Personen). Vom Katholikenrat sind Brigadegeneral Josef Blotz, Oberstleutnant Thomas Assmuth und Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, von der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen Deutschlands (für die GKS) ist Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein und als Einzelpersonlichkeit ist General a.D. Karl-Heinz Lather ins ZdK gewählt. In der katholischen Kirche unterscheidet man seit dem dritten Jahrhundert die nicht-geweihten Christen als „Laien“ von den geweihten Amtsträgern, den Klerikern. Dies sind die Bischöfe, Priester und Diakone. Der Begriff Laie leitet sich vom griechischen Laikos (dem Volk zugehörig) ab.

¹ Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch ist Pfarrgemeinderatsvorsitzender beim Militärpfarramt Bonn und wurde 2010 während der 50. Woche der Begegnung als Vertreter des Katholikenrates in das ZdK gewählt

aus der Bischofskonferenz Bischof Dr. Franz-Josef Bode aus Osnabrück, Weihbischof Wolfgang Bischof aus München und Dr. Thomas Roddey Leiter der Hauptabteilung Pastoral in der Deutschen Bischofskonferenz. Das Gespräch zwischen Laien und Bischöfen sei eine Chance. Ziel des Prozesses müsse es sein, verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Das sei aber nur möglich, wenn besonders die Erfahrungen und die Perspektive der Enttäuschten ernstgenommen würden. Die kommenden Monate würden zeigen, ob es gelinge, den durch den Missbrauchsskandal entstandenen Vertrauensverlust auszugleichen oder ob es eine „neue Welle der Frustration“ gebe, so der ZdK-Präsident. Die Kirche müsse durch eine Dialogoffensive verlorenes Vertrauen wieder zurückgewinnen. Das funktioniere nicht mit Selbstgerechtigkeit, sondern nur im Dialog mit den Gläubigen. Darum brauche die Kirche wirklich den Dialog, nicht nur Gespräche. Dialog sei eine Haltung, zu der zuhören, ernst nehmen und Bereitschaft zur Veränderung gehöre, führte Glück aus.

Für die Bischöfe sprach zur Vollversammlung der Erfurter Oberhirte Joachim Wanke, der zu der Gruppe von Bischöfen gehört, die diesen Dialog mit großer Kraft möchten. Er betonte, dass sich die katholische Kirche auf die veränderten Lebensbedingungen einstellen und ebenfalls ändern müsse. Wie weit der Weg der katholischen Kirche in diesem zukunftssichernden Prozess noch ist, zeigte am gleichen Tag der Regensburger Bischof Dr. Gerhard Ludwig Müller: Er verbat Prof. Dr. Hans Maier, dem bald 80-jährigen ehemaligen bayerischen Kultusminister und Präsidenten des ZdK, seine Memoiren in einem Raum des Bistums vorzustellen, weil Maier den Schwangerenkonfliktberatungsverein „Donum Vitae“ unterstütze.

Die Deutsche Bischofskonferenz veranstaltet im Rahmen des Dialogprozesses vom 8. bis 9. Juli 2011 in Mannheim ein „Gesprächsforum“ mit dem Titel „Im Heute glauben“. Insgesamt sollen etwa 300 Gläubige aus den Diözesen, Verbänden, Orden und Geistlichen Gemeinschaft teilnehmen. Die Katholische Militärseelsorge nimmt mit 5 Vertretern an dieser Veranstaltung teil.

Als Bilanz kann festgehalten werden – erstens: Wie gut, dass es den Dialog endlich gibt; zweitens: Wie schade, dass er nach den Worten von ZdK-Präsident Glück so zäh verläuft; und drittens: Er ist ohne Alternative

Konferenz der Frauen im ZdK „Frauen bewegen Kirche“

Das ZdK macht sich das Anliegen eines „partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Mann und Frau in der Kirche“ zu Eigen und unterstützt den Ruf nach einer stärkeren Rolle von Frauen in der katholischen Kirche. Es sei für unsere Kirche ganz wichtig, dass man den Erfahrungen und dem Engagement von Frauen mehr Raum gibt, so der ZdK Präsident Glück. Beim Ökumenischen Kirchentag 2010 in München hatte Alois Glück gesagt: „Wir leiden mit der Kirche und an der Kirche. Aber es ist weiter unsere Kirche und wir wollen uns weiter in ihr engagieren.“ Das gelte gerade und besonders für die Frauen, sagte der Präsident in seinem diesjährigen Bericht.

Es geht um die stärkere Berücksichtigung von Frauen in der Gemeindeleitung, um Positionen für Frauen in Bistumsleitungen, diese Tätigkeiten sind immer noch vielen Priestern vorbehalten und um die Forderung Frauen zur Diakonenweihe zuzulassen. Das verabschiedete Papier wird in die Diözesen und Verbände hineingetragen. Bestandteil des Diskussionsprozesses soll eine weitere Konferenz der Frauen im ZdK sein. Auch soll der 30. Jahrestag des Wortes der deutschen Bischöfe „Zu Fragen der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft“ genutzt werden. Dieser Meinungsungsprozess wird dann auf der Vollversammlung im Herbst dieses Jahres beschlossen.

HIV/AIDS

Das ZdK will sich dafür einsetzen, die Bekämpfung von HIV/Aids,

insbesondere in Afrika, wieder stärker in den Fokus der politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Dazu wurde ein Aktionsplan verabschiedet.

Der Aktionsplan mit dem Titel „Kirche bei den Menschen: Verantwortung von Christinnen und Christen angesichts HIV/Aids – Eine Verpflichtung zum Handeln“ ist auf der Homepage www.zdk.de dokumentiert und abrufbar.

„Um der Menschen willen! – Plädoyer für eine lebensnahe Ökumene“

Das ZdK hat sich für eine lebensnahe Ökumene ausgesprochen. In der verabschiedeten Erklärung mit dem Titel „Um der Menschen willen! – Plädoyer für eine lebensnahe Ökumene“, wurde hervorgehoben, dass eine Ökumene der Zukunft stärker auf die Sorgen und Probleme der Menschen eingehen müsse.

So wurden unter anderem konkrete Lösungen für den gemeinsamen Kommunionempfang für konfessionsverbindende Ehepaare, die gegenseitige Anerkennung des Patenamtes bei Taufe und Firmung, ein Predigergastrecht, verstärkte Zusammenarbeit in der Diakonie und verstärktes Engagement für gemeinsame Gebete und Gottesdienstformen eingefordert. Der Pfingstmontag soll als Tag der Einheit der Kirche begangen werden.

Auch der bevorstehende Papst-Besuch wurde angesprochen. Präsident Glück sieht in dem Besuch des Pontifex ein wichtiges Zeichen für die Ökumene. Immerhin habe der Papst „jenseits aller diplomatischen Wege“ einen Kontakt zur Spitze der evangelischen Kirche hergestellt, es sei ein Treffen im Erfurter Augustinerkloster geplant.

Die nächste Vollversammlung des ZdK findet am 18./19. November 2011 als Herbstvollversammlung traditionell in Bonn-Bad Godesberg statt. □



Redaktionsschluss für **AUFTRAG 283**

Freitag, 15. Juli 2011

13. Seminar der GKS-Akademie

Oberst Helmut Korn



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus in Fulda vom 7. bis 11. November 2011 (Montag bis Freitag) das 13. Mal ihr Seminar GKS-Seminar „Oberst Helmut Korn“ durch. Innerhalb dieses Seminars werden wir am Dienstag, dem 8. November 2011, in einem eigenen Festakt 50 Jahre Königsteiner Offizierkreis (KOK) und als direkte Nachfolgeorganisation die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) feierlich in Fulda begehen. Hierzu werden gesonderte Einladungen angefertigt und verschickt.

Alle Teilnehmer der Akademie nehmen an dem Festakt als Gäste teil. Das diesjährige Thema unserer Akademie lautet:

*„GESELLSCHAFTLICHER WANDEL, VERTRAUENSKRISE IM ÖFFENTLICHEN WIE IM PRIVATEN RAUM
UND GLAUBENSKRISE ALS HERAUSFORDERUNGEN FÜR EINEN KATHOLISCHEN VERBAND
UNTER SOLDATEN IN VERGANGENHEIT, ZUKUNFT UND GEGENWART.“*

Kirche und Gesellschaft und besonders unsere Bundeswehr innerhalb der Gesellschaft stehen gleichermaßen an einem Wendepunkt.

Zu den drei ganz unterschiedlichen und doch unmittelbar in Verbindung miteinander stehenden Themenfeldern wie gesellschaftlicher Wandel, Vertrauenskrise im öffentlichen wie privaten Raum und Glaubenskrise werden wir jeweils kompetente Vorträge hören mit der Möglichkeit der anschließenden Diskussion im Plenum. Auf ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmer der letzten Akademien werden wir darüber hinaus die Möglichkeit haben, in kleineren Arbeitsgruppen – jeweils moderiert durch Mitglieder der GKS aus dem Bundesvorstand – uns die anstehende Thematik weiter und tiefer zu erschließen. Hier können sich alle Teilnehmer mit ihren ganz unterschiedlichen Erfahrungen und ihrem Hintergrundwissen sehr fruchtbringend einbringen.

In einem sehr engen inhaltlichen Zusammenhang mit der Thematik unserer diesjährigen Akademie steht das Leitwort des 98. Deutschen Katholikentages vom 16. bis 20. Mai 2012 in Mannheim: „Einen neuen Aufbruch wagen“. Auch hier geht es konkret um Veränderungen in Kirche und Gesellschaft, für die wir gerade auch als Staatsbürger in Uniform mit verantwortlich sind, sodass diese Akademie eine gute inhaltliche Vorbereitung aus dem Bereich der GKS-Arbeit für diesen Katholikentag, an dem wir uns aktiv beteiligen wollen, sein kann.

Bei den Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Themenfeldern innerhalb dieser Woche ist es das Ziel der Veranstalter (GKS), ganz konkrete Hilfestellungen für die Bewältigung der Alltagsproble-

me im täglichen Dienst und im privaten Bereich von Ehe, Familie und Freundeskreis zu geben.

Vielleicht kann das Koordinatensystem eines jeden einzelnen Teilnehmers in dieser Woche neu bestimmt werden, indem die Erkenntnis zur Umkehr bzw. zur Veränderung der eigenen Lebensverhältnisse wächst.

Autofahrten mit Navigationssystemen können bisweilen sehr anstrengend sein, besonders wenn die Computerstimme – männlich oder weiblich – hartnäckig die Worte „Bitte wenden“ wiederholt, wenn die Fahrerin/der Fahrer einen anderen Weg eingeschlagen hat, als die Stimme wollte. Schließlich stellt sie, wenn man lange genug in die andere Richtung gefahren ist, auf „Route wird neu berechnet“ um.

Doch wenn wir im religiösen und ethischen Kontext von Umkehr bzw. Veränderung sprechen, geht es nicht einfach um eine Kehrtwendung wie beim Autofahren; vielmehr geht es um eine grundlegende Haltungsänderung: weg vom eigenen egoistisch begründeten Weg, den ich verfolge, hin zu einem verantwortlichen sittlich guten Handeln in Gemeinschaft mit anderen Menschen.

Es wird an jedem einzelnen der Teilnehmer liegen, wie weit er sich ganz persönlich in dieser Woche loslassen kann, um sich auf die jeweilige Thematik und die anderen Teilnehmer einzulassen und so einen Gewinn für sich und sein Leben zu verzeichnen.

Wir hoffen, dieser Flyer in seiner Gesamtheit macht Sie neugierig auf diese Woche und ihre Möglichkeiten, sich mit dieser Thematik außerhalb des Dienstes in einem schönen Ambiente und einer guten Atmosphäre auseinanderzusetzen.

Wolfgang Korte
Generalleutnant
Schirmherr der Akademie

Karl-Jürgen Klein
Oberst a. D.
Leiter der Akademie
Ehrenbundesvorsitzender

Gunter Geiger
Direktor Bonifatiushaus
Wissensch. Begleiter
der Akademie

Programm:

Montag, 7. November 2011

- Anreise
- 14.00 Kaffee
- 15:00 Begrüßung, Einführung in das Seminar, Zielsetzung des 13. Seminars, Organisation und Vorstellung des Bonifatiushauses
Dipl. Volkswirt Gunter Geiger, Direktor des Bonifatiushauses,
Oberst a. D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, Leiter der Akademie „Oberst Helmut Korn“
- 16:00 *„Welchen Herausforderungen hat sich ein katholischer Verband (GKS) inner halb der Bundeswehr im Hinblick auf die veränderte Situation in den Streit kräften – von einer Präsenzarmee über eine Ausbildungsarmee bis hin zu einer Einsatzarmee – zu stellen?“.*
Vortrag mit anschließender Diskussion im Plenum
Oberstleutnant Dipl.-Ing. Rüdiger Attermeyer, Bundesvorsitzender der GKS, Rheinbach
- 18:00 Abendessen
- 19:00 Offener Akademieabend im Bonifatius haus mit ausgewählten Gästen und Seminarteilnehmern:
Thema: *„Das Ende des Vertrauens? Soziologische Annäherung an Gesellschaft und Kirche.“*
Prof. Dr. Hans Hobelsberger, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Paderborn
Vortrag mit anschließender Diskussion im Plenum
- 20.45 Gedankenaustausch und Kennenlern-Runde in der „Scheune“, Kaminzimmer des Bonifatiushauses

Dienstag, 8. November 2011

- 8:00 Frühstück
- 9:00 Morgenmeditation in der Kapelle des Bonifatiushauses
Militärdekan Monsignore Johann Meyer, Katholisches Militärbischofsamt (KMBA), Berlin
- 9:30 *„Jeder ein Sonderfall? – Wie Menschen heute glauben.“*
PD Dr. theol.habil. Patrik C. Höring, Erzbis tum Köln Generalvikariat Hauptabtei lung Seelsorge, Abteilung Jugendseelsorge
Vortrag und Diskussion im Plenum





- 11: 15 Kaffeepause
- 11:30 Arbeitsgruppen (Kleingruppen) zu den beiden Themenkomplexen,
Prof. Hobelsberger und Dr. Höring
Moderatoren: Teilnehmer des Bundesvorstandes der GKS an der Akademie
- 12:45 Mittagessen
- 14:00 Festakt 50 Jahre Königsteiner Offizierskreis (KOK)/Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) mit Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck,
Diözesanbischof Essen
(siehe hierzu eigenes Programm mit persönlicher Einladung)

Mittwoch, 9. November 2011

- 7:30 Eucharistiefeier in der Kapelle des Bonifatiushauses
Zelebrant: Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck
- 8:30 Frühstück
- 9:30 Gespräch mit dem Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Dr. Franz-Josef Overbeck und den Teilnehmern der Akademie
- 10:00 Kaffeepause
- 10:30 „Die Bedeutung der GKS-Akademie, Oberst Helmut Korn‘ aus dem Blickwinkel von sechs Jahren Schirmherrschaft über diese Akademie“
Vortrag mit anschließender Diskussion im Plenum
Generalleutnant Wolfgang Korte
- 12:30 Mittagessen
- 14:30 Kaffeepause
- 15:00 „Achillesfersen der Demokratie: Von Verantwortung, Glaubwürdigkeit und Vertrauen in der Politik „
Professor Dr. Klaus Stüwe
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
- 16:30 Arbeitsgruppen (Kleingruppen) zu den Themen Gesellschaftlicher und politischer Wandel
Moderatoren: Teilnehmer des Bundesvorstandes der GKS an der Akademie
- 18:30 Abendessen
- 20:00 Möglichkeiten des Gesprächs untereinander und Gedankenaustausch in der „Scheune“ Kaminzimmer des Bonifatiushauses

Donnerstag, 10. November 2011

- 7:30 Eucharistiefeier in der Kapelle
Zelebrant: Militärgeneralvikar
Apostolischer Protonotar Walter
Wakenhut, Katholisches Militärbischofs-
samt, Berlin
- 8:30 Frühstück
- 9:30 *„Aufgaben und Herausforderungen für
die Katholische Militärseelsorge unter
veränderten Rahmenbedingungen
(Aussetzung der Wehrpflicht, konsequente
Wandlung zur Einsatzarmee)“*
Vortrag mit anschließender Diskussion
im Plenum
Generalvikar, Apostolischer Protonotar
Walter Wakenhut, Katholisches Militär-
bischofsamt, Berlin
- 10:45 Kaffeepause
- 11:00 *„Bundeswehr in Zeiten des Wandels.
Herausforderungen an die Gestaltung
der Inneren Führung.“*
Vortrag mit anschließender Diskussion
im Plenum
Brigadegeneral Reinhard Kloss, Stabs-
abteilungsleiter 1 im Führungsstab der
Streitkräfte Bonn
- 12:30 Mittagessen
- 14:00 Exkursion zum „Point Alpha“ an der
ehemaligen innerdeutschen Grenze
(Großraum Fulda)
Führung durch das dort eingerichtete
Museum mit anschließendem Vortrag

*„Die Gedenkstätte Point Alpha ist in
ihrem Gesamtkomplex ein unvergleich-
liches Zeitzeugnis und ein einzigartiger
Lernort der Geschichte. Hier standen sich
die Vorposten von NATO und Warschauer
Pakt vier Jahrzehnte lang Auge in Auge
gegenüber. Point Alpha präsentiert am
authentischen Ort die Konfrontation der
beiden Machtblöcke, den Aufbau der
Grenzanlagen mit ihren Sicherungs-
elementen, militärische Abläufe sowie das
Leben an und mit der Grenze aus der Sicht
der Bevölkerung. ... die original erhalten-
en Grenzanlagen und Rekonstruktionen
der Grenze in früheren Jahrzehnten sowie
das Gelände des ehemaligen US-Camps
Point Alpha machen Geschichte sichtbar,
erlebbar und begreifbar. Das Mahnmal
und Kunstwerk „Weg der Hoffnung“ regt
zum Nachdenken und Diskutieren an.“*
(Quelle: www.pointalpha.com)

Der Observation Point Alpha war bis 1989
einer der markantesten Beobachtungsstütz-
punkte der US-Streitkräfte in Europa und
galt im Kalten Krieg als einer der heißesten
Konfrontationspunkte. Durch die herausra-
gende Stellung Point Alphas als ein Ort, an
dem die Konfrontation zweier Machtsyste-
me und damit die Teilung der Welt sichtbar
wird, ist es möglich das Thema Kalter Krieg
authentisch und umfassend in seiner ganzen
regionalen und globalen Dimension darzu-
stellen und erlebbar zu machen.

- 19:00 Abendessen in einem typischen
Gasthaus in der Rhön

Freitag, 11. November 2011

- 7:45 Frühstück
- 8:45 Eucharistiefeier zum Abschluss des
Seminars mit Reisesegen
Zelebrant: Militärdekan Johann Meyer,
Berlin
- 10:00 Auswertung der Woche, Impulse für das
14. Seminar im Jahr 2013
- 11:00 Schlusswort und Verabschiedung,
anschließend Abreise



GKS-Kreis Hammelburg

Faschings-Gottesdienst in Hammelburg, Christkönig-Kirche

„Ja freuet euch im Herrn“ war das Motto eines nicht ganz gewöhnlichen Wort-Gottesdienstes mit Kommunionfeier, den Diakon Norbert Betz in Vertretung für Militärpfarrer Stephan Frank am Faschings-Sonntag in der Christkönig-Kirche im Lager Hammelburg mit der dortigen Militärkirchengemeinde feierte. Zunächst dienten im Gottesdienst keine gewöhnlichen Ministranten, sondern die 6 Männer des „Christkönig Starballett BEGNADETE KÖRPER“; ehemalige Berufssoldaten im Alter zwischen 60 und 71 Jahren, die beim Pfarrfasching als Männerballett auftreten. Eine besondere Attraktion war Oberleutnant



Mathieu Tewinde Nana aus Burkina Faso: Er ist derzeit an der Infanterieschule Teilnehmer eines militärischen Lehrgangs; bekleidet in seiner Landestracht sang er das Kyrie und das „Vater unser“ in seiner Heimatsprache Mooré; dabei begleitete er sich selbst auf einer original Djembé-Trommel. In seiner Predigt ging Diakon Betz darauf ein, dass jeder Tag, an dem man nicht wenigstens einmal von Herzen gelacht habe, ein verlorener Tag sei. „Freude und



Humor seien Grundwesen des Menschen und gerade des Christen, sein Leben sinnvoll zu gestalten.“ Und er schloss aus der Tatsache, dass Gott in finsterster Nacht erschien, unsere Nacht nicht traurig sein kann: „Das Lachen ist die letzte Waffe der Hoffnung“. Daher ist Humor im Leben des Christen „lebens-notwendig“. Der Denker und Philosoph

Emmanuel Kant drückte dies so aus: „Der Himmel hat dem Menschen als Gegengewicht zu den vielen Mühseligkeiten des Lebens drei Dinge gegeben: die Hoffnung, den Schlaf und das Lachen.“ Und in der „Anwendung“ dieser Grundsätze wandte sich Diakon Betz dann an die, die immer da sind und stets schweigen: die Kirchenbänke.

Im Segensgebet schloss der Diakon mit den Worten: „Zum Segen mögen dir reichen all die Wunder deines Schöpfers, die er zur Freude all deiner Sinne erfunden und dir geschenkt hat“. Zum Schluss des Gottesdienstes wurden die Luftballon-Trauben, die als Schmuck um den Altar gelegt waren, an die Kinder verteilt. Nach diesem erfrischend-belebenden Gottesdienst gingen die Teilnehmer – wie immer – eine Türe weiter und man traf sich im Pfarrsaal zum traditionellen Frühschoppen. „Auch eine Wort-Gottes-Feier“ kann so erfüllend sein“, sagte eine Teilnehmerin, „dieser Gottesdienst war eine echte Bereicherung für unser christliches Leben“.

(Text: F.Herrler, Fotos: W.Damerow)

GKS Bereich West

Geistliches Leben zulassen

„Wie kann man geistliches Leben in der Gemeindearbeit der Militärseelsorge zulassen?“ Mit dieser Frage beschäftigten sich die Delegierten der Dekanatsarbeitskonferenz (DAK) des Militärdekanates Mainz im Rahmen ihrer ersten Zusammenkunft im Jahr 2011 im „Seehotel Maria Laach“. Frau Pastoralreferentin Kordula Wilhelm-Boos aus dem Bistum Trier, zeigte hierzu mit ihrem Fachreferat Wege und Möglichkeiten auf, geistliches Leben in die Arbeit der Pfarrgemeinderäte und Mitarbeiterkreise einfließen zu lassen. „Wir wollen die Gremienarbeit nicht reformieren, sondern uns wieder klarer machen, warum wir uns als Laien in der Kirche engagieren“, so die Referentin zu den Beweggründen des Bistums Trier, sich intensiver mit der Thematik zu beschäftigen. „Wir brauchen auch in der Laienorganisation die Bereitschaft manche Dinge anders zu machen, um uns auf das Wesentliche, nämlich unseren Glauben zu konzentrieren und die daraus resultierenden Auswirkungen auf unser tägliches Leben. Dann werden wir wieder mehr Leute davon begeistern können, sich am kirchlichen Leben zu beteiligen“, so die Referentin zum Abschluss ihres Vortrages.

Neben der thematischen Arbeit, sah die Tagesordnung aber noch weitere Punkte vor, die durch die Delegierten im Rahmen der zweitägigen Konferenz zu bearbeiten waren. Insbesondere der Bericht des Leitenden Militärdekans Monsignore Rainer Schnettker wurde von den Delegierten mit Spannung erwartet, ist doch das Militärdekanat im Jahr 2011 für die Besetzung der Stellen für Militärpfarrer und Pastoralreferenten in den Auslandseinsätzen verantwortlich. „Wir sind auf einem guten Weg, die Besetzung so vornehmen zu können, dass die Auswirkungen auf den Grundbetrieb in der Heimat gerade noch akzeptabel sind.“ erläuterte Militärdekan Schnettker. Ob dies

in Zukunft allerdings noch funktionieren wird, sei derzeit unklar. „Bei der anstehenden Reform der Streitkräfte müssen die berechtigten Anliegen unserer Soldaten auch zukünftig noch Berücksichtigung finden.“ Mit diesem Hinweis leitete Schnettker auf die Diskussion des Entwurfs eines Thesenpapiers über, dass durch eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene erstellt wurde. Um dem Ziel, die aktuellen Bedürfnisse der Soldaten zu erfassen und daraus die zukünftigen Handlungsfelder der Militärseelsorge abzuleiten, möglichst nahe zu kommen, waren hier die Delegierten aufgefordert, die entsprechende Zuarbeit aus den Pfarrgemeinderäten einzubringen. Die Berichte aus dem Vorstand des Katholikenrates, des Zentralkomitees deutscher Katholiken, beide durch Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch vorgetragen, und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Bereich West, vorgestellt durch Oberstleutnant Albert Hecht, rundeten das Bild der Laienarbeit in der Militärseelsorge ab.

Die Wahl der Delegierten zu der im September 2011 stattfindenden Vollversammlung des Katholikenrates beim katholischen Militärbischof und eine Besichtigung der Abtei Maria Laach bildeten den Abschluss der Konferenz. „Eine gelungene Veranstaltung, bei der wichtige Themen diskutiert wurden, die zeigen, dass Militärseelsorge immer noch hochaktuell ist“ fasste der Moderator der Arbeitskonferenz, Herr Oberstleutnant Ralf Richard die beiden Tage abschließend zusammen.

(Text: A. Quirin)

GKS Bereich Nord

Frühjahrestreffen

Vom 18. bis 20 März 2011 fand im Christian Jensen Kolleg in Breklum das traditionelle Frühjahrestreffen statt. Begleitet wurden das Wochenende von Militärpfarrer Dr. Dr. Michael Gmelch. Nach Studium und Promotion war er bis 2007 der Pfarrer für die Katholische Deutschsprachige Auslandsgemeinde in Neu Delhi. Seit 2009 ist Pfarrer Gmelch nun Katholischer Militärpfarrer am Standort Flensburg. In dieser Funktion hat er den Geistigen Beistand für unser Familienwochenende übernommen und den Teilnehmern darüber hinaus einen eindrucksvollen Einblick über seine Arbeit für die Auslandsgemeinde in Indien gegeben. Dabei beleuchtete Dr. Dr. Gmelch in einem kurzweiligen



Vortrag viele Facetten der landestypischen Bräuche, der Kultur und des alltäglichen Lebens. Aus dem besonderen Blickwinkel der Katholischen Auslandsgemeinde heraus, ergaben sich für die Teilnehmer vollkommen neue Aspekte aber auch verblüffende Parallelen zu eigenen Erfahrungen aus dem Leben christlicher Soldaten und deren Familien. Abgerundet wurde das Frühjahrestreffen mit einer Heiligen Messe und dem Reisesegen.

(Text: Stefan Schreiner, Foto: Raymond Ihle)

GKS Bereich West

Wo Himmel und Erde sich berühren!

Im Haus Marina auf der Nordseeinsel Borkum wurde vom 17. bis 22. April eine Familienwerkwoche unter dem Leitgedanken: „Wo Himmel und Erde sich berühren!“ durchgeführt unter der Leitung von Albert Hecht und Mitwirkung von Hubert Berners. Der Nachfrage war so groß, dass leider nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten. 16 Familien aus dem Bereich West erhielten den Zuschlag. (Bild 1)



Das Haus Marina gehört zu den Gästehäusern Victoria des CVJM. Vom Speisesaal aus kann man das Meer und die Seehundsbänke im Laufe der Gezeiten beobachten. Ein vielfältiges Programm erwartete die Teilnehmer: die verschiedenen Themenbereiche Bildung, GKS / GKS e.V. / FGKS und Militärseelsorge wurden ausführlich behandelt. Darüber hinaus gab es gemeinsame Unternehmungen wie Wanderung, Besichtigungen und Spiele. Um als Gruppe in Erscheinung zu treten, trugen die Teilnehmer leuchtend grüne T-Shirts mit schwarzem GKS-Aufdruck. So ein Auftritt fällt auf. Manch ein Urlauber blieb stehen und hat anschließend im Internet gegoogelt. Der Besuch der Internetseite stieg sprunghaft an.

Im Rahmen der Bildung erarbeiteten Ulrich Müller und Jörg Barandat mit uns das Thema dieser Woche „Wo Himmel und Erde sich berühren!“. Da das Thema sehr global und vielschichtig ist, wurde der Aspekt „Ressource Wasser“ in den Vordergrund gestellt. Als Einstieg referierte Dr. Müller über diesen wertvollen Grundstoff (Bild 2). Ohne Wasser kann der Mensch nicht leben.



Bild 2

Eine weitere Arbeitseinheit leitete Dipl. Pädagoge Barandrat, Koordinator im Netzwerk watercourse.de in Hamburg (**Bild 3**). In den Jahren 1996/97 war er Mitglied der deutschen Delegation bei den Verhandlungen über das Flussgebiets-Übereinkommen der Vereinten Nationen in New York. Wasser ist nicht nur ein unverzichtbares Grundnahrungsmittel, sondern auch ein sehr knappes Produktionsmittel. Wasser ist nur endlich verfügbar, es lässt sich nicht vermehren. Das „blaue Gold“ bildet eine Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung. Von ihm hängt viel ab: Armut oder Reichtum, Macht oder Ohnmacht. Die Verteilung des Wassers kann Streit und Gewalt hervorrufen, sie zwingt aber auch die verschiedenen Parteien zur Zusammenarbeit. Es hat damit nicht nur eine soziale und wirtschaftliche, sondern ebenso eine sicherheitspolitische Dimension. Wasser „kennt keine Grenzen“. In einem Planspiel (**Bild 4**) versuchten die Teilnehmer am Beispiel eines grenzüberschreitenden Flussgebietes die

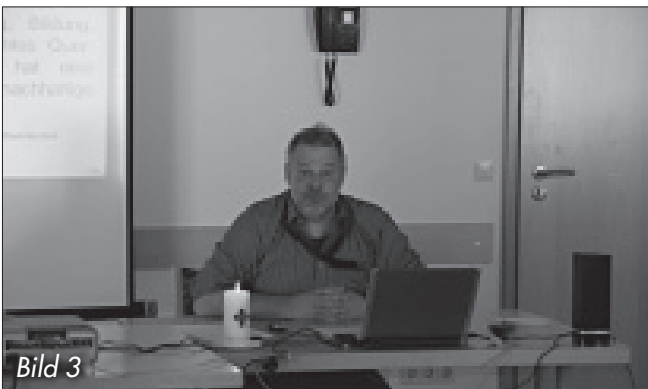


Bild 3

Vielschichtigkeit der Ressource Wasser zu erarbeiten. 6 verschiedenen Parteien, 3 Länder mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten, die UNO, NGOs und Investoren, wollen ihre Interessen in den Verhandlungen durchsetzen. Die Verhandlungen wurden wie im realen Dasein von Medien begleitet und kommentiert. Fazit: Problemlösungen bedürfen regionaler und internationaler Zusammenarbeit. Die Bereitschaft dazu ist allerdings wenig ausgeprägt. Bevorzugt wurden „freie Spiele der politischen Kräfte“ gegenüber rechtlichen und vertraglichen Regelungen. Die globale Wasserkrise spitzte sich in Widersprüchen zu zwischen den Grundprinzipien: Souveränität und Integrität und die sich daraus ergebenden politischen Folgen. Es wurden unterschiedliche „mögliche Zukünfte“

entwickelt und die Frage nach Handlungsalternativen zum Einstieg in eine „andere“ Politik gestellt.

An einem solchen Thema können die Eltern natürlich nur ungestört arbeiten, wenn die Kinder gut betreut werden (**Bild 5**). Unter fachkundiger Anleitung bastelten die Kinder u. a. Schmuckdosen und Sparschweine. Bei ungewöhnlich gutem Wetter für diese Jahreszeit konnten die Kinder am Strand sich nach Herzenslust austoben. Da störten auch unvorhergesehene Wellen nicht. Mit trockener Kleidung ging es sofort weiter. Die größeren Kinder spielten mit Begeisterung in den Dünen verstecken, Gameboy und Fernsehen waren out.

Besichtigungen und Erkundung der Umgebung sind bei einer Werkwoche wesentlicher Bestandteil des Programms. Dies geschieht selbstverständlich gemeinsam mit



Bild 4

der Familie und der ganzen Gruppe. Borkum bietet viele Möglichkeiten: Wanderungen, Touren mit dem Fahrrad und Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten der Insel.

Leuchttürme sind in der Schifffahrt wichtige Seezeichen. So neu, wie er genannt wird, ist er gar nicht: Der Neue Leuchtturm weist seit nun auch schon seit über 130 Jahren der Schifffahrt während der Nachtstunden in der Emsmündung den Weg. Erbaut wurde er im Jahre 1879 innerhalb von wenigen Monaten, nachdem der Alte Leuchtturm ausgebrannt war. Den Neuen Leuchtturm mit seinen 310 Stufen zu besteigen ist eine besondere Herausforderung. Die Mühe wird mit einem hervorragenden Ausblick belohnt. Das Panorama reicht bis zu den Nachbarinseln, über das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer bis zum Festland, bis zu den Niederlanden und auf die offene Nordsee.

Das Heimatmuseum „Dykhus“ (Deichhaus) liegt nur wenige Meter vom Alten Leuchtturm entfernt auf einer Warft am Fuße des nachweislich ersten Deiches, der auf



Bild 5



Bild 6

Borkum errichtet wurde. Zwei hoch aufgerichtete Walkinnen laden weisen den Weg ins Museum, wo in verschiedenen Abteilungen und Zimmern Borkumer Inselgeschichte erlebbar wird (**Bild 6**). In der vor einigen Jahren errichteten Wal-Halle können die Besucher das 15 Meter lange Skelett eines 35 Tonnen schweren Pottwals besichtigen, der in den 90er Jahren auf Borkum gestrandet ist. Man schaut direkt in das Skelett des gigantischen Meeressäugers (**Bild 7**). In der Ackermann-Halle erlebt man die wechselvolle Geschichte Borkums. Gezeigt werden unter anderem das restaurierte Ruder-Rettungsboot „Otto Haas“ und ver-



Bild 7

schiedene Schiffsausrüstungsgegenstände. In liebevoller Kleinarbeit hat der Heimatverein eine schöne Auswahl interessanter Exponate so aufbereitet, dass die Lebenswelt der alten Insulaner greifbar wird.

Mit dem Morgenlob fand eine beschauliche Einstimmung in den Tag statt. Die Besinnung fand mit allen Gästen des Hauses statt und wurde jeweils von den unterschiedlichen Gruppen gestaltet. Das Bingo-Spiel war ein unterhaltsamer und schon traditioneller Programmpunkt der Werkwoche. Viele große Preise gab es zu gewinnen. Spannend wurde es, wenn bei mehreren Mitspielern nur noch eine Zahl offen blieb und der Hauptpreis zum Greifen nah schien.

Aus verschiedenen Gründen war es nicht möglich, einen Militärgeistlichen auf die Insel zu bekommen. So musste die Familienmesse leider entfallen. Dank einiger Teilnehmer konnte ein Wortgottesdienst gefeiert werden.

Diese Familienwerkwoche der GKS – West war wieder ein voller Erfolg, dank der guten Leitung, der erstklassigen Kinderbetreuung, den kompetenten Referenten und nicht zuletzt wegen des hervorragenden Wetters. Auf Grund der starken Nachfrage wird in diesem Jahr noch eine Familienwerkwoche angeboten, und zwar vom 24. bis 29. Oktober 2011 im Allgäuhaus in Wertach.

(Text und Fotos: Magdalene Berners)

GKS Bereich Süd

Dekanatsarbeitskonferenz in Ellwangen

Am letzten Aprilwochenende hatte der Katholische Leitende Militärdekan Msgr. Reinhold Bartmann zur Dekanatsarbeitskonferenz I/2001 nach Ellwangen eingeladen. Ein wundervoller Anblick bot sich den Teilnehmern, schon von weitem war die barocke Wallfahrtskirche „Zu Unserer Lieben Frau“ zusehen.

Neben den Delegierten der Pfarrgemeinderäten (PGR) und denen aus der GKS, reiste auch die Direktorin des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften (zebis), Dr. Veronika Bock, nach Ellwangen. Sie stellte die Zielsetzung der Arbeit des Institutes vor. So konnten die Teilnehmer aus Bayern und Baden-Württemberg einen Eindruck von der Zielsetzung des zebis gewinnen. Neben der Schwerpunktaufgabe, Militärseelsorger für ihren LKU didaktisch zu unterstützen, möchte die Direktorin auch den Dialog über ethische Themen mit den Angehörigen der Streitkräfte suchen. Ein spannendes Aufgabenfeld, bei dem sich immer wieder neue Fragen auftun. Daher wurde die darauf folgende Diskussion auch leidenschaftlich geführt. Auch Fragen der Teilnehmer, die sich erst nach einiger Zeit des Nachdenkens ergaben, blieben offen. Veronika Bock nahm nach Ihrem Vortrag und der Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse viele Anregungen aus dem Plenum auf. „Ich bin beeindruckt von den guten Ideen dieser Menschen.“

Neben der Vorstellung des zebis kam auch der wichtige Austausch untereinander nicht zu kurz. Herausforderungen der künftigen Bundeswehrstruktur wurden erörtert und Problemlösungsstrategien für einzelne Standorte ausgetauscht. Jeder kam zu Wort und konnte seine Anliegen direkt dem Leitenden Militärdekan Msgr. Bartmann und seinem Vertreter Militärdekan Hutter vortragen. Wichtig war es den Delegierten auch immer wieder im Gebet inne zu halten, Gott für seine Schöpfung zu danken und seine Auferstehung zu preisen. Neben den sehr besinnlich gestalteten Andachten durch Pastoralreferentin Angela Reusch, wurde am Sonntag ein festlicher Gottesdienst mit drei Zelebranten gefeiert. „Wer glaubt ist nie allein“, verkündete Militärdekan Bartmann zum Ende noch mal den Leitspruch des Papstbesuches in Deutschland im Jahr 2006. Er ermutigte damit die skeptischen Delegierten und gab allen einen Grund, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Ein Teilnehmer brachte das Wochenende auf den Punkt und meinte: „sehr schön, eine gute Gemeinschaft, interessante Gespräche“.

(Text: Georg-Peter Schneeberger)

Militärpfarramt Veitshöchheim

Fußwallfahrt zur Wallfahrtskirche „Maria im grünen Tal“

Bereits zum 13. Mal trafen sich am frühen Morgen des 05.05.2011 ca. 140 Soldaten, Zivilangestellte und Freunde der Katholischen Militärseelsorge am Kreuz Hub-schrauberlandeplatz in der Balthasar-Neumann-Kaserne in Veitshöchheim, um die Fußwallfahrt nach Retzbach zur Wallfahrtskirche „Maria im grünen Tal“ durchzuführen.

Der Katholische Standortpfarrer Veitshöchheim Militärpfarrer Martin Klein hatte dazu eingeladen und er begann sein erstes Gebet mit den Worten: „Der Wallfahrtstag ist eine Gelegenheit, sich sowohl symbolisch als auch innerlich auf den Weg zu machen und zu fragen, wozu wir eigentlich berufen sind“. Jeder Mensch sei etwas Besonderes und dazu aufgerufen etwas Besonderes für andere zu sein. „Die Kirche Gottes ist kein Haus aus Stein, das sind wir Menschen“, betonte der Militärpfarrer. Umrahmt wurde diese erste kleine Feier vom Bläserquintett des Heeresmusikkorps 12. Nach dieser kurzen Andacht machten sich die Wallfahrer bei blauem Himmel auf den Weg. Alle eilten in zügigem Tempo voran und führten während der Wallfahrt gute Gespräche. Selbst die jüngste Teilnehmerin, Frederike Holler mit acht Monaten war bester Laune. Die erste Rast fand nach ca. zwei Stunden statt, und es war an der Zeit nach den bisherigen Strapazen Nahrung und vor allen Dingen Flüssigkeit auf zunehmen. Nach der Nahrungsaufnahme wurde wieder gebetet und gesungen, wie auch an weiteren Stationen. „Nicht nur das Nachdenken über uns und unser Leben, auch die Möglichkeit, mit anderen ins Gespräch zu kommen, macht eine Fußwallfahrt



aus“, unterstrich der Militärpfarrer. Nach etwa vier Stunden war das Ziel erreicht und in der Wallfahrtskirche wurde ein feierlicher Gottesdienst durch den Standortpfarrer zelebriert. Im Anschluss daran bestand die Möglichkeit einer zweiten Stärkung, denn Militärpfarrer Klein lud zum gemeinsamen Mittagessen im Kolpinghaus ein. □

(Text und Foto: Rainer Zink)

GKS-Kreis Ingolstadt

„Kirche – unsere Heimat“

Zu diesem Thema lud der GKS Kreis Ingolstadt zum Familienwochenende ins Kolpinghaus nach Lambach im Bayrischen Wald ein. Der Einladung folgten rund 80 Teilnehmer. Erstmals in dieser Runde stellte sich Militärpfarrer Klaus-Peter Lehner vor. Er übernahm als geistlicher Beirat auch die Aufgabe des Referenten.



Den Begriff „Kirche“ erklärte Militärpfarrer Lehner ausführlich und sammelte dann diverse Punkte zum Thema, die anschließend miteinander besprochen wurden. Unter anderem tauchte auch die Frage auf: was ist uns heilig? In einem nachfolgenden Filmbeitrag wurden Menschen der Weltreligionen Christentum, Islam, Judentum, Buddhisten sowie Atheisten befragt, was ihnen denn „heilig“ wäre. Die entsprechenden Antworten brachten so manchen Zuhörer zum Nachdenken.

Zum Ausklang des Tages traf man sich wie immer im Osserstüberl, wo noch lange über das besprochene Thema diskutiert und Freundschaften wieder aufgefrischt wurden.

Für den kommenden Tag stand dann noch die Verabschiedung vom langjährigen Heimleiter auf unserem Programm, denn Ende Juni verabschiedet sich nun Ludwig Santl in den wohlverdienten Ruhestand. Der GKS Kreis Ingolstadt nutzt das Kolpinghaus Lambach seit vielen Jahren und fühlt sich immer bestens betreut. Herr Ludwig Santl und sein gesamtes Team hatten einen wesentlichen Anteil daran, dass man sich in diesem Haus immer heimisch fühlte. In Anerkennung für die langjährige gute Zusammenarbeit überreichte nach dem Sonntagsgottesdienst der Vorsitzende der GKS Ingolstadt Harald Büttel, die große Ehrenmedaille der GKS (Bild).

Mit ein paar kleinen persönlichen Geschenken, die den Übergang zur Pension erleichtern sollen, verabschiedeten sich die Ingolstädter von einem sichtlich gerührten Heimleiter.

(Text: Eva Forster, Bild: Josef Stangl)

Militärpfarramt Bonn

Fußwallfahrt zur Rosa Mystica

Am Donnerstag, den 05.05.2011 ab 15.00 Uhr fand die traditionelle Fußwallfahrt der Militärgemeinde Bonn von der Hardthöhe nach Buschhoven zur Rosa Mystica



Bild 1

statt. Bei herrlichstem Pilgerwetter fanden sich knapp 40 Teilnehmer, die sich auf den Weg machten. Eingestimmt wurde die Gruppe durch den Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Joachim Lensch und Militärdekan Benno Porovne, die im Wechsel mit Gebeten (**Bild 1**) auf die Pilgerreise vorbereiteten. Begleitet durch das von Oberstlt Thomas Mayer erstellte kleine Pilgerhandbuch absolvierten die Teilnehmer mehrere Stationen, wobei Stille und der Glorreiche Rosenkranz sich zwischen den Wegkreuzen abwechselten.

Nach einem gemeinsamen Einzug in die Kirche St. Katharina wurde unter Anteilnahme der katholischen Gemeinde in Buschhoven der Gottesdienst gefeiert, in dessen Verlauf Hptm Sören Jarling in die Gemeinschaft der Katholischen Kirche aufgenommen wurde (**Bild 2**). Nach



Bild 2

Abschluss des Gottesdienstes fand noch die Anbetung des Allerheiligsten statt, bevor sich die Pilgergemeinde zur ebenfalls traditionellen bayerischen Brotzeit im Pfarrheim zusammenfand.

(Text: Bertram Bastian, Fotos: B.Bastian, Thomas Mayer (Bild 1))

Bistum Trier

Werbung für Heilig-Rock-Wallfahrt 2012

Eine sehr gute Idee hatten Hauptfeldwebel Stefan Herrschler und Hauptfeldwebel der Reserve Hans-Michael Bernardy im Zusammenhang mit einer doch eher außergewöhnliche Werbemaßnahme für die Heilig-Rock-Wallfahrt 2012 nach Trier, als sie vom 18. bis 24 Mai diesen Jahres an der 53. Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes/Frankreich teilnahmen. Beide engagieren sich sehr stark ehrenamtlich im Besucherdienst am Trierer Dom, der vom Bistum Trier eingerichtet ist, um die Besucherströme in gute Bahnen zu lenken.

Herrschler und Bernardy hatten eines der großen Ban-



ner der Heilig-Rock-Wallfahrt 2012 im Gepäck zu dieser Wallfahrt und nutzen die Gelegenheit, auch in Lourdes kräftig Werbung für „das große Ereignis“ im Bistum Trier im Jahr 2012 zu machen. So nahmen sie gemeinsam mit rund 1100 deutschen Teilnehmer/innen im Rahmen der Soldatenwallfahrt auch an einem feierlichen Gottesdienst im Zeltlager teil, der vom neuen deutschen Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Diözesanbischof des Bistums Essen) als Hauptzelebrant geleitet wurde. Im Anschluss daran fand eine Zeit der Begegnung im Zeltlagerbereich statt und die beiden Hauptfeldwebel packten die Gelegenheit beim Schopf, den Militärbischof, dessen Ehrengäste und ungezählte deutsche Wallfahrtsteilnehmer/innen um ein Autogramm auf dieser großen Fahne zu bitten.

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck kam dieser Bitte (**Bild**) ebenso gerne nach, wie der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Stéphane Beemelmans, der Vorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer und auch der ehemalige Generalinspekteur General a. D. Wolfgang Schneiderhahn. Ihnen machten es ungezählte deutsche Soldatinnen

und Soldaten, zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich auch die mitgereisten Militargeistlichen und Pfarrhelfer/innen nach, so dass sich dieses Banner bald mit zahlreichen Unterschriften füllte.

Derweil verteilten Stefan Herrschler und Hans-Michael Bernhardt das ebenfalls mitgebrachte Informationsmaterial der Heilig-Rock-Wallfahrt 2012 und können sich sicher sein, dass sie auf diesem Wege zahlreiche Lourdespilger/innen auf die Idee brachten, im kommenden Jahr nach Trier zu reisen. Denn viele der angesprochenen Pilger sagten ihre Teilnahme am Internationalen Friedensgottesdienst im Rahmen der Heilig-Rock-Wallfahrt zu, der am 25. April 2012 stattfinden soll. Das mit Unterschriften nahezu „randvoll“ gefüllte Banner wollen die beiden „Trierer Besuchsdienstler“ bei einer passenden Gelegenheit an Bischof Dr. Stefan Ackermann überreichen.

(Text und Foto: Wilfried Puth)

Militärpfarramt Köln-Wahn

Motorradwallfahrt 2011

Wenn sich in der Kasernenanlage Köln-Wahn über 300 Bundeswehrangehörige mit ihren Motorrädern bei der Militärseelsorge einfinden, hat das immer einen ganz besonderen Anlass - die jährliche Motorradwallfahrt steht an. So auch in diesem Jahr. Am 12. Mai 2011 hatte Militärdekan Michael Berning zum neunten Mal die Biker zur christlichen Sternfahrt eingeladen. Diesmal mit dem Ziel der Benediktinerabtei Maria Laach in der Eifel.

Militärdekan Michael Berning begrüßte „seine“ Motorradfans um 8.00 Uhr vor dem Pfarrsaal der

Liegenschaft Köln-Wahn und bedankte sich für die rege Teilnahme. Dies nicht, ohne auch die gute Organisation durch die Bundeswehr lobend zu erwähnen. Einige der 320 Teilnehmer nahmen sogar eine Anreise aus Münster oder dem niederländischen Eindhoven in Kauf, um an diesem, weit über die Köln-Bonner-Grenzen bekannten, Ereignis teilzunehmen. Nach einer kurzen Andacht gingen die Biker in kleineren Gruppen auf die Reise. Auf unterschiedlichen Anfahrtsrouten sollten sie letztendlich gut 150 Kilometer auf den Zweirädern zurückgelegt und heil gegen 13.00 Uhr das Wallfahrtziel in der Vulkaneifel erreicht haben.

Pfarrhelfer Johannes Bresa, der Organisator der mittlerweile neunten Wallfahrt, erhielt zu Beginn der Veranstaltung das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Silber. Brigadegeneral Günter Gisa, stellvertretender Amtschef Luftwaffenamt und Standortältester Köln, überreichte ihm für sein langjähriges Engagement als Pfarrhelfer und die Organisation unterschiedlichster Projekte im Zeichen der Kirche diese Auszeichnung (**Bild 1**). Bresa bereitet die Motorradwallfahrten mittlerweile seit acht Jahren eigenständig vor und ist mitverantwortlich für die ständig steigende Teilnehmerzahl, die in diesem Jahr alle Rekorde brach.

Mit einer traditionellen Kasernenrunde und der Segnung aller Bikes durch Militärdekan Berning, starteten die Teilnehmer den Wallfahrtstag mit dem Ziel des Klosters Maria Laach. Aufgeteilt in 26 Gruppen wählten die Gruppenführer jeweils einen individuellen Weg, um ein Verkehrschaos durch die 320 Motorräder zu vermeiden. Nach der mehrstündigen Tour durch Teile Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz legten die Gruppen eine Pause ein, um gemeinsam Mittag zu essen. Sowohl die „Wallfahrtn-eulinge“ als auch die „alten Hasen“ zeigten sich von den durch die Gruppenführer ausgesuchten Routen restlos begeistert und waren teilweise fast traurig, schon kurz vor dem Ziel zu sein.

Am Zielort, nahe dem Touristenmagneten „Laacher See“, empfing Pater Petrus als Vertreter des Benediktinerklosters die „Pilger“. Nach einer Filmvorführung mit Informationen rund das Klosterleben, stellte er sich anschließend den Fragen der Teilnehmer. Die Abtei Maria Laach wurde im Jahre 1093 erbaut. Um 10.000 v. Chr. entstand durch Vulkanismus der Laacher See und die ihn umgebende Hügelkette. Das macht diese Gegend sicher auch zum perfekten Ziel einer solchen Wallfahrt. Im Kloster Maria Laach selbst leben etwa 50 Benediktinermönche nach traditionellen Klosterregeln. Die Gemeinschaft des Klosters wird von einem Abt (Vater) geleitet.

Zum Abschluss der Wallfahrt zelebrierte Militärdekan Berning noch einen Gottesdienst in der berühmten Abteikirche. Dort bewies auch Pfarrhelfer Bresa sein musikalisches Können an der Orgel, unter anderem mit einer Instrumentalversion der Pop-Ballade „My Heart will go on“ von Céline Dion. Damit fand der offizielle Teil der christlich geprägten Tour, die auch in diesem Jahr wieder unter einem guten Stern stand, sein Ende und die Motorradfahrer begaben sich – erneut in kleineren Gruppen – auf die Heimreise. Alle sichtlich beeindruckt von den Erlebnissen „ihrer“ Wallfahrt 2011.

(Text und Foto: PIZ Luftwaffe)





Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen
Druck: MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843